

**MAG. SUSANNE OSCHINA, BAKK.**

Die Entwicklung des Vereins für Socialpolitik  
von seiner Gründung bis 1980

**MASTERARBEIT**

zur Erlangung des akademischen Grades  
einer Magistra der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften  
der Studienrichtung Financial and Industrial Management  
an der Karl-Franzens-Universität Graz

Begutachter: o. Univ.Prof. Mag. Dr. Dr. h.c. Alfred Wagenhofer

Institut: Institut für Unternehmensrechnung und Controlling

Graz, August 2010

## Ehrenwörtliche Erklärung

Ich erkläre ehrenwörtlich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst, andere als die angegebenen Quellen nicht benutzt und die den Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen inländischen oder ausländischen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht. Die vorliegende Fassung entspricht der eingereichten elektronischen Version.

Graz, 9. August 2010

---

Unterschrift

# Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	1
B. Rechtliche Grundlagen zum Vereinswesen und die aktuelle Situation des VfS	4
I. Das Vereinswesen	5
II. Der Verein für Socialpolitik heute	8
1. Zweck und Organisation des VfS	8
2. Vereinsaktivitäten des VfS	11
C. Die Gründung des VfS	14
D. Die Auflösung und Neugründung des VfS	21
E. Die Vereinstätigkeit des VfS von der Neugründung bis 1980	27
I. Die Vereinstätigkeit von 1948 bis 1960	29
1. Berichte aus der Arbeit des Vereins von 1948 bis 1960	29
2. Tagungen des Vereins von 1948 bis 1960	33
3. Mitgliederzahlen, Vorstandsmitglieder und Satzungsänderungen von 1948 bis 1960	38
II. Die Vereinstätigkeit von 1961 bis 1970	43
1. Berichte aus der Arbeit des Vereins von 1961 bis 1970	43
2. Tagungen des Vereins von 1961 bis 1970	49
3. Mitgliederzahlen, Vorstandsmitglieder und Satzungsänderungen von 1961 bis 1970	56
III. Die Vereinstätigkeit von 1971 bis 1980	62
1. Berichte aus der Arbeit des Vereins von 1971 bis 1980	62
2. Tagungen des Vereins von 1971 bis 1980	66
3. Mitgliederzahlen, Vorstandsmitglieder und Satzungsänderungen von 1971 bis 1980	75

F. Ein synoptischer Vergleich des Vereins für Socialpolitik und des Verbands der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft	79
Quellenverzeichnis	86
Anhang	105

## Darstellungsverzeichnis

Darstellung 1: Einladung zur Mitgliederversammlung am 30.09.1968	10
Darstellung 2: Aufruf zur Gründung eines Vereins für Socialpolitik	16
Darstellung 3: Satzungen des Vereins für Socialpolitik	18
Darstellung 4: Mitgliedskarte	19
Darstellung 5: Begründung des Antrages auf Fortbestehen des Vereins für Socialpolitik	23
Darstellung 6: Genehmigung der Gründung des Vereins für Socialpolitik	25
Darstellung 7: Mitgliederstatistik von 1948 bis 1960	38
Darstellung 8: Mitgliederstatistik von 1961 bis 1970	56
Darstellung 9: Mitgliederstatistik von 1971 bis 1980	75

## Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
bzw.	beziehungsweise
DM	Deutsche Mark
Dr.	Doktor
Frhr.	Freiherr
Prof.	Professor
S.	Seite
u.v.m.	und viele mehr
v.	von
VfS	Verein für Socialpolitik
vgl.	vergleiche

## A. Einleitung

Bereits im April des Jahres 1987 hatte der Verein für Socialpolitik die Intention, eine Kommission einzurichten, die sich der Dokumentation der Vereinsgeschichte nach 1945 widmen sollte. Die Veröffentlichung der Chronik des Vereins war für das Jahr 1997 angedacht, in welchem die Gesellschaft auf ihr insgesamt 125-jähriges und so- gleich 50-jähriges Bestehen nach dem Zweiten Weltkrieg zurückblickte.<sup>1</sup>

Der Verein beabsichtigte, eine ein- bis zweibändige Geschichte der Gesellschaft her- auszugeben, die sich zeitlich auf die Jahre 1936 bis 1966/1967 erstreckt, nach Sach- themen geordnet ist und eine Mischung aus Darstellung und Quellenedition darlegt. Die zeitliche Eingrenzung ließ sich dadurch erklären, dass der Verein im Jahre 1936 seine Wiedergründung erfuhr und im Jahre 1997 – als die Publikation der Vereinsge- schichte angedacht war – die für öffentliche Archivmaterialien geltende 30-jährige Sperre für Forschungszwecke verstrichen war. Die Chronik sollte des Weiteren ein interessantes und spannendes Bild der Gesellschaft im engeren Sinn als auch der deutschen Wirtschaftswissenschaft vermitteln.<sup>2</sup>

Als Quellengrundlage für die Recherche zur Geschichte des Vereins wurde einerseits auf das Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf hingewiesen und andererseits in Erwägung gebracht, zusätzlich zu diesem Materialbestand auch Akten der Ausschussvorsitzen- den, sämtlichen Schriftwechsel, der die Gesellschaft betrifft aber nicht mit dem Vor- sitzenden geführt wurde, zusammenzutragen sowie mündliche Befragungen von Mit- gliedern durchzuführen oder Aufnahmen von Vereinsmitgliedern und Tagungen zu sammeln.<sup>3</sup>

Bis zum heutigen Tage wurde dieses Vorhaben des Vereins nicht in die Tat umge- setzt. Die Gründe dafür, warum die Gesellschaft von diesem Bestreben abgesehen hat, konnten während der Recherche zu der vorliegenden Arbeit nicht aufgeklärt wer- den. Als Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Hochschullehrer für Betriebswirt-

---

<sup>1</sup> Vgl.: Vorschläge zu einer Dokumentation der Geschichte der Gesellschaft für Wirtschafts- und So- zialwissenschaften, S. 1 (RW 587 – 119).

<sup>2</sup> Vgl.: Vorschläge zu einer Dokumentation der Geschichte der Gesellschaft für Wirtschafts- und So- zialwissenschaften, S. 1 und 3 (RW 587 – 119).

<sup>3</sup> Vgl.: Vorschläge zu einer Dokumentation der Geschichte der Gesellschaft für Wirtschafts- und So- zialwissenschaften, S. 2-3 (RW 587 – 119).

schaft und Mitglied des Ausschusses für Unternehmensrechnung des Vereins für Socialpolitik unterbreitete Prof. Wagenhofer den Vorschlag, in zwei Masterarbeiten die Geschichte des Verbandes sowie die Geschichte des Vereins aufzuarbeiten und auf Papier zu bringen. An die beiden Arbeiten wurde die Anforderung gestellt, ein einheitliches Konzept auszuarbeiten, das einen Vergleich der geschichtlichen Entwicklung beider Vereinigungen erlaubt und dadurch etwaige Parallelen zu erkennen gibt. Der Verein für Socialpolitik bildete den Schwerpunkt dieser Arbeit, Frau Mag. Truskaller Martina widmete sich in ihrer Masterarbeit dem Verband der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft.

Die vorliegende Arbeit griff die historische Entwicklung des Vereins für Socialpolitik von seiner Gründung im Jahre 1873 bis zum Ende der 1970-er Jahre auf. Das Hauptaugenmerk lag dabei in der Abhandlung der Vereinstätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis in das Jahr 1980. Der betrachtete Zeitraum wurde deshalb mit dem Jahre 1980 begrenzt, da zum einen in den 1950-er, 1960-er und 1970-er Jahren der Großteil der Ausschüsse konstituiert wurden und zum anderen eine weiter reichende Betrachtung der historischen Entwicklung des Vereins den Rahmen dieser Arbeit gesprengt hätte. Das Quellenmaterial, das dieser Masterarbeit zur Verfügung stand, erstreckte sich neben den publizierten Vereinsschriften auf die Archivalienbestände des Vereins im Landesarchiv Nordrhein Westfalen, Abteilung Rheinland, Standort Düsseldorf.

In einem ersten Hauptabschnitt bietet diese Masterarbeit einen kurzen Überblick über die rechtlichen Grundlagen des Vereinswesens in Deutschland und stellt die gegenwärtige Situation im Verein für Socialpolitik kurz dar. Hierbei werden die grundlegenden Bestimmungen sowie die Arten, Organe und Mitglieder eines Vereins näher betrachtet. Die weiteren Abschnitte C, D und E beschreiben drei Phasen, welche die Gesellschaft seit ihrer Konstitution durchlaufen hat. Zu diesen zählen die Gründungsphase des Vereins für Socialpolitik, seine Auflösung und Neugründung sowie die Vereinstätigkeit von der Neugründung bis 1980.

Der zuletzt genannte Abschnitt ist wiederum in drei Unterabschnitte gegliedert. Zum Einen wird über die grundlegende Arbeit des Vereins berichtet und zum Anderen werden die einzelnen Tagungen, die vom Verein veranstaltet wurden, inhaltlich ge-

nauer beschrieben sowie organisatorische und strukturelle Gegebenheiten der Gesellschaft – wie die personelle Zusammensetzung des Engeren Vorstandes und bedeutende Satzungsänderungen – zusammengefasst.

Der letzte große Abschnitt dieser Masterarbeit geht konkret auf die im Vorfeld zu dieser Arbeit gestellte Anforderung ein. Der Verein für Socialpolitik wird hierbei dem Verband der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft gegenübergestellt. Die inhaltliche Schwerpunktsetzung dieses Kapitels umfasst neben der Zielsetzung und den Satzungsbestimmungen auch die Organe und Organisation der beiden Vereinigungen.

Der Leser und die Leserin sollen darauf hingewiesen werden, dass in der vorliegenden Arbeit auf eine geschlechtsspezifische Differenzierung verzichtet wird und die bei Personen verwendeten maskulinen Formen für beide Geschlechter zu verstehen sind.

## **B. Rechtliche Grundlagen zum Vereinswesen und die aktuelle Situation des VfS**

Die Internationalisierung von Problemlagen, geleerte öffentliche Kassen sowie die misstrauende Haltung großer Teile der Bevölkerung gegenüber dem sozialstaatlichen Leistungsoffert sind nur einige zu nennende Gründe dafür, warum das Vereinswesen in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung zugenommen hat. Vor allem im Bereich der Bildung von Sozialkapital<sup>4</sup> leisten die Vereine einen beträchtlichen Beitrag. Denn es ist die Gesamtheit der freiwilligen Vereinigungen und sozialen Netze – also der Vereine – welche die Gesellschaft zusammenhält.<sup>5</sup> Die Organisation als solche, in welcher Rechtsform sie auch immer auftritt, bildet das Strukturprinzip der Gesellschaft und schafft dadurch den bedeutendsten Mechanismus, um das System in Gang zu halten und sicherzustellen, dass Ziele erreicht werden.<sup>6</sup>

Die nachfolgenden Unterabschnitte fassen einerseits die rechtlichen Grundbestimmungen des deutschen Vereinswesens zusammen und geben andererseits einen Einblick in die Organisation und Arbeit des Vereins für Socialpolitik, wie er heute vorzufinden ist.

---

<sup>4</sup> Der soziologische Begriff Soziales Kapital bezeichnet die Gesamtheit der aktuellen und potenziellen Ressourcen, die mit der Teilhabe am Netz sozialer Beziehungen verbunden sein können. Es bietet Individuen einen Zugang zu den Ressourcen des sozialen und gesellschaftlichen Lebens wie Unterstützung, Hilfeleistung, Anerkennung, Wissen sowie das Finden von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Das Sozialkapital bezieht sich auf die Beziehungen zwischen natürlichen Personen.

<sup>5</sup> Vgl.: Zimmer (2007), S. 14-15.

<sup>6</sup> Vgl.: Scott (1986), S. 24.

## I. Das Vereinswesen

Das Vereinswesen in Deutschland ist durch das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) sowie das Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) rechtlich geregelt. Keines dieser beiden gesetzlichen Regelwerke sieht jedoch eine allgemein anerkannte Definition des Begriffs ‚Verein‘ vor.<sup>7</sup> Das Vereinsgesetz bezeichnet den Verein als „jede Vereinigung, zu der sich eine Mehrheit natürlicher oder juristischer Personen für längere Zeit zu einem gemeinsamen Zweck freiwillig zusammengeschlossen und einer organisierten Willensbildung unterworfen hat“ (§ 2, Abs. 1 VereinsG, 1964). Das bürgerliche Gesetzbuch regelt das Vereinswesen in den Bestimmungen der §§ 21 bis 79, wobei in diesen Vorschriften keine Begriffserklärung vorzufinden ist.<sup>8</sup>

Die Vereinsfreiheit, die im Vereinsgesetz rechtlich festgehalten ist, besagt, dass die Bildung von Vereinen frei ist und schafft somit die grundlegendste Voraussetzung zur Gründung eines Vereins (§ 1, Abs. 1 VereinsG, 1964). Zwei weitere kennzeichnende und bedeutende Bedingungen, die der Gründung eines Vereins vorausgehen müssen, sind der freiwillige Beitritt der Mitglieder sowie ein gemeinsames Interesse, das gegenüber der Öffentlichkeit und dem Staat vertreten werden soll.<sup>9</sup> Das einstimmige Interesse darf jedoch nicht vorrangig auf die Erwirtschaftung von Gewinnen und die Anhäufung von Vermögen ausgerichtet sein.<sup>10</sup> Die Gründung eines Vereins verlangt mindestens zwei Personen und sämtliche Regelungen, die in Zukunft für den Verein verbindlich gelten sollen, sind in einer Satzung schriftlich festzuhalten.<sup>11</sup>

Durch die Handlungen in der Gründungsversammlung entsteht vorerst nur ein Vorverein, der noch keine Rechtsfähigkeit besitzt. Ein schriftlicher Antrag, der von sämtlichen Vorstandsmitgliedern eingereicht werden muss, führt – nach Zustimmung des zuständigen Ortsgerichts – zur Eintragung in das Vereinsregister und der Verein erlangt dadurch seine Rechtspersönlichkeit.<sup>12</sup> Bei der Aufnahme des Vereins in das Vereinsregister ist zu beachten, dass hierbei die Mindestmitgliederzahl mit sieben Personen festgesetzt ist (§ 56, Abs. 1 BGB, 2009).

---

<sup>7</sup> Vgl.: Zimmer (2007), S. 17.

<sup>8</sup> Vgl.: Randenborgh van (2000), S. 35.

<sup>9</sup> Vgl.: Wittkämper (1973), S. 32.

<sup>10</sup> Vgl.: Buchholz (1970), S. 188.

<sup>11</sup> Vgl.: Sauter/Schweyer (1977), S. 4.

<sup>12</sup> Vgl.: Zimmer (2007), S. 23.

In der Bundesrepublik Deutschland werden die Vereine in wirtschaftliche und nicht wirtschaftliche (ideelle) Vereine sowie rechtsfähige (eingetragene) und nicht rechtsfähige Vereine unterschieden.<sup>13</sup> Gemäß dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist der wirtschaftliche Verein ein Verein, dessen Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist (§ 22 BGB, 2009). Mit dieser Formulierung ist gemeint, dass der Verein keinen ideellen sondern einen materiellen Zweck verfolgt und sein Bestreben darin liegt, für seine Mitglieder vermögensrelevante Vorteile zu erbringen.<sup>14</sup> Das genaue Gegenteil und zahlenmäßig viel bedeutender sind die nicht wirtschaftlichen bzw. ideellen Vereine, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, sondern die Verwirklichung ideeller Ziele für die Allgemeinheit verfolgt. Zu diesen allgemein dienlichen Absichten zählen neben wissenschaftlichen, künstlerischen und sozialen Zielen auch sportliche, religiöse oder politische Ziele.<sup>15</sup> Der nicht wirtschaftliche Verein erhält die Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister des zuständigen Amtsgerichts (§ 21 BGB, 2009).

Ein nicht rechtsfähiger Verein liegt dann vor, wenn er über keine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt. Demnach ist der nicht rechtsfähige Verein keine juristische Person und besitzt dadurch auch keine Rechte und Pflichten. Die Rechte und Pflichten werden hierbei auf die Mitglieder des Vereins übertragen.<sup>16</sup> Der rechtsfähige Verein hingegen weist eine eigene Rechtspersönlichkeit auf. Um diese zu erlangen, muss der ideelle Verein zuerst gegründet und in das Vereinsregister aufgenommen werden.<sup>17</sup> Durch den Erwerb der Rechtsfähigkeit kann der Verein Verbindlichkeiten eingehen, für die nur das Vermögen des Vereins haftet.<sup>18</sup> Der rechtsfähige Verein ist ganz allgemein an dem Namenszusatz 'e.V.' bzw. 'eingetragener Verein' zu erkennen.<sup>19</sup>

Zu den beiden Organen, durch welche ein Verein erst handlungsfähig wird, zählen der Vereinsvorstand und die Mitgliederversammlung, wobei letztere das oberste Organ darstellt.<sup>20</sup> Die Mitgliederversammlung ordnet die Angelegenheiten des Vereins

---

<sup>13</sup> Vgl.: Zimmer (2007), S. 18.

<sup>14</sup> Vgl.: Zimmer (2007), S. 18-19.

<sup>15</sup> Vgl.: Zimmer (2007), S. 19.

<sup>16</sup> Vgl.: Zimmer (2007), S. 20-21.

<sup>17</sup> Vgl.: Zimmer (2007), S. 20-21.

<sup>18</sup> Vgl.: Sauter/Schweyer (1977), S. 2.

<sup>19</sup> Vgl.: Stöber (2000), S. 93.

<sup>20</sup> Vgl.: Zimmer (2007), S. 25.

(§ 32, Abs. 1 BGB, 2009) und wird gemäß den Bestimmungen der Satzung einberufen.<sup>21</sup> Die wichtigste Aufgabe, welche die Mitgliederversammlung zu erfüllen hat, ist die Bestellung des Vorstandes (§ 27, Abs. 1 BGB, 2009). Dem Vorstand obliegt die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Vereins, er hat somit die Stellung eines gesetzlichen Vertreters inne. Der Vorstand eines Vereins kann aus mehreren Personen bestehen, die gemeinschaftlich die Vertretungsfunktion ausüben (§ 26 BGB, 2009). Setzt sich der Vorstand eines Vereins aus mehreren Personen zusammen, so werden die Aktivitäten auf mindestens vier Zuständigkeitsbereiche aufgeteilt: den ersten und zweiten Vorsitzenden, den Schriftführer und den Schatzmeister.<sup>22</sup>

Ein Verein kann mehrere Formen der Mitgliedschaft vorsehen. So gibt es neben der ordentlichen Mitgliedschaft die außerordentliche, assoziierte, korrespondierte oder kooperative Mitgliedschaft sowie die Ehrenmitgliedschaft.<sup>23</sup> Die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in einem Verein sind in der Satzung des Vereins genau geregelt. Die endgültige Entscheidung darüber, ob ein Mitgliedsantrag bestätigt wird oder nicht, obliegt entweder dem Vorstand oder der Mitgliederversammlung.<sup>24</sup>

Nachdem die rechtlichen Grundlagen des Vereinswesens erläutert wurden soll im Folgenden die gegenwärtige Situation des Vereins für Socialpolitik kurz dargelegt werden.

---

<sup>21</sup> Vgl.: Zimmer (2007), S. 25.

<sup>22</sup> Vgl.: Zimmer (2007), S. 26.

<sup>23</sup> Vgl.: Raschke (1978), S. 112.

<sup>24</sup> Vgl.: Raschke (1978), S. 100-101.

## II. Der Verein für Socialpolitik heute

Der mehr als 3.650 persönliche und 38 korporative Mitglieder zählende Verein für Socialpolitik tritt heute als die größte Vereinigung von Wirtschaftswissenschaftlern im deutschsprachigen Raum auf.<sup>25</sup> Über 1.000 Professoren von Hochschulen in über 20 Ländern, überwiegend jedoch aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, bringen ihr Wissen und ihre Erkenntnisse in diese Vereinigung ein.<sup>26</sup> Der derzeitige Anteil an Betriebswirten im Verein für Socialpolitik liegt bei etwa 15 bis 20 Prozent. Das Interesse der betriebswirtschaftlichen Fachrichtung in dieser Gesellschaft vertreten zu sein, zeigt ein stetiges Ansteigen.<sup>27</sup>

Die nachfolgenden Unterabschnitte zeigen zum Einen die Zielsetzungen sowie die organisatorischen Belangen des Vereins für Socialpolitik von heute auf und geben einen kurzen Einblick in die Vereinsaktivitäten der Gesellschaft.

### 1. Zweck und Organisation des VfS

Die Hauptaufgabe des Vereins für Socialpolitik liegt in der wissenschaftlichen Untersuchung von wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen sowie sozialpolitischen Problemen und in der Erhaltung von internationalen Beziehungen innerhalb der Fachwissenschaft.<sup>28</sup> Die Mitgliedschaft können all jene Personen beantragen, die gewillt sind, das Bestreben des Vereins zu fördern und für die Mitarbeit an den wissenschaftlichen Aufgaben des Vereins bereit und entsprechend qualifiziert sind.<sup>29</sup>

Zu den für die Gesellschaft tätigen Organen zählen die Mitgliederversammlung, der Engere Vorstand, der Erweiterte Vorstand, die Ausschüsse sowie der Geschäftsführer. In der Mitgliederversammlung sind sämtliche Mitglieder des Vereins – einschließlich der korporativen – mit jeweils einer Stimme vertreten.<sup>30</sup> Die Mitgliedschaften, die der Verein für Socialpolitik vorsieht, sind die persönliche, die korporative sowie die Ehrenmitgliedschaft. Zu den korporativen Mitgliedern zählen Einrichtungen und Institutionen, die Ehrenmitglieder werden vom Erweiterten Vorstand er-

---

<sup>25</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Startseite [online].

<sup>26</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Mitgliedschaft [online].

<sup>27</sup> Vgl.: Korrespondenz mit Herrn Jung (Geschäftsführer des Vereins für Socialpolitik) vom 21.07.2010.

<sup>28</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Satzung § 1, Abs. 1 [online].

<sup>29</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Mitgliedschaft [online].

<sup>30</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Satzung § 8, Abs. 1 [online].

nannt.<sup>31</sup> Die Mitgliederversammlung, welche in der Regel alle zwei Jahre veranstaltet wird und vom Vorsitzenden innerhalb einer Frist von vier Wochen einzuberufen ist, zählt ebenso zu den regelmäßigen Tätigkeiten des Vereins für Socialpolitik.<sup>32</sup> Die Mitgliederversammlung ist an die Jahrestagung des Vereins gekoppelt, wird im Rahmen dieser abgehalten und findet jedoch alle zwei Jahre statt.<sup>33</sup> Die Beschlüsse, die der Verantwortung der Mitgliederversammlung unterliegen, sind unter anderem die Wahl des Engeren und Erweiterten Vorstandes, die Festsetzung des Mitgliederbeitrags, Satzungsänderungen sowie die Auflösung der Gesellschaft.<sup>34</sup> Der Vorsitzende hat dafür Sorge zu tragen, dass die Mitglieder fristgerecht über die Tagesordnung der Mitgliederversammlung verfügen.<sup>35</sup> Die auf der nachfolgenden Seite abgebildete Darstellung zeigt die Einladung zur Mitgliederversammlung vom 30. September 1968 und die in der Sitzung behandelten Programmpunkte:

---

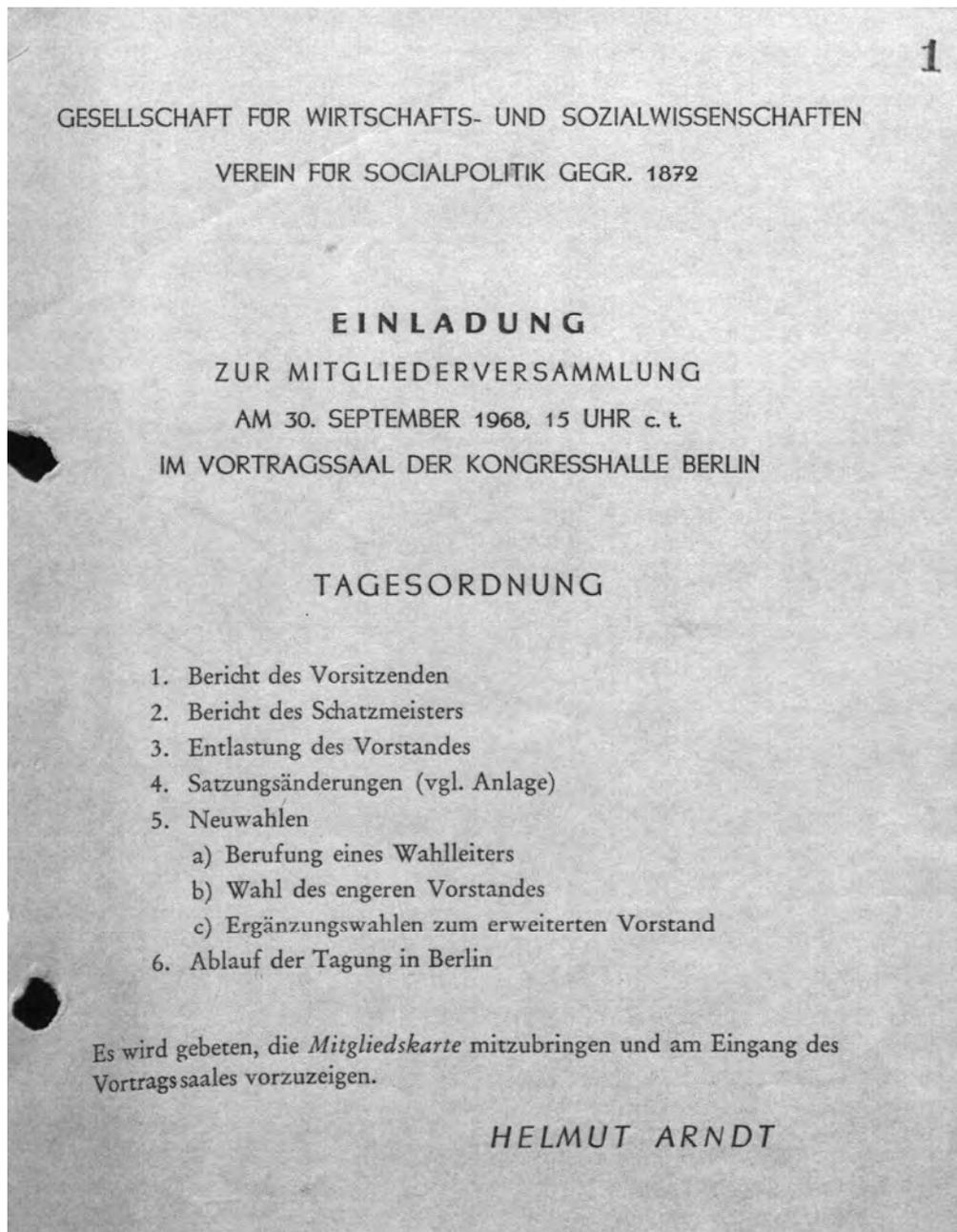
<sup>31</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Satzung § 10, Abs. 2 [online].

<sup>32</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Satzung § 8, Abs. 2 [online].

<sup>33</sup> Vgl.: Korrespondenz mit Herrn Jung (Geschäftsführer des Vereins für Socialpolitik) vom 21.07.2010.

<sup>34</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Satzung § 8, Abs. 2 [online].

<sup>35</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Satzung § 8 [online].



Darstellung 1: Einladung zur Mitgliederversammlung am 30.09.1968<sup>36</sup>

Der Engere Vorstand des Vereins setzt sich aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter, dem designierten Vorsitzenden, dem Schriftführer sowie dem Schatzmeister zusammen.<sup>37</sup> Das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden wird seit der Wiedergründung des Vereins für Socialpolitik durch einen Vertreter der Betriebswirtschaft besetzt.<sup>38</sup> Zu den Verantwortungsbereichen des Engeren Vorstandes zählen die

<sup>36</sup> Einladung zur Mitgliederversammlung am 30.09.1968, S. 1 (RW 515 – 16).

<sup>37</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Satzung § 9, Abs. 1 [online].

<sup>38</sup> Vgl.: Korrespondenz mit Herrn Jung (Geschäftsführer des Vereins für Socialpolitik) vom 21.07.2010.

Leitung der Gesellschaft nach den Beschlüssen der Mitgliederversammlung sowie die Entscheidung über die Aufnahme von neuen Mitgliedern.<sup>39</sup>

Der Erweiterte Vorstand, der vom Vorsitzenden der Gesellschaft geleitet wird, besteht aus dem Engeren Vorstand und den unmittelbaren Amtsvorgängern des Vorsitzenden sowie des stellvertretenden Vorsitzenden, den Ausschussvorsitzenden, zehn Mitgliedern, die von der Mitgliederversammlung entsandt werden; den mit der wissenschaftlichen Vorbereitung der Tagungen betrauten Mitgliedern, bis zu sechs Mitgliedern, die vom Erweiterten Vorstand kooptiert werden können sowie den Herausgebern der Vereinszeitschriften. Zu den Beschlussfassungen des Erweiterten Vorstandes zählen unter anderem die Organisation der Mitgliederversammlungen, die wissenschaftliche Vorbereitung der Tagungen, die Ernennung der Ehrenmitglieder, die Geschäftsordnung sowie die Veranstaltung von Untersuchungen und ihre Veröffentlichung.<sup>40</sup>

## 2. Vereinsaktivitäten des VfS

Die Forschungstätigkeit des Vereins für Socialpolitik erstreckt sich heute über 23 ständige Ausschüsse, über die Jahrestagungen des Vereins sowie kleinere Arbeitstagungen.<sup>41</sup> Zu den permanenten Ausschüssen zählen:<sup>42</sup>

- Außenwirtschaftstheorie und –politik
- Bevölkerungsökonomik
- Bildungsökonomie
- Entwicklungsländer
- Evolutorische Ökonomik
- Finanzwissenschaft
- Geldtheorie und -politik
- Geschichte der Wirtschaftswissenschaften
- Gesundheitsökonomie
- Industrieökonomik
- Makroökonomik
- Ökonometrie

---

<sup>39</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Satzung § 4, Abs. 2 und § 9, Abs. 1 und § 10, Abs. 1 [online].

<sup>40</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Satzung § 9, Abs. 3 und § 10, Abs. 2 [online].

<sup>41</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Der Verein [online].

<sup>42</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Ausschüsse [online].

- Regionaltheorie und –politik
- Sozialpolitik
- Sozialwissenschaft
- Umwelt- und Ressourcenökonomie
- Unternehmensrechnung
- Unternehmenstheorie und –politik
- Wirtschaftsgeschichte
- Wirtschaftspolitik
- Wirtschaftssysteme und Institutionenökonomik
- Wirtschaftstheorie
- Wirtschaftswissenschaft und Ethik.

Die Bildung eines Ausschusses kann entweder auf einen Beschluss des Vorstandes hin oder aber auch auf Antrag der Mitgliederversammlung erfolgen. Die Verfahren zur Aufnahme von neuen Mitgliedern innerhalb der einzelnen Ausschüsse sind unterschiedlich gestaltet. In der Regel hat das beantragende Mitglied einen oder mehrere Gastvorträge zu halten, die anschließend diskutiert werden. Den Diskussionen folgt daraufhin ein Beschluss im Vorstand. Die Aufnahme eines neuen Mitgliedes bedarf in einigen Ausschüssen der Fürsprache mehrerer Ausschussmitglieder. Viele Ausschüsse setzen ebenso eine Veröffentlichung von Beiträgen in bestimmten Journals voraus.<sup>43</sup>

Der Verein für Socialpolitik veranstaltet jährlich eine Tagung, die aus einer Kerntagung, auf welcher geladene Referenten zu einem zuvor bestimmten Thema Vorträge halten, und einer offenen Tagung, die der Vorstellung einer großen Zahl an ausgewählten wissenschaftlichen Arbeiten aus allen Bereichen der Wirtschaftswissenschaften dient, besteht.<sup>44</sup>

Seit seiner Wiedergründung im Jahre 1948 zählt der Verein neben der Veröffentlichung des Bandes 'Neue Folge der Schriften des Vereins für Socialpolitik', welche die Forschungsarbeit des Vereins umfasst, seit 2000 auch die Herausgabe von zwei weiteren Zeitschriften zu seiner publizierenden Tätigkeit: die englischsprachige 'Ger-

---

<sup>43</sup> Vgl.: Korrespondenz mit Herrn Jung (Geschäftsführer des Vereins für Socialpolitik) vom 21.07.2010.

<sup>44</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Der Verein [online].

man Economic Review' und das deutschsprachige Journal 'Perspektiven der Wirtschaftspolitik'. Diese beiden Magazine erscheinen vierteljährlich und werden an alle Vereinsmitglieder versandt.<sup>45</sup>

Neben den bereits angeführten Tätigkeitsbereichen sieht die Arbeit des Vereins für Socialpolitik auch die Verleihung von drei Preisen vor: der Gossen-Preis, der Gustav-Stolper-Preis sowie der Reinhard-Selten-Preis. Der Gossen-Preis zeichnet einmal jährlich einen Wirtschaftswissenschaftler aus dem deutschsprachigen Raum aus, der mit seinen Arbeiten internationales Ansehen gewonnen hat. Der Zweck dieses Preises ist es, die Internationalisierung der deutschen Wirtschaftswissenschaft zu unterstützen.<sup>46</sup> Der Gustav-Stolper-Preis wird ein Mal jährlich hervorragenden Wissenschaftlern verliehen, die durch ihre Erkenntnisse in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung die öffentliche Diskussion über wirtschaftliche Probleme beeinflussen und bedeutende Mitwirkung bei der Lösung ökonomischer Probleme im internationalen Vergleich zeigen.<sup>47</sup> Die dritte Auszeichnung, der Reinhard-Selten-Preis, wird jährlich für Papiere vergeben, die sich vor allem durch Originalität, Bedeutung der Fragestellung und saubere Methodik auszeichnen.<sup>48</sup>

Nachdem die grundlegenden rechtlichen Bestimmungen des Vereinswesens dargelegt und die aktuelle Situation des Vereins für Socialpolitik beschrieben wurde, widmen sich die nachfolgenden Abschnitte den grundlegenden Phasen, die der Verein durchlebt hat – die Gründung, die Auflösung und Wiedergründung sowie die Vereinstätigkeit bis zum Jahre 1980. Vor allem die Tätigkeit des Vereins von seiner Neugründung bis zum Ende der 1970-er Jahre stellt den Schwerpunkt dieser Arbeit dar. Die Festlegung des betrachteten Zeitraumes der Vereinstätigkeit ist dadurch begründet, dass die Mehrzahl der Ausschüsse in den 1950-er, 1960-er sowie 1970-er Jahren entstanden sind und die Arbeit durch eine weiter reichende Betrachtung einen zu großen Umfang erlangen würde.

---

<sup>45</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Zeitschriften [online].

<sup>46</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Gossen Preis [online].

<sup>47</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Gustav-Stolper-Preis [online].

<sup>48</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Reinhard-Selten-Preis [online].

## C. Die Gründung des VfS

Bereits in den 60-er Jahren des 19. Jahrhunderts zeigte sich der Leitgedanke der Sozialpolitik darin, einen Ausgleich zwischen den auseinander laufenden Interessen und Willensrichtungen der unterschiedlichen sozialen Schichten des Volkes zu schaffen.<sup>49</sup> Die fortschreitende Industrialisierung, die mit ihr einhergehende Zunahme der Arbeiterschicht sowie die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber sozialen Reformen, ließ den Wunsch immer mehr in den Vordergrund treten, auf die Verlangen der Arbeiter hinzuweisen und Stimmung für soziale Reformen zu verbreiten.<sup>50</sup> Es bestand das Bedürfnis, ein gemeinschaftliches Organ zu schaffen, das Theoretiker auf der einen Seite und Praktiker auf der anderen Seite vereint, um aktuelle, strittige Probleme der Arbeiterfrage und sozialen Frage klarzulegen.<sup>51</sup> So gab der Chefredakteur des Hamburgischen Correspondenten, Julius von Eckardt, im Mai 1872 den ersten Anstoß zur Gründung eines Kongresses für soziale Reform, indem er Prof. Adolph Wagner von seiner Idee unterrichtete. Eckardt's Anliegen war es, die so genannten Kathedersozialisten<sup>52</sup> an einem Tisch zu vereinen, um eine Gegenwirkung gegen die Berliner Ökonomen<sup>53</sup> zu versuchen.<sup>54</sup>

Am 13. Juli 1872 fand in Halle ein erstes Zusammentreffen von Beamten, Abgeordneten, Professoren und Journalisten statt. Als Teilnehmer an dieser Besprechung sind Prof. Roscher, Dr. Engel, Hildebrand, Prof. Wagner, Conrad, Prof. Knapp, Prof. Brentano, Dr. von Eckardt, Prof. Schmoller, Dr. Mithoff, Meier, Anschütz, Dernburg, Fitting, von Helldorf sowie Haym und Voß zu nennen. Den Vorsitz hatte – als Ältester und Angesehenster der Runde – Hildebrand inne, wobei jedoch der Verlauf der Besprechung entscheidend durch Prof. Schmoller beeinflusst wurde. Auf dieser ersten Versammlung wurden die maßgebenden Beschlüsse gefasst, jährlich ein Zusam-

---

<sup>49</sup> Vgl.: Boese (1939), S. 1 und Conrad (1906), S. 58.

<sup>50</sup> Vgl.: Boese (1939), S. 1 und 250.

<sup>51</sup> Vgl.: Albrecht (1961), S. 11.

<sup>52</sup> Unter Kathedersozialisten wurden damals die Professoren der Nationalökonomie charakterisiert, die sich vehement für eine staatliche Sozialpolitik einsetzten. Ladendorf (2008), Kathedersozialisten [online].

<sup>53</sup> Zu den Berliner Ökonomen zählte Von Eckardt Persönlichkeiten wie Braun, Oppenheim, Bamberger, Faucher, Prince-Smith u.v.m., die auf die Haltung der Presse einen derartigen Druck ausübten, dass diese – bis auf wenige Ausnahmen – nur kapitalistische Interessen zur Geltung kommen ließ. Boese (1939), S. 2.

<sup>54</sup> Vgl.: Boese (1939), S. 1-2.

mentreffen zur Besprechung von sozialen Fragen stattfinden zu lassen und den Kreis der Teilnehmer möglichst weit zu ziehen.<sup>55</sup>

Am 8. Oktober 1872 ging in Eisenach die erste Tagung vonstatten. In seiner Eröffnungsrede betonte Prof. Schmoller die Beweggründe für die Gründung einer solchen Vereinigung, die in der Schaffung einer Basis für die Reform der sozialen Verhältnisse liegen.<sup>56</sup> Die Hebung der unteren Klassen in Hinblick auf ihre Bildung, Anschauungen und Ideale – um damit ihre friedvolle Eingliederung in die Gesellschaft und den Staat zu sichern – stellte ein großes Anliegen der Zusammengetroffenen dar.<sup>57</sup> Die Eisenacher Tagung von 1872 brachte auch den ersten Ausschuss des Vereins hervor. Diesem Ausschuss kamen im Wesentlichen drei Hauptaufgaben zu. Der erste Verantwortungsbereich lag in der Festsetzung der Verhandlungsthemen für die folgende Tagung sowie deren Vorbereitung durch gedruckte Gutachten, die an die Teilnehmer rechtzeitig vor Stattfinden einer Tagung ausgesandt wurden. Diese Gutachten führten in weiterer Folge zu der Entstehung der Schriften des Vereins für Socialpolitik. Eine weitere Aufgabe bestand in der Verfassung eines Aufrufs zur Gründung eines Vereins für Socialpolitik. Die dritte Aufgabe, die der Ausschuss zu erfüllen hatte, war die Vorbereitung einer vorläufigen Konzeption für eine Satzung des Vereins für die nächste Tagung.<sup>58</sup> Bis zu dieser Tagung, die im darauf folgenden Jahr stattfand, betitelte Prof. Gneist den Verein vorläufig als 'Sozial-Reform-Verein'.<sup>59</sup>

---

<sup>55</sup> Vgl.: Albrecht (1961), S. 12 und Boese (1939), S. 3-4 und 7 und Conrad (1906), S. 57.

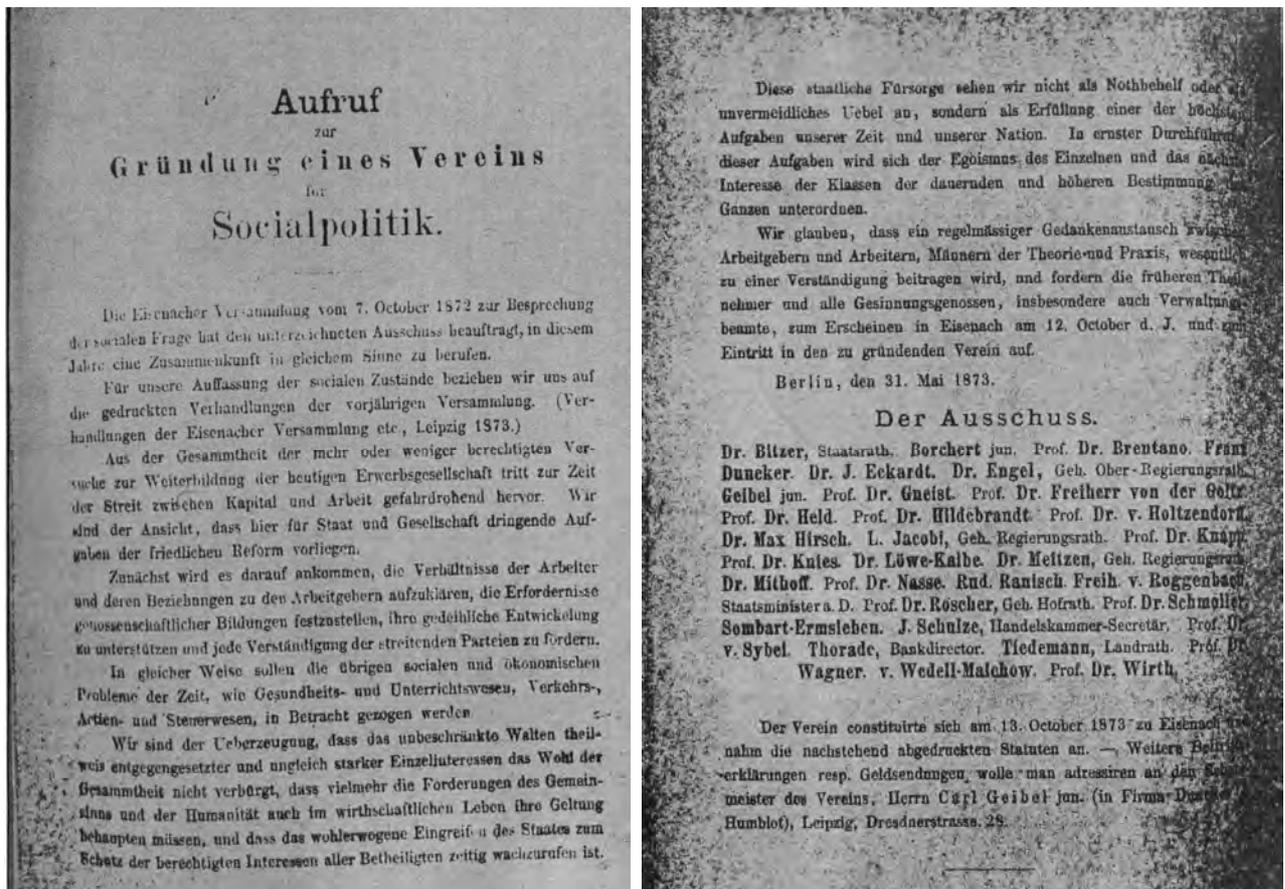
<sup>56</sup> Vgl.: Boese (1939), S. 6.

<sup>57</sup> Vgl.: Boese (1939), S. 9.

<sup>58</sup> Vgl.: Albrecht (1961), S. 12 und Boese (1939), S. 13-14.

<sup>59</sup> Vgl.: Boese (1939), S. 12.

Die nachfolgende Schrift zeigt den Aufruf zur Gründung des Vereins für Socialpolitik:



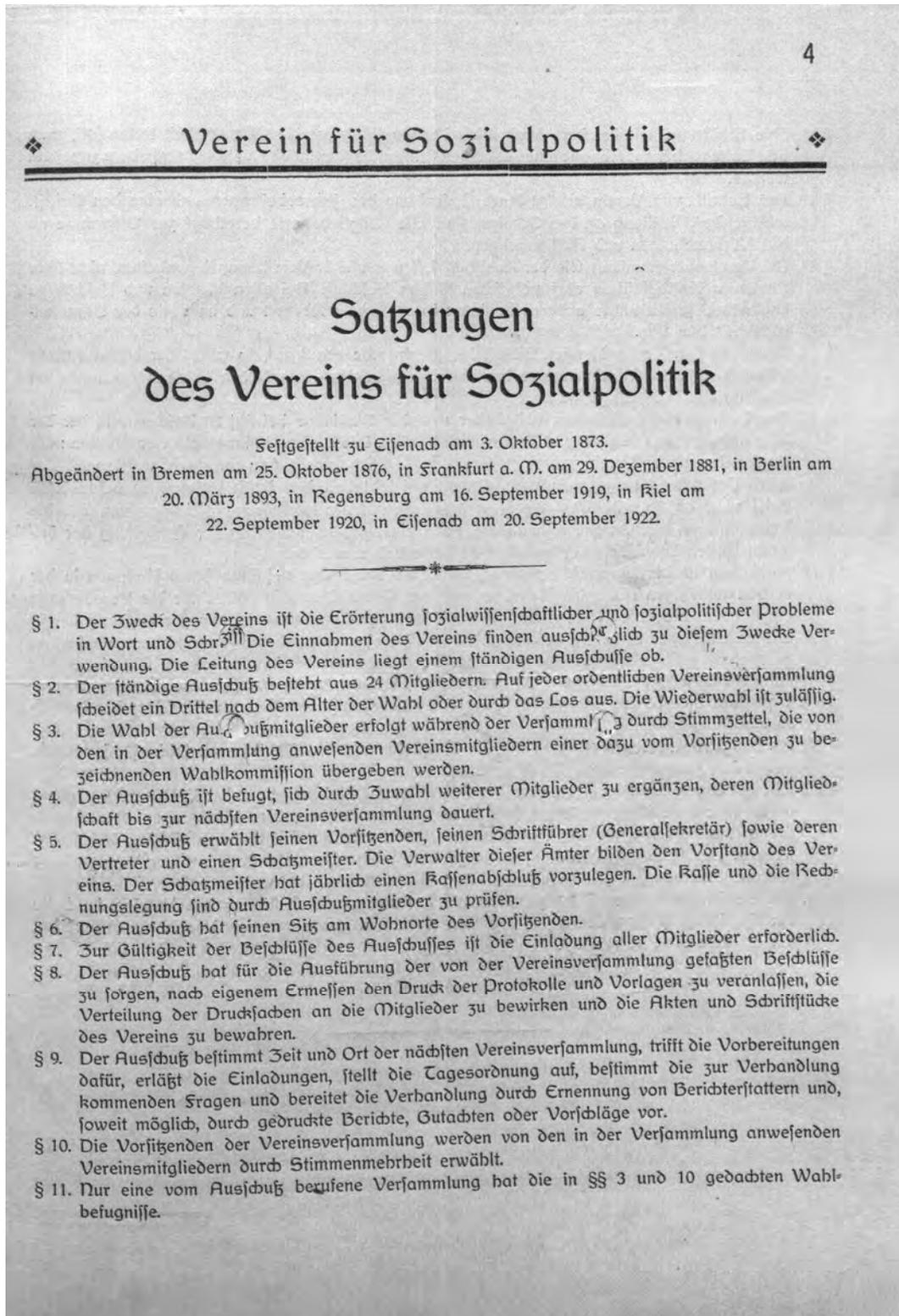
Darstellung 2: Aufruf zur Gründung eines Vereins für Socialpolitik<sup>60</sup>

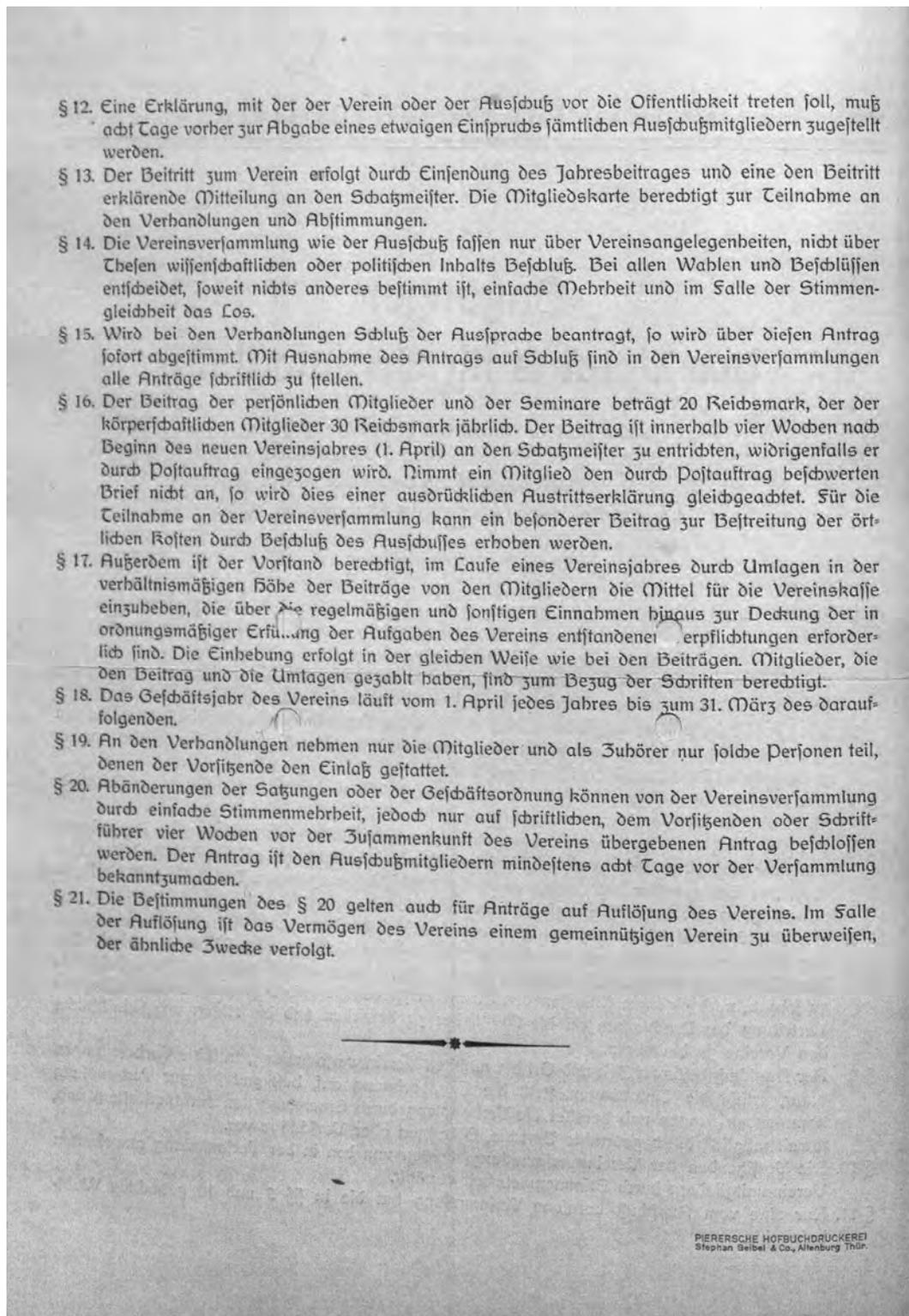
In der im Oktober 1873 stattfindenden zweiten Tagung wurde der vom Ausschuss vorgelegte Entwurf über die Satzung des Vereins nach geringfügigen Änderungen angenommen und der Verein war somit offiziell unter dem Namen 'Verein für Socialpolitik' begründet. In den Statuten des Vereins wurde die Gründung eines ständigen Ausschusses von 24 Mitgliedern festgehalten. Dieser wurde mit den Aufgaben betraut, einen Vorsitzenden, einen Schriftführer und einen Schatzmeister sowie deren Vertreter zu ernennen und für die Ausführung der Beschlüsse, die in der Vereinsversammlung gefasst wurden, zu sorgen. Sämtliche Vorbereitungen für die nächste Vereinsversammlung, wie die Bestimmung des Zeitpunktes und Ortes der Tagung, das Versenden der Einladungen, die Ernennung der Referenten sowie das Erstellen der Gutachten, etc. zählten zu den weiteren Aufgaben dieses Ausschusses.<sup>61</sup>

<sup>60</sup> Aufruf zur Gründung eines Vereins für Socialpolitik (RW 587 – 121).

<sup>61</sup> Vgl.: Conrad (1906), S. 63.

Die nachfolgenden beiden Abbildungen zeigen die Satzungen des Vereins für Socialpolitik aus dem Jahre 1873, die in den Jahren 1876, 1881, 1893, 1919 sowie 1920 und 1922 einige Änderungen erfuhren:





Darstellung 3: Satzungen des Vereins für Socialpolitik<sup>62</sup>

In den Satzungen der Gesellschaft (siehe Darstellung 2) wurde unter § 13 der Beitritt eines neuen Mitgliedes in den Verein geregelt, der zum Einen durch die Einzahlung des Jahresbeitrages und zum Anderen durch eine Mitteilung an den Schatzmeister

<sup>62</sup> Satzungen des Vereins für Socialpolitik (RW 189 – 464).

des Vereins erfolgte. Die nachfolgende Abbildung zeigt eine Mitgliedskarte aus dem Jahre 1935, die nach Entrichtung des Mitgliedsbeitrages an Prof. Albrecht ausgesendet wurde:



Darstellung 4: Mitgliedskarte<sup>63</sup>

In dem Zeitraum von seiner Gründung bis in das Jahr 1932 durchlebte der Verein die eine oder andere Krise. Die erste Notlage machte sich 1879 bemerkbar, als der Verein nicht mehr über Thesen abstimmen wollte, sondern künftig die Darlegung von Vorträgen über angemessene Themen der Sozialpolitik, zwanglose Verhandlungen ohne Beschlüsse sowie eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Verhandlungen durch deren Leiter anstrebte.<sup>64</sup> Diese Neuorientierung war damit zu erklären, dass unter Bismarck auf sozialpolitischem Gebiet dem Verein wenig bis kein Raum gelassen wurde. Natürlich verlor der Verein hierdurch in bestimmtem Maße an Wirksamkeit.<sup>65</sup>

Eine Vereinigung, die ihre Aufgabe darin sieht, auf die Öffentlichkeit und Gesetzgebung in sozialreformerischen Anliegen einzuwirken, setzt von ihren Mitgliedern eine gemeinsame Grundauffassung dieser Aufgabe voraus. Speziell um die Jahrhundert-

<sup>63</sup> Mitgliedskarte, S. 13 (RW 189 – 464).

<sup>64</sup> Vgl.: Albrecht (1961), S. 13 und Conrad (1906), S. 70.

<sup>65</sup> Vgl.: Conrad (1906), S. 69-70.

wende war im Verein für Socialpolitik jedoch ein Dahinschwinden dieser einstimmigen Auffassung zu erkennen, wodurch es 1905 zur schwersten Krise des Vereins kam. Es gab Zweifel, ob sich der Verein überlebt habe, und es wurde beschlossen, die Zusammenfassung der Ergebnisse durch den Verhandlungsleiter abzuschaffen und von nun an die Tagungsthemen auf allgemeine Fragestellungen auszudehnen.<sup>66</sup>

Während des Ersten Weltkrieges fanden im Verein zwar keine öffentlichen Tagungen statt, die weitere Arbeit ruhte jedoch nicht ganz. Erst 1919 wurde die Tagungsarbeit wieder aufgenommen. Die erneute Frage des Fortbestandes des Vereins sowie Veränderungen der Vereinsverfassung und Zusammensetzung des Mitgliederbestandes brachten bereits Anzeichen eines vorläufigen Endes zum Vorschein.<sup>67</sup>

---

<sup>66</sup> Vgl.: Albrecht (1961), S. 14.

<sup>67</sup> Vgl.: Albrecht (1961), S. 14-15.

## D. Die Auflösung und Neugründung des VfS

Nachdem der Nationalsozialismus in Deutschland an die Macht gelangte, wurde die Frage der Weiterexistenz des Vereins immer lauter. Im Jahre 1933 wurden die Mitglieder des Vereins über die politisch veranlassten Gleichschaltungsmaßnahmen<sup>68</sup> personeller Art unterrichtet. Um diesem Vorhaben zu entgehen, stellte der damalige Vorsitzende Sombart im Jahre 1935 einen Antrag auf Auflösung des Vereins, der jedoch gegen vier Stimmen der Verweigerung verfiel.<sup>69</sup>

Sombart kritisierte die – vor allem in den Köpfen der älteren Mitglieder – verfälschte Wahrnehmung des Vereins, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hatte. Er verwies des Weiteren auf den von ihm vorgebrachten Reformplan, der im Wesentlichen drei Neuerungen vorschlug:

- die Aufhebung der Publikationstätigkeit des Vereins,
- die Garantie, dass Persönlichkeiten mit unterschiedlicher Meinung objektiv zu Tagesfragen im Verein Stellung beziehen können und sich die Generalversammlung nicht mehr und mehr zu einer Plattform von Parteikundgebungen entwickelt,
- der Versuch, die wissenschaftlichen Diskussionen in kleinere Sektionen zu zerteilen und diese in Form von Round-Table-Aussprachen zu gestalten.

Diese Reformvorschläge sind zwar im Ausschuss besprochen worden, wurden jedoch nie zur Beschlussfassung weitergereicht. Sombart beanstandete ebenso die Bildung des politischen Willens zu dieser Zeit. Diese geschah nicht mehr durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, sondern erfolgte auf dem direkten Weg nach dem Führerprinzip.<sup>70</sup> Die nachfolgende Darstellung zeigt die Begründung des Antrages auf Fortbestehen des Vereins für Socialpolitik, die einerseits von Sombart und andererseits von den Herren Prof. Von Dietze, Sering und Genossen auf der Mitgliederversammlung vom 30. Juni 1935 vorgelegt wurde:

---

<sup>68</sup> Gleichschaltung ist ein Begriff der nationalsozialistischen Zeit und meint den Prozess der Vereinheitlichung des gesamten gesellschaftlichen und politischen Lebens in Deutschland ab 1933. Ziel der totalitären Parteien und Systeme war es, bestehende gesellschaftliche und staatliche Organisationen zu übernehmen und entsprechend ihrer Ideologie auszurichten und diese so den Parteigliederungen gleich zu gestalten. Uni-Protokolle.de (o.J.), Gleichschaltung [online]

<sup>69</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Der Verein [online] und Albrecht (1961), S. 15.

<sup>70</sup> Vgl.: Um das Fortbestehen des Vereins für Socialpolitik, S. 2 (RW 189 – 467).



Das nur als eine frondierende Vereinigung. Dann wird ihn sehr bald der Tod von fremder Hand ereilen. Die dritte Möglichkeit ist die, daß er freiwillig aus dem Leben scheidet, im Bewußtsein, sein Leben gelebt, seine Aufgaben, die sehr oft der Größe nicht entbehrten, erfüllt zu haben. Wenn wir Ihnen vom Vorstand aus die Auflösung des Vereins empfehlen, so glauben wir damit am besten im Sinne des Vereins und seiner zum Teil großen Traditionen zu handeln.

Ich werde nunmehr das Wort zunächst einem der Herren erteilen, die gewillt sind, den gegnerischen Antrag auf Beibehaltung des Vereins zu begründen.

v. Dietze: Ich glaube, daß in der Beurteilung der Vergangenheit des Vereins, ihrer Größe und ihrer Schwächen keine wesentliche Meinungsverschiedenheit hier besteht. Die Unterschiede ergeben sich erst da, wo es darum geht, jetzt die Möglichkeiten für die Zukunft aufzuzeigen und abzuschätzen. Daß der Verein nicht eine frondierende Stelle werden soll und kann, liegt völlig im Sinne derjenigen, welche den Antrag auf Fortbestehen des Vereins gestellt haben. Ob er sich so klein machen soll, daß er zu einer Quantität négligeable im politischen Sinne wird, das ist eine Frage, die der Erörterung fähig ist, aber, wie ich glaube, eine Frage, die im Augenblick noch nicht brennend ist.

Bei dem Überblick, der anlässlich des 60jährigen Bestehens des Vereins von unserem verehrten Vorsitzenden in Dresden gegeben wurde, wurde ausgeführt, wie der Verein ursprünglich entstanden ist mit der Betonung eines sittlichen Pathos, wie dann aus der politischen Entwicklung in der Arbeiterfrage sich das Bestreben entwickelt hat, ein neutrales Forum der Diskussion abzugeben, ein Forum, auf dem sich die Meinungen klären könnten, um leitende Gesichtspunkte für eine dem Gesamtwohl dienende Politik zu geben, wie gleichzeitig mit Recht die ganze Sozialpolitik im Sinne einer allgemeinen Gesellschaftspolitik aufgefaßt wurde. Es wurde weiter auseinandergesetzt, daß namentlich in der Nachkriegszeit eine neue Auffassung zur Geltung gekommen war, welche die staatspolitische und die nationalwirtschaftliche Gebundenheit und damit auch die außenpolitische Gebundenheit aller Sozialpolitik erkannte, welche den Neubau der nationalen Gemeinschaft als Zentralproblem aller Sozialpolitik in den Mittelpunkt rückte, und es wurde daraus die Folgerung gezogen, daß der Verein es verstanden habe, mit dem Wandel der sozialen Problematik Schritt zu halten, und daß er diesen Kurs auch in Zukunft steuern könne.

Nun haben sich seit 1932 ja die Dinge — und auch ich sage: glücklicherweise — geändert. Es fragt sich, ob unter diesen Verhältnissen die Möglichkeit noch besteht, daß der Verein mit dem Wandel der sozialen Problematik Schritt hält, und daß er in Anknüpfung an das Große seiner Vergangenheit nun dem heutigen Reiche, wie es unser Bemühen ist, wertvolle und — wie ich meine — unerfegliche Dienste zu leisten vermag. Der Verein beschränkt sich ja nicht auf Mitglieder aus den staatlich abgegrenzten Grenzen des Deutschen Reiches. Er zählt Deutsche außerhalb dieser Grenzen zu seinen Mitgliedern. Er hat darüber hinaus auch bei den Angehörigen fremder Nationen einen Namen, eine Stellung sich geschaffen, und wir halten es für einen schweren Verlust nicht in erster Linie im Sinne des Vereins, sondern in erster Linie im Sinne einer nationalen Politik, im Sinne auch des heutigen Reiches, wenn die Möglichkeit des Wirkens in dieser Hinsicht preisgegeben werden sollte.

Wir halten es weiter für erforderlich und auch für möglich — und wir haben in dieser Hinsicht auch gewisse Klärungsversuche unternommen —, daß der Verein gerade bei den veränderten Wegen, auf denen die politischen Entscheidungen zustande kommen, noch etwas leisten und wirken kann. Daß der Verein auf diese Entscheidungen unter Beeinflussung der öffentlichen Meinung einzuwirken vermag, kommt selbstverständlich nicht mehr in Frage. Um so dringender scheint es uns notwendig zu sein, daß die maßgebenden Persönlichkeiten die Möglichkeit haben, auf eine Klärung der Meinungsbildung zurückzugreifen, eine Klärung, die unter dem Ziele des Gesamtwohls und in völliger Wahrhaftigkeit erfolgt. Wenn uns diese Möglichkeit nicht gegeben werden sollte — was ich meine nicht annehmen zu brauchen —, dann können wir es nicht hindern; aber wir glauben, es nicht verantworten zu können, daß wir selbst diese Möglichkeit von vornherein abschneiden, sie als nicht gegeben bezeichnen. Wir weichen von der Auffassung des Vorstandes, wie sie uns eben dargelegt worden ist, ab, hinsichtlich der Beurteilung der Möglichkeiten, die bestehen. Wir bitten deshalb, dem Antrag zuzustimmen, daß der Verein bestehenbleiben soll.

Ich möchte mich so, wie es der Herr Vorsitzende getan hat, auf eine kurze Darlegung beschränken, zumal ja ein großer Teil der Anwesenden an der Sitzung des Hauptausschusses im April teilgenommen hat, in der ausgiebig die Meinungen für und wider dargelegt worden sind, ohne doch eine wesentliche Fortbildung über diese grundsätzlichen und entscheidenden Fragen hinaus zu entwickeln.

Nach Neuwahl des Vorstandes in der anschließenden Hauptausschusssitzung sprach v. Dietze (den Vorsitz übernehmend): Sie werden verstehen, daß ich den Vorsitz im Verein für Sozialpolitik nicht leichten Herzens übernehme, gewiß mit herzlichem Dank für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Ich tue es in dem ernststen Bewußtsein, einer gerade für unser Land wichtigen Aufgabe zu dienen und dienen zu müssen, in der klaren Erkenntnis der großen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind. Daran knüpft sich die Bitte, bei dem ausgesprochenen Vertrauen zu bleiben und damit auch die Wege für die Überwindung der gekennzeichneten Schwierigkeiten zu erleichtern.

Meine erste Aufgabe ist, Herrn Geheimrat Sombart im Namen des Vereins für das, was er für ihn getan hat, zu danken. Ich habe vorhin bereits in den Ausführungen, die ich zur Begründung des Antrags auf Fortbestehen des Vereins machte, auf Gedankengänge von Sombart mich stützen können. Ich möchte ferner an Ausführungen von ihm erinnern, die mir deutlich im Gedächtnis geblieben sind. Aus der viel genannten und viel beklagten Dresdener Tagung möchte ich gerade diese Ausführungen als einen auch heute bedeutungsvollen Lichtblick der Vergessenheit entreißen. In der Tischrede bei dem Essen, das damals im Dresdener Rathaus stattfand, führte Herr Sombart aus, daß der Verein für Sozialpolitik auch die Aufgabe habe, eine Gemeinschaft zu bilden, eine Machtzelle, nicht im Sinne eines Frondierens, nicht um eine eigene Vereinsmacht zu entfalten, sondern um dem Staat, dem Reich die Möglichkeit zu bieten, wieder Macht zu bilden. Er stellte damals den Verein und seine Aufgabe in eine deutliche Parallele etwa zu dem, was an anderer Stelle mit anderen Zielsetzungen die Reichswehr oder ähnliche Einrichtungen für den Staat zu geben hätten. Wenn wir uns nun in der Beurteilung der Möglichkeiten, solche Gedanken und Ziele jetzt zu verwirklichen, heute getrennt haben, so bedeutet das nicht, daß wir deshalb auf das Sombartsche Gedankengut, das in der Tätigkeit für den Verein seinen Ausdruck gefunden hat, verzichten wollen. Im Gegenteil, wir glauben, daß der Verein, der es in der Vergangenheit verstanden hat, mit dem Wandel der sozialen Problematik Schritt zu halten, noch heute berechtigt und verpflichtet ist, diesen Kurs weiterzuführen. Wir wissen, daß dazu ein sehr starker Einsatz notwendig ist, und ich darf für meine Person die Bereitwilligkeit zur Leistung eines solchen Einsatzes aussprechen.

Parasche Hartmann-Druckerei, Bleichner Gasse 8/9, Altona

Darstellung 5: Begründung des Antrages auf Fortbestehen des Vereins für Socialpolitik<sup>71</sup>

<sup>71</sup> Um das Fortbestehen des Vereins für Socialpolitik, S. 2 (RW 189 – 467).

Bereits im darauf folgenden Jahr wurde ein weiterer Auflösungsantrag gestellt, als der Vorschlag über die Neugestaltung des Vereins vorgebracht wurde, der eine Überführung des Vereins in die regimetreue 'Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft' vorsah. Dieses Ansuchen fand nun überwiegende Zustimmung und so kam es nach den Beschlüssen der Mitgliederversammlung vom 19. Dezember 1936 zu der Auflösung des Vereins für Socialpolitik.<sup>72</sup> Als Liquidatoren wurden Prof. Von Dietze, Prof. Prion sowie Dr. Boese ernannt, welche die Schlussrechnung aufzustellen hatten. Das nach Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten verbliebene Vermögen des Vereins wurde der Deutschen Akademie, die an der wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschtums arbeitete, überwiesen.<sup>73</sup>

Auf einer Fakultätenkonferenz in Göttingen im Jahre 1946 sowie auf der ersten Nachkriegsstudienkonferenz der Deutschen Reichsbahn in Rothenburg ob der Tauber im Jahre 1947, gab es Vorbesprechungen innerhalb eines kleinen Kreises an Fachkollegen. Diese fanden es an der Zeit, dass dem Bedürfnis nach einem Gedankenaustausch über wissenschaftliche Fachprobleme und nach einer Erörterung der schicksalsschweren Fragen, die durch die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach dem Zusammenbruch hervorgebracht wurden, durch eine Wiedereinführung von wissenschaftlichen Tagungen nachgekommen werden müsse. Während dieser Vorbesprechungen wurde beschlossen, im Herbst des Jahres 1947 eine Tagung von volkswirtschaftlichen Hochschullehrern in Rothenburg ob der Tauber zu veranstalten.<sup>74</sup> Auf dieser Konferenz in Rothenburg fassten die Teilnehmer den Entschluss, den Verein für Socialpolitik wieder ins Leben zu rufen. In der im nachfolgenden Jahr stattfindenden Mitgliederversammlung in Marburg fand dieser Beschluss durch die Teilnehmer seine Befürwortung. Somit kam es am 16. September 1948 zur Wiedegründung des Vereins für Socialpolitik.<sup>75</sup>

---

<sup>72</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Der Verein [online] und Albrecht (1961), S. 15.

<sup>73</sup> Vgl.: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 19.12.1936 in Berlin, S. 27 (RW 189 – 464).

<sup>74</sup> Vgl.: Atkinson/Breyer/Pohl/Schefold/Sinn/Snowder/Streissler/Wagner (2000), S. 205 und Albrecht (1949), S. 117-119.

<sup>75</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Der Verein [online] und Albrecht (1949), S. 117.

Die nachstehende Abbildung zeigt die Einwilligung zur Wiedergründung des Vereins für Socialpolitik, welche durch das Magistrat der Stadt Marburg genehmigt wurde:



Darstellung 6: Genehmigung der Gründung des Vereins für Socialpolitik<sup>76</sup>

Bei der Gründung der neuen Vereinigung herrschte Einigkeit darüber, dass diese sowohl volkswirtschaftliche als auch betriebswirtschaftliche Hochschullehrer und an der wissenschaftlichen Erörterung wirtschaftlicher und sozialer Fragen interessierte Praktiker umfassen sollte.<sup>77</sup> Die Erstgründung des Vereins im Jahre 1872 wurde hingegen überwiegend von Vertretern des öffentlichen Lebens und der Praxis vollbracht.<sup>78</sup>

Die alte Bezeichnung 'Verein für Socialpolitik' wurde um den Zusatz 'Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften' ergänzt. (Um die Übersichtlichkeit dieser Arbeit zu bewahren, soll im weiteren Verlauf die Bezeichnung des Vereins mit 'Verein für Socialpolitik' verkürzt genannt werden.) Bei der Neugründung wurde der rein wissenschaftliche Charakter des Vereins beschlossen, der sich in einem allgemeinen Verzicht auf Entschlüsse während der Tagungen sowie auf Zusammenfassungen der

<sup>76</sup> Vgl.: Magistrat der Universitätsstadt Marburg/Lahn, S. 49 (RW 189 – 470).

<sup>77</sup> Vgl.: Bericht über die Mitgliederversammlung, S. 8 (RW 189 – 192).

<sup>78</sup> Vgl.: Albrecht (1949), S. 122.

Tagungsergebnisse durch die Leiter zeigte.<sup>79</sup> Somit musste das politische Wollen hinter den wissenschaftlichen Pflichten zurückstehen.<sup>80</sup> Der neu konstituierte Verein erfuhr dadurch eine wesentliche Neuorientierung, da von nun an auf große wissenschaftliche Untersuchungen, so genannte Enqueten, verzichtet wurde und der Verein ausschließlich als Forum für wissenschaftliche Fragestellungen agierte.<sup>81</sup> Zu den Aufgaben der Vereinigung zählten neben der Klärung von Fach- und Studienfragen der Volks- und Betriebswirtschaftslehre auch die Vertretung ihrer Hochschullehrer sowie die Pflege der Beziehungen zur Fachwissenschaft des Auslandes.<sup>82</sup>

Die Tagungen des Vereins sollten gemäß der Satzung in einem Zeitabstand von zwei Jahren stattfinden, um hierdurch einen nahen Kontakt zwischen Volks- und Betriebswirten wiederherzustellen.<sup>83</sup> Die Tagungen sollen die Gelegenheit bieten, ein umfassendes Generalthema unter den verschiedenen Teilaspekten der in der Gesellschaft vertretenden Fachrichtungen zu diskutieren.<sup>84</sup> Für die Vorbereitung der Tagungen wird ein wissenschaftlicher Leiter durch den Erweiterten Vorstand bestellt. Der Leiter legt im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden dem Erweiterten Vorstand Empfehlungen für die Themenstellungen und Referenten der Tagung vor, über welche der erweiterte Vorstand letztlich entscheidet.<sup>85</sup> Die Veröffentlichung der 'Schriften des Vereins für Socialpolitik' wurde sofort nach der Wiedergründung unter dem Titel 'Neue Folge der Schriften des Vereins für Socialpolitik' neuerlich aufgenommen. Die Schriften dienen jedoch nicht mehr wie zuvor der Vorbereitung der Tagungen, sondern beinhalten Berichte über die Tagungen des Vereins und die Arbeit seiner fachlichen Ausschüsse.<sup>86</sup>

Der nachfolgende Abschnitt widmet sich der Hauptzielsetzung dieser Arbeit, die die Widerspiegelung der Arbeit des Vereins für Socialpolitik nach dessen Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg bis Ende der 1970-er Jahre verfolgt.

---

<sup>79</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Der Verein [online] und Albrecht (1961), S. 16.

<sup>80</sup> Vgl.: Zwiedineck-Südenhorst von (1949), S. 111-112.

<sup>81</sup> Gespräch mit Prof. Heinz Kurz, Vorsitzender des Ausschusses 'Geschichte der Wirtschaftswissenschaften' des Vereins für Socialpolitik, am 28.06.2010.

<sup>82</sup> Vgl.: Bericht über die Mitgliederversammlung, S. 8 (RW 189 – 192).

<sup>83</sup> Vgl.: Albrecht (1949), S. 121.

<sup>84</sup> Vgl.: Schneider (1975), S. 1-2.

<sup>85</sup> Vgl.: Geschäftsordnungsentwurf (Stand 19.12.1967), S. 28 (RW 189 – 429).

<sup>86</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Der Verein [online] und Albrecht (1961), S. 16.

## E. Die Vereinstätigkeit des VfS von der Neugründung bis 1980

Wie bereits in Abschnitt B angeführt, zählt die Veranstaltung von jährlichen Tagungen zu einer der ständigen Tätigkeiten des Vereins für Socialpolitik. Die nachfolgende Listung zeigt einen Überblick über Tagungsort und Inhalt sämtlicher Tagungen des Vereins von seiner Wiedergründung bis Ende der 1970-er Jahre. Im weiteren Verlauf der vorliegenden Masterarbeit werden die einzelnen Versammlungen der Gesellschaft inhaltlich und organisatorisch näher betrachtet.<sup>87</sup>

1948	Marburg	Volkswirtschaftliche Probleme des deutschen Außenhandels
1950	Bad Pyrmont	Die Problematik der Vollbeschäftigung
1952	Salzburg	Kapitalbildung und Kapitalverwendung
1952	Berlin	Die Berliner Wirtschaft zwischen Ost und West – die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan
1954	Bad Nauheim	Deutschland und die Weltwirtschaft
1956	Köln	Einkommensbildung und Einkommensverteilung
1958	Göttingen	Probleme des räumlichen Gleichgewichts in der Wirtschaftswissenschaft
1958	Baden-Baden	Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums
1960	Bad Kissingen	Die Konzentration in der Wirtschaft
1961	Garmisch-Partenkirchen	Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliches Methodenproblem (Arbeitstagung)
1962	Bad Homburg	Probleme der normativen Ökonomik und wirtschaftspolitischen Beratung (Arbeitstagung)
1962	Luzern	Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft
1963	Würzburg	Das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zur Rechtswissenschaft, Soziologie und Statistik (Arbeitstagung)
1964	Travemünde	Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart
1966	Hannover	Rationale Weltwirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute

---

<sup>87</sup> Verein für Socialpolitik (1991), S. 287-288.

1967	Baden-Baden	Grundsatzprobleme wirtschaftspolitischer Beratung (Arbeitstagung)
1968	Berlin	Lohnpolitik und Einkommensverteilung
1970	Innsbruck	Grundfragen der Infrastrukturplanung für wachsende Wirtschaften
1972	Bonn	Macht und ökonomisches Gesetz
1973	Kiel	Probleme der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung (Arbeitstagung)
1974	Zürich	Stabilisierung in der Marktwirtschaft
1975	Aachen	Die Bedeutung gesellschaftlicher Veränderungen für die Willensbildung im Unternehmen (Arbeitstagung)
1976	Augsburg	Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft
1977	Münster	Neuere Entwicklungen in den Wirtschaftswissenschaften (Arbeitstagung)
1978	Hamburg	Staat und Wirtschaft (Arbeitstagung)
1979	Mannheim	Erschöpfbare Ressourcen (Arbeitstagung)
1980	Nürnberg	Zukunftsprobleme der sozialen Marktwirtschaft

Der inhaltliche Schwerpunkt der nachfolgenden Kapitel liegt in der Arbeit des Vereins für Socialpolitik, die – untergliedert nach einzelnen Zeitabschnitten – näher betrachtet wird. Es werden hierbei die jährlichen Tagungen umrisshaft dargelegt, indem die inhaltliche und organisatorische Durchführung der Versammlungen ausgeführt wird. Ebenso werden etwaige wesentliche Satzungsänderungen, die Entwicklung der Mitgliederzahlen und die Besetzung der Ämter des Engeren Vorstandes, der einen Vorsitzenden, einen stellvertretenden Vorsitzenden, einen Schatzmeister sowie einen Schriftführer vorsieht, in jedem Zeitabschnitt miteingebunden. Die fachspezifische Arbeit in den Ausschüssen der Gesellschaft wird in dieser Masterarbeit außer Acht gelassen.

Zumal im Zuge der Recherche nicht zu jedem Jahr der betrachteten Zeiträume Materialien gefunden wurden, ist eine vollständige und geschlossene Darstellung der Vereinsarbeit in dieser Arbeit leider nicht durchführbar. Somit können die nachfolgenden Abschnitte die eine oder andere Jahreslücke aufweisen.

## **I. Die Vereinstätigkeit von 1948 bis 1960**

Das vorliegende Kapitel gewährt Einsicht in die Arbeit der Gesellschaft, die neben der Organisation der jährlichen Tagung auch die Konstituierung der einzelnen Ausschüsse umfasst. Neben den genannten Inhalten sollen ebenso strukturelle und organisatorische Anliegen, wie Mitgliederstatistiken und die Zusammensetzung des Engeren Vorstandes der Gesellschaft, angeführt werden. Etwaige bedeutende Satzungsänderungen finden in diesem Abschnitt ebenso Berücksichtigung.

### **1. Berichte aus der Arbeit des Vereins von 1948 bis 1960**

In diesem ersten Unterkapitel sollen einerseits die Vorbesprechungen und Vorbereitungen der Tagungen der Gesellschaft sowie die Gründung von Ausschüssen im ersten Jahrzehnt nach ihrer Wiedergründung näher betrachtet werden. Ebenso werden Beschlüsse der Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen der Gesellschaft in diesen Abschnitt einbezogen.

#### *Vereinsarbeit 1948*

Nach der Wiedergründung des Vereins im Jahre 1948 nahmen sechs Ausschüsse ihre Tätigkeit auf. Die nachfolgende Auflistung zeigt einen Überblick dieser Ausschüsse und ihrer Aufgabenbereiche:

- Ausschuss für Wirtschaftstheorie und theoretische Statistik: Theorie und Politik der Vollbeschäftigung, die Keynesche Revolution in der Wirtschaftstheorie
- Ausschuss für Wirtschaftspolitik: Außenhandels- und internationale Zahlungsprobleme
- Ausschuss für Finanzwissenschaft: strukturelle Vergleichsmöglichkeiten der Finanzwirtschaft in verschiedenen Ländern
- Ausschuss für Betriebswirtschaft: Formen der praktischen Preisbildung in Betrieben
- Ausschuss für Wirtschaftsgeschichte: Die Frage des Wirtschaftssystems in der Wirtschaftsgeschichte
- Ausschuss für Sozialpolitik: Soziale Gestaltung der Wirtschaftsordnung.

Die Mitglieder des Vereins wurden aufgefordert, sich an den Vorsitzenden des entsprechenden Ausschusses zu wenden, in welchem sie mitzuarbeiten gedachten.<sup>88</sup>

#### *Vereinsarbeit 1950*

Auf der Mitgliederversammlung im Oktober 1950 in Bad Pyrmont unterrichtete der Vorsitzende die anwesenden Mitglieder über die Arbeit der Gesellschaft der letzten beiden Jahre. Der Ausschuss der volks- und betriebswirtschaftlichen Hochschullehrer beriet in seinen Sitzungen über die Erarbeitung eines Gutachtens der Grundlinien einer einheitlichen Prüfungsordnung für Diplomvolkswirte. Dieses ging den Kulturministerien der einzelnen Länder sowie der Kultuministerkonferenz zu. Auch über den Arbeitsfortschritt bei der Untersuchung des Flüchtlingsproblems wurden die Mitglieder informiert, der aufgrund von fehlenden Geldmitteln nur sehr stockend vor sich ging.<sup>89</sup>

#### *Vereinsarbeit 1952*

In der Sitzung des Engeren Vorstandes im Jahre 1952 wurden zwei Themen beschlossen, die dem Erweiterten Vorstand als Fragestellungen für die nächste Tagung vorgeschlagen wurden: Die öffentlichen Finanzen und das Sozialprodukt oder ein Thema über Außenhandelsprobleme. Für zweiten Vorschlag wurde ersucht, Prof. Hoffmann für weitere Anregungen zu kontaktieren.<sup>90</sup>

#### *Vereinsarbeit 1956*

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Vereins für Socialpolitik nahm im Jahre 1956 mit 27 Professoren seine Tätigkeit auf. Die Arbeit des Ausschusses zielt darauf ab, sowohl grundlegende als auch aktuelle Probleme der Theorie der Wirtschaftspolitik und der praktischen Wirtschaftspolitik wissenschaftlich zu analysieren und zu diskutieren und die Ergebnisse in Tagungsbänden zu veröffentlichen. Das Amt des Vorsitzenden hatte im Gründungsjahr Prof. Seraphim inne.<sup>91</sup>

---

<sup>88</sup> Vgl.: Rundschreiben, S. 4-5 (RW 189 – 197).

<sup>89</sup> Vgl.: Protokoll der Mitgliederversammlung am 13.10.1950 in Bad Pyrmont, S. 2 (RW 515 – 8).

<sup>90</sup> Vgl.: Protokoll der Sitzung des Engeren Vorstandes am 16.11.1952 in Marburg, S. 119 (RW 189 – 293).

<sup>91</sup> Vgl.: Institut für Genossenschaftswesen (o. J.), Verein für Socialpolitik: Wirtschaftspolitische Ausschuss [online].

### *Vereinsarbeit 1957*

Im Jahre 1957 wurde im Verein für Socialpolitik ein weiterer Ausschuss konstituiert: der Ausschuss für Entwicklungsländer. Der bis zum heutigen Tag tätige Ausschuss widmet sich der Forschung und kritischen Diskussion von Forschungsergebnissen und bedeutenden Fragestellungen, die sich der Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik widmen. Die engagierte und sachkundige Bearbeitung von entwicklungstheoretischen und -politischen Fragestellungen in Forschung und Lehre sowie der Austausch mit der entwicklungspolitischen Praxis sind Zielsetzungen, die von den Mitwirkenden dieses Ausschusses angestrebt werden. Die jährlich stattfindende Tagung des Ausschusses wird jeweils von einem Mitglied des Ausschusses organisatorisch vorbereitet. Als erster Vorsitzender dieses Gremiums wurde Prof. Stucken tätig.<sup>92</sup>

### *Vereinsarbeit 1959*

Auch das Jahr 1959 brachte einen weiteren Ausschuss hervor. Der Finanzwissenschaftliche Ausschuss des Vereins für Socialpolitik wurde unter dem Vorsitz von Prof. Jecht 1959 ins Leben gerufen. Der Finanzwissenschaftliche Ausschuss verfolgt neben der Weiterentwicklung und kritischen Reflexion der Finanztheorie auch den Einsatz finanzwissenschaftlicher Forschungserkenntnisse in der finanzpolitischen Praxis. Hierzu tagen die Mitwirkenden des Finanzwissenschaftlichen Ausschusses einmal jährlich zu ihrer Jahrestagung, deren organisatorische Vorbereitung jeweils von einem Mitglied des Ausschusses arrangiert wird. Die während der Tagung vorgelegten und diskutierten Beiträge werden nach einer genauen Überarbeitung in einem Tagungsband durch den Vorsitzenden des Ausschusses publiziert.<sup>93</sup>

Neben der Konstituierung eines neuen Ausschusses, wurde im Jahre 1959 die Tätigkeit eines Ausschusses jedoch eingestellt. Nach dem Beschluss des Erweiterten Vorstandes im Oktober 1958 wurde der Betriebswirtschaftliche Ausschuss der Gesellschaft aufgrund der ruhenden Aktivitäten endgültig aufgelöst. Die Mitglieder des Ausschusses wurden ersucht, ihre Arbeit in den anderen Ausschüssen einzubringen. Die Tätigkeiten des Sozialpolitischen Ausschusses, die über einen längeren Zeitraum still gelegen haben, sollten hingegen wieder aufgenommen werden.<sup>94</sup>

---

<sup>92</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2009), Ausschuss für Entwicklungsländer [online].

<sup>93</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2009), Über den Finanzwissenschaftlichen Ausschuss [online].

<sup>94</sup> Vgl.: S. 18 (RW 515 – 11).

### *Vereinsarbeit 1960*

Die Haupttätigkeit des Vorstandes des Vereins widmete sich der Vorbereitung der Tagung in Bad Kissingen. Themenvorschläge kamen von Prof. Hoffmann, der unter anderem die Agrarwirtschaft, die Stabilisierung der Weltwirtschaft oder die Investitionsproblematik unterbreitete, und von Prof. Jecht, der die Fragestellungen 'Sozialpolitik in unserer Zeit' und 'Strukturwandlungen der modernen Wirtschaft' vorschlug. Der Vorstand einigte sich schließlich darauf, zwei Jahre später über das Thema 'Strukturwandlungen' zu tagen. Als wissenschaftlicher Leiter dieser Veranstaltung wurde Prof. Bombach auserkoren.<sup>95</sup>

Darüber hinaus zeigte sich die Arbeit des Vereins für Socialpolitik auch in der Veröffentlichung dreier umfangreicher Materialbände zum Thema 'Die Konzentration in der Wirtschaft', die von Prof. Arndt herausgegeben wurden. Diese dienten der Vorbereitung zur Tagung von 1960, auf welcher die Themenstellung der Konzentration in Vorträgen und Diskussionen behandelt wurde. Die Themenreihe beinhaltet über 50 Einzeluntersuchungen, welche einerseits die Konzentration von Unternehmen und Betrieben und andererseits die Konzentration von Einkommen und Vermögen erforschten.<sup>96</sup>

Nachdem die Vereinstätigkeit der ersten zwölf Jahre nach der Wiedergründung der Gesellschaft dargelegt wurden, folgt im nachstehenden Kapitel ein zusammenfassender Überblick über die Tagungen des Vereins für Socialpolitik von 1948 bis 1960.

---

<sup>95</sup> Vgl.: Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 18. und 19.09.1960 in Bad Kissingen, S. 104 und S. 107-111 (RW 189 – 325).

<sup>96</sup> Vgl.: Neumark (1961a), S. 10.

## 2. Tagungen des Vereins von 1948 bis 1960

Der zweite Unterabschnitt beschäftigt sich mit den Tagungen der Gesellschaft, die in den Jahren 1948 bis 1960 vom Verein veranstaltet wurden. Die Tagungen trugen sich in einem Zeitabstand von zwei Jahren zu, wobei in den Jahren 1952 und 1958 jeweils zwei Tagungen stattfanden.

### *Tagung 1948*

Die erste Tagung des Vereins seit seiner Wiederbegründung fand in Marburg zum Thema 'Volkswirtschaftliche Probleme des deutschen Außenhandels' statt. Den Vorschlag zu dieser Themenstellung brachte Dr. Miksch in der Sitzung des Ausschusses zur Beratung der Vereinsstatuten, die im April 1948 in Schönberg abgehalten wurde, vor. Die Problemstellung sollte durch zwei Referate behandelt werden, die zum einen von dem Volkswirt Dr. Meyer und zum anderem von dem Betriebswirt Prof. Lohmann vorgetragen werden sollten.<sup>97</sup>

### *Tagung 1950*

Die Tagung im Jahre 1950, die vom 13. bis 15. Oktober in Bad Pymont abgehalten wurde, beschäftigte sich mit der bereits von Keynes bearbeiteten 'Problematik der Vollbeschäftigung'. Prof. Albrecht fand die deutsche Wirtschaftswissenschaft zur Behandlung dieser Frage berufen, da Deutschland ein Land war, dessen Wirtschaft durch die nationalsozialistische Vollbeschäftigungspolitik gekennzeichnet war. Auf dieser Tagung wandte sich der Verein das erste Mal seit seiner Wiedergründung an ein breites Publikum, dem auch Wirtschaftspraktiker und Wirtschaftspolitiker angehörten.<sup>98</sup>

Der erste Verhandlungstag in Bad Pymont wurde durch Referate von Prof. Schneider über den 'Gegenwärtigen Stand der Theorie der Beschäftigung', von Prof. Hoffmann über die 'Vollbeschäftigung in einer wachsenden Wirtschaft' sowie von einem Beitrag Prof. Wessels zur 'Wirtschaftspolitik im Zeichen der Vollbeschäftigung' begleitet. Auch am zweiten Verhandlungstag standen drei Vorträge auf der Tagesordnung. Es referierte zuerst Prof. Schiller über die 'Vollbeschäftigung und Kreditpolitik' gefolgt von Prof. Koch mit einem Beitrag über die 'Vollbeschäftigung und

---

<sup>97</sup> Vgl.: Protokoll der Sitzung des Ausschusses zur Beratung der Vereinsstatuten am 08.04.1948 in Schönberg i. Ts., S. 21 (RW 189 – 192).

<sup>98</sup> Vgl.: Grunau (1950), S. 725-736.

Finanzpolitik' und Prof. Rittershausen, der das Thema der 'Vollbeschäftigung und Außenhandelspolitik' behandelte.<sup>99</sup>

### *Tagung 1952*

Im Jahre 1952 wurden vom Verein für Socialpolitik zwei Tagungen abgehalten: eine Sonderveranstaltung in Berlin, welche die Fragestellung der 'Berliner Wirtschaft zwischen Ost und West' untersuchte, sowie die übliche Tagung in Salzburg zum Thema 'Kapitalbildung und Kapitalverwendung'.<sup>100</sup> In der Sondertagung, die bereits im Frühjahr stattfand, wurde der erste Beitrag von Prof. Thalheim über 'Berlins Wirtschaft zwischen Ost und West' gehalten, in welchem er auf die Probleme Berlins hinwies, wie den enormen Substanzverlust durch Kriegszerstörungen, die politische und wirtschaftliche Trennung Deutschlands sowie die Spaltung der Stadt selbst. Prof. Mackenroth sorgte für den zweiten Vortrag dieser Tagung und referierte über 'Ein deutscher Sozialplan – seine Aufgaben, Möglichkeiten und Grundzüge'. Er merkte an, dass die klassische Sozialpolitik, die eine Stützung der sozial schwachen Arbeiterklasse anstrebte, längst überholt sei, da die Arbeiterschaft ihre Stellung in der Gesellschaft gefestigt habe. Die Sozialpolitik ist nicht mehr schichtenspezifisch sondern qualitativ total geworden und muss daher mit dem volkswirtschaftlichen Kreislauf und dem ganzen Gesellschaftsaufbau abgestimmt werden.<sup>101</sup>

Die zweite Tagung, die vom Verein im Jahre 1952 veranstaltet wurde, fand in Salzburg zum Thema 'Kapitalbildung und Kapitalverwendung' statt. Diese Tagung wurde unter anderem durch Beiträge von Prof. Saueremann über die 'Kapitalbildung und Kapitalverwendung im volkswirtschaftlichen Wachstumsprozess', von Prof. Neumark über die 'Möglichkeiten einer finanzpolitischen Beeinflussung von Kapitalbildung und Kapitalverwendung' sowie von Prof. Lohmann über die 'Kapitalbildung und Kapitalverwendung in der Unternehmung' mitgestaltet.<sup>102</sup>

### *Tagung 1954*

Die Bad Nauheimer Tagung im Jahre 1954 stand ganz im Zeichen 'Deutschland und die Weltwirtschaft'. Der Ablauf der Veranstaltung war auf drei Bereichen aufgebaut:

---

<sup>99</sup> Vgl.: Grunau (1950), S. 726-735.

<sup>100</sup> Vgl.: Arndt (1953), S. 83.

<sup>101</sup> Vgl.: Arndt (1952), S. 484-486.

<sup>102</sup> Vgl.: Arndt (1953), S. 84-96.

eine theoretische Basis, die Erörterung der Probleme der Außenwirtschaftspolitik sowie die Untersuchung der betriebswirtschaftlichen Fragen des Absatzes und der Absatzorganisation. Die Beiträge zu diesen Bereichen kamen unter anderem von Prof. Predöhl über 'Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft', von Dr. Reinhardt über die 'Gegenwartsprobleme der deutschen Außenhandelspolitik' und von Prof. Schäfer über die 'Wandlungen der absatzwirtschaftlichen Organisation des Fertigwarexports'.<sup>103</sup>

### *Tagung 1956*

Das verhältnismäßig rasche Anwachsen des deutschen Volkseinkommens in der Nachkriegszeit und das Problem der personellen Verteilung brachte den Vorstand des Vereins dazu, in der Tagung von 1956 in Köln das Thema 'Einkommensbildung und Einkommensverteilung' zu behandeln. Am ersten Tag dieses Zusammentreffens referierten Prof. Von Beckerath über das Thema 'Politik und Wirtschaft: ist eine rationale Wirtschaftspolitik möglich?', Prof. Peter über 'Formen der Einkommensbildung und Einkommensverteilung' sowie Prof. Krelle über 'Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft'. Der zweite Tag der Veranstaltung wartete mit Beiträgen von Prof. Jecht über die 'Staatliche Wirtschaftspolitik und Einkommensverteilung' und Prof. Kolms über den 'Einfluss der nicht-staatlichen Instanzen auf die Einkommensverteilung' auf.<sup>104</sup>

### *Tagung 1958*

Die Tagung des Vereins, die aus Anlass des 175. Geburtstages von Johann Heinrich von Thünen veranstaltet wurde, fand unter dem Thema 'Probleme des räumlichen Gleichgewichts in der Wirtschaftswissenschaft' statt. Ziel dieser Tagung war es, eine Analyse der Wirtschaft in ihrer räumlichen Interdependenz durchzuführen, wobei hierbei auf die Zusammenhänge zwischen Finanz- und Sozialpolitik einerseits und der regionalen Einkommensteuerung andererseits hingewiesen sowie die Probleme der Entwicklungsländer angesprochen werden sollten.<sup>105</sup> Der erste Tag wurde durch Beiträge von Prof. Schneider über das Thema 'Johann Heinrich von Thünen und die Wirtschaftstheorie der Gegenwart', von Prof. Woermann über 'Johann Heinrich von Thünen und die landwirtschaftliche Betriebslehre der Gegenwart' sowie von Prof.

---

<sup>103</sup> Vgl.: Jahn (1955), S. 221-225.

<sup>104</sup> Vgl.: Hoffmann (1957), S. 15-16.

<sup>105</sup> Vgl.: Hoffmann (1959a), S. 12.

Leontief über die 'Interregionalen Beziehungen wirtschaftlicher Aktivitäten' gestaltet. Am zweiten und letzten Tag brachte Prof. Giersch sein Referat über die 'Probleme der regionalen Einkommensverteilung' zum Besten.<sup>106</sup>

Die Tagung des Vereins in Baden-Baden im Jahre 1958, die unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Neumark stand, widmete sich dem Thema 'Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums'. Der Gegenstand der Tagung wurde aufgrund des weltweit bestehenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wunsches nach einem gleichmäßigen Ansteigen des Realeinkommens festgesetzt.<sup>107</sup> Der Ablauf der Veranstaltung wurde so angeordnet, dass zu Beginn die wissenschaftlichen und sozialen Grundprobleme des stetigen Wachstums dargelegt, ihre finanz- und währungspolitischen Bedingungen behandelt und das Problem der Koordinierung der Finanz- und Währungspolitik hinsichtlich der Sicherung stetigen Wirtschaftswachstums angesprochen wurde. Die Tagung wurde unter anderem durch Beiträge von Prof. Paulsen über 'Wirtschaftliche und soziale Grundprobleme stetigen Wirtschaftswachstums', von Dr. Irmeler über 'Währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums' sowie von Prof. Bombach über 'Quantitative und monetäre Aspekte des Wirtschaftswachstums' begleitet.<sup>108</sup>

### *Tagung 1960*

Der Vorstand des Vereins für Socialpolitik erkor im Jahre 1960 in Bad Kissingen die Problemstellung der 'Konzentration in der Wirtschaft' zum Tagungsthema, da es hervorragend den neuen und alten Anliegen des Vereins entsprach. Dieses Thema war nicht nur ein Problem von größter Aktualität sondern deckte auch sozialpolitische, volkswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche, soziologische und statistische Facetten auf. Die wissenschaftliche Leitung dieser Tagung wurde von Prof. Arndt übernommen.<sup>109</sup> Die Verhandlung wurde unter anderem durch Beiträge von Prof. Salin über die 'Soziologischen Aspekte der Konzentration', Prof. Müller über 'Konzentration und Wettbewerb' sowie Prof. Brandt über 'Konzentration und Wachstum' mitgestaltet.<sup>110</sup>

---

<sup>106</sup> Vgl.: Hoffmann (1959b), S. 7.

<sup>107</sup> Vgl.: Hoffmann (1959c), S. 12-13.

<sup>108</sup> Vgl.: Jahn (1959), S. 215-223.

<sup>109</sup> Vgl.: Neumark (1961a), S. 9-16.

<sup>110</sup> Vgl.: Neumark (1961b), S. 5-6.

Nachdem die Tagungen des Vereins von 1948 bis 1960 vollständig dargestellt wurden, folgen in dem anschließenden Kapitel eine Abbildung der Mitgliederbestände, der Amtsinhaber des Engeren Vorstandes sowie ein Überblick über beschlossene Satzungsänderungen desselben Zeitraumes.

### 3. Mitgliederzahlen, Vorstandsmitglieder und Satzungsänderungen von 1948 bis 1960

Der dritte und letzte Unterabschnitt zur Vereinstätigkeit von 1948 bis 1960 zeigt einen Überblick über die Anzahl der Mitglieder des Vereins sowie die personelle Besetzung der Ämter des Engeren Vorstandes der Gesellschaft. Satzungsänderungen, die über rein formale Anliegen hinaus gehen, finden in diesem Kapitel ebenso Berücksichtigung.

Zu Beginn dieses Unterkapitels gewährt die nachstehende Tabelle eine Übersicht über die Mitgliederstände der Jahre 1948 bis 1960. Wie aus der Darstellung ersichtlich ist, verzeichnete der Verein nach seiner Wiedergründung im Jahre 1948 einen Mitgliederstand von rund 100 Personen. Bis zum Oktober des Jahres 1950 verdoppelte sich dieser Stand und dem Verein gehörten bereits 212 Mitglieder an. In den Jahren 1952 und 1954 setzte sich dieser beachtliche Mitgliederzustrom fort und der Verein zählte 1954 nunmehr 324 Mitwirkende. Für die Zeitspanne von 1955 bis 1958 wurden im Zuge der Recherche zu der vorliegenden Arbeit keine Aufzeichnungen über Mitgliederbestände gefunden. Am Ende des ersten Jahrzehntes nach seiner Wiedergründung konnte der Verein auf einen stolzen Mitgliederstand von 460 Genossen verweisen.

<b>Mitglieder-Stand zum:</b>	<b>persönliche Mitglieder</b>	<b>korporative Mitglieder</b>	<b>Summe</b>
1. Oktober 1948			<b>101</b>
28. September 1949	181	7	<b>188</b>
Oktober 1950			<b>212</b>
1951			
Oktober 1952			<b>294</b>
1953			
September 1954	306	18	<b>324</b>
1955			
1956			
1957			
1958			
1959	332	33	<b>365</b>
1960			<b>460</b>

Darstellung 7: Mitgliederstatistik von 1948 bis 1960<sup>111</sup>

<sup>111</sup> Vgl.: RW 189 – 190, S. 23 und RW 189 – 462, S. 6 und RW 189 – 296, S. 45 und RW 189 – 298, S. 41.

### *Engerer Vorstand 1948*

Nach der Wiedergründung des Vereins im Jahre 1948 setzte sich der Engere Vorstand aus folgenden Persönlichkeiten zusammen:

- Prof. Albrecht (Vorsitzender)
- Prof. Gutenberg (stellvertretender Vorsitzender)
- Prof. Eckert (Schatzmeister)
- Dr. Arndt (Schriftführer).<sup>112</sup>

### *Mitgliedsbeiträge 1948*

Die Beiträge, die von den Mitgliedern nach der Wiedergründung des Vereins im Jahre 1948 erhoben wurden, beliefen sich für beamtete Hochschullehrer auf DM 20 und für nicht beamtete Hochschullehrer, Dozenten und Assistenten auf DM 10.<sup>113</sup>

### *Engerer Vorstand 1949 bis 1950*

Die Ämter des Engeren Vorstandes wurden im Jahre 1949 sowie im Jahre 1950 mit folgenden Personen besetzt:

- Prof. Albrecht (Vorsitzender)
- Prof. Gutenberg (stellvertretender Vorsitzender)
- Prof. Eckert (Schatzmeister)
- Dr. Arndt (Schriftführer).<sup>114</sup>

### *Engerer Vorstand 1951*

Die Mitglieder des Engeren Vorstandes im Jahre 1951 waren:

- Prof. Albrecht (Vorsitzender)
- Prof. Gutenberg (stellvertretender Vorsitzender)
- Prof. Eckert (Schatzmeister)
- Dr. Arndt (Schriftführer).<sup>115</sup>

### *Satzungsänderungen 1951*

In der Mitgliederversammlung vom 28. September 1951 wurden für die Paragraphen vier und acht der Vereinssatzung die folgenden Änderungen beschlossen:

---

<sup>112</sup> Vgl.: Rundschreiben, S. 4-5 (RW 189 – 197).

<sup>113</sup> Vgl.: Rundschreiben, S. 4-5 (RW 189 – 197).

<sup>114</sup> Verein für Socialpolitik (1991), S. 286.

<sup>115</sup> Verein für Socialpolitik (1991), S. 286.

§ 4, Satz 1 erhielt die Formulierung: Mitglieder können alle wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Hochschullehrer und andere Einzelpersonen und Körperschaften werden, die zur Mitarbeit an den wissenschaftlichen Aufgaben des Vereins gewillt sind.

§ 8, Abs. 2 erhielt den Wortlaut: Der Erweiterte Vorstand besteht aus dem Engeren Vorstand, den Vorsitzenden der Ausschüsse und mindestens neun weiteren Mitgliedern, die von der ordentlichen Mitgliederversammlung gewählt werden. Von den gewählten Mitgliedern scheidet jedes zweite Jahr ein Drittel durch Los aus. Wiederwahl ist zulässig.

#### *Engerer Vorstand 1952 bis 1954*

Die Persönlichkeiten, welche die Ämter des Engeren Vorstandes in den Jahren von 1952 bis 1954 innehatten, waren:

- Prof. Albrecht (Vorsitzender)
- Prof. Gutenberg (stellvertretender Vorsitzender)
- Prof. Schmölders (Schatzmeister)
- Dr. Arndt (Schriftführer).<sup>116</sup>

#### *Engerer Vorstand 1955*

Die Wahl zur Besetzung der Ämter des Engeren Vorstandes in der Mitgliederversammlung vom 15. September 1954 kam zu dem folgenden Ergebnis:

- Prof. Hoffmann (Vorsitzender)
- Prof. Gutenberg (stellvertretender Vorsitzender)
- Prof. Schmölders (Schatzmeister)
- Priv. Doz. Giersch (Schriftführer).<sup>117</sup>

#### *Engerer Vorstand 1956*

Dem Protokoll der Mitgliederversammlung vom 26. September 1956 in Köln ist zu entnehmen, dass die Ämter des Engeren Vorstandes – wie auch im vorangegangenen Jahr – von folgenden Personen innegehalten wurden:

- Prof. Hoffmann (Vorsitzender)
- Prof. Gutenberg (stellvertretender Vorsitzender)

---

<sup>116</sup> Verein für Socialpolitik (1991), S. 286.

<sup>117</sup> Vgl.: Niederschrift über die Mitgliederversammlung am 15.09.1954 in Bad Nauheim, S. 8 (RW 189 – 462).

- Prof. Schmölders (Schatzmeister)
- Prof. Giersch (Schriftführer).<sup>118</sup>

### *Satzungsänderungen 1956*

Im Jahre 1956 erfuhr der Verein eine Änderung in seiner Bezeichnung. Von nun an lautete die genaue Benennung 'Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften' mit dem Untertitel 'Verein für Socialpolitik gegründet 1872'. Der Grund für die neue Namensgebung lag darin, dass Irrtümer hinsichtlich der Aufgabenstellung der Gesellschaft ausgeschlossen werden sollten.<sup>119</sup>

### *Engerer Vorstand 1957*

Die Wahl der Mitglieder des Engeren Vorstandes brachte auf der Mitgliederversammlung im September 1956 das folgende Ergebnis:

- Prof. Hoffmann (Vorsitzender)
- Prof. Hax (stellvertretender Vorsitzender)
- Prof. Schmölders (Schatzmeister)
- Prof. Ohm (Schriftführer).<sup>120</sup>

### *Engerer Vorstand 1958*

Die Persönlichkeiten, die die Ämter des Engeren Vorstandes im Jahre 1958 innehatten, waren:

- Prof. Hoffmann (Vorsitzender)
- Prof. Hax (stellvertretender Vorsitzender)
- Prof. Schmölders (Schatzmeister)
- Prof. Ohm (Schriftführer)<sup>121</sup>.

### *Engerer Vorstand 1959*

Gemäß dem Wahlergebnis der Mitgliederversammlung vom 7. Oktober 1959 wurden folgende Personen in den Engeren Vorstand der Gesellschaft gewählt:

- Prof. Neumark (Vorsitzender)
- Prof. Hax (stellvertretender Vorsitzender)

<sup>118</sup> Vgl.: Protokoll der Mitgliederversammlung am 26.09.1956 in Köln, S. 2 (RW 515 – 10).

<sup>119</sup> Vgl.: Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Verein für Socialpolitik gegründet 1872, S. 39-41 (RW 189 – 298).

<sup>120</sup> Vgl.: Protokoll der Mitgliederversammlung am 26.09.1956 in Köln, S. 2 (RW 515 – 10).

<sup>121</sup> Verein für Socialpolitik (1991), S. 286.

- Stadtkämmerer Hielscher (Schatzmeister)
- Dozent Richter (Schriftführer).<sup>122</sup>

### *Mitgliedsbeiträge 1959*

Die Beiträge, die 1959 von den Mitgliedern des Vereins eingehoben wurden, beliefen sich für persönliche Mitglieder zwischen DM 10 und DM 100 und für korporative Mitglieder zwischen DM 100 und DM 1000. Ehrenmitglieder waren von Beitragszahlungen befreit.<sup>123</sup>

### *Engerer Vorstand 1960*

Der Engere Vorstand des Vereins war im Jahre 1960 durch die folgenden Persönlichkeiten besetzt:

- Prof. Neumark (Vorsitzender)
- Prof. Hax (stellvertretender Vorsitzender)
- Stadtkämmerer Hielscher (Schatzmeister)
- Prof. Richter (Schriftführer).<sup>124</sup>

Nach der Aufarbeitung der organisatorischen und operativen Gegebenheiten des Vereins für Socialpolitik in den ersten Jahren nach seiner Wiedergründung befasst sich der anschließende Abschnitt mit der Darlegung der Vereinsarbeit und -organisation in den 1960-er Jahren.

---

<sup>122</sup> Vgl.: Protokollentwurf der Mitgliederversammlung am 07.10.1958 in Baden-Baden, S. 2 (RW 515 – 11).

<sup>123</sup> Vgl.: Stand der Mitglieder, Beitragszahlung am 10.09.1959 und Beitragssoll 1959, S. 45 (RW 189 – 293).

<sup>124</sup> Vgl.: Einladung zur Tagung nach Bad Kissingen, (RW 189 – 22).

## **II. Die Vereinstätigkeit von 1961 bis 1970**

Dieser Abschnitt beinhaltet einen Überblick über die Arbeit und Tagungstätigkeit des Vereins für Socialpolitik in dem Zeitraum von 1961 bis 1970. Auch strukturelle und organisatorische Belange, wie Mitgliederstatistiken und Vorstandsmitglieder des Vereins sowie etwaige bedeutende Satzungsänderungen finden in diesem Kapitel Beachtung.

### **1. Berichte aus der Arbeit des Vereins von 1961 bis 1970**

Die Arbeit des Vereins in den Jahren 1961 bis 1970 erstreckte sich von der Vorbereitung der Tagungen über die Konstituierung einzelner Ausschüsse und die Arbeit in den Vorstandssitzungen bis hin zu den Mitgliederversammlungen. Das vorliegende Kapitel gewährt einen Überblick über die Tätigkeit der Gesellschaft in dem Zeitraum von 1961 bis 1970.

#### *Vereinsarbeit 1961*

Bereits im Jahre 1959 beschloss der Erweiterte Vorstand der Gesellschaft in den kommenden Jahren einige Arbeitstagungen zu organisieren, die sich mit den Aufgaben und Methoden der Wirtschaftswissenschaft in unserer Zeit beschäftigen sollten. Es sollte eine Art Inventur der Sozialökonomik durchgeführt werden um zu prüfen, wie sich die Methoden in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben und wie sie sich hinsichtlich jener Aufgaben bewähren, die zu dieser Zeit von der Wirtschaftspolitik an die Vertreter gestellt wurden.

Mit der Vorbereitung dieser Tagungen wurde ein Ausschuss beauftragt, dem Prof. Von Beckerath, Prof. Möller, Prof. Salin, Prof. Sauermann sowie Prof. Giersch angehörten. Der Vorbereitungsausschuss einigte sich darüber, im Jahre 1961 mit der ersten Arbeitstagung auf diesem Forschungsgebiet zu beginnen und eine Arbeitstagung über das Thema 'Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliches Methodenproblem' zu veranstalten, gefolgt von der Arbeitstagung im Jahre 1962 über die 'Probleme der normativen Ökonomik und der wirtschaftspolitischen Beratung' sowie der Arbeitstagung im Jahre 1963 zum Thema 'Das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zur Rechtswissenschaft, Soziologie und Statistik'.<sup>125</sup>

---

<sup>125</sup> Vgl.: Giersch (1962), S. IX-XI.

### *Vereinsarbeit 1963*

Zu den Ausschüssen, die im Jahre 1963 ihre Arbeit für den Verein für Socialpolitik ausführten, gehörten:

- Wirtschaftstheoretischer Ausschuss
- Wirtschaftspolitischer Ausschuss
- Wirtschaftshistorischer Ausschuss
- Finanzwissenschaftlicher Ausschuss
- Sozialpolitischer Ausschuss
- Ausschuss für Entwicklungsländer
- Ostausschuss
- Hochschullehrerausschuss.<sup>126</sup>

### *Vereinsarbeit 1965*

Dem Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorstandes aus dem Jahre 1965 ist zu entnehmen, dass die Diskussionen über das Thema der Tagung im darauf folgenden Jahr zwischen dem Vorsitzenden Schneider und den Personen Liefmann-Keil, Albrecht, Bombach, Broermann, Guth, Haller, Hielscher, Jürgensen, Koch, Krelle, Neumark, Pfeleiderer, Predöhl, Thalheim, Timm und Wittmann stattfanden. Der Vorsitzende brachte zwei Themenvorschläge zur Abstimmung: 'Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute' sowie 'Die Planungsprobleme in der Wirtschaft von heute', wobei ersteres deutlichen Vorzug erlangte.<sup>127</sup>

### *Vereinsarbeit 1966*

Nachdem im Jahre 1966 Prof. Abel als Vorsitzender des Wirtschaftshistorischen Ausschusses aus seinem Amt ausschied, wurde die Arbeit dieses Ausschusses vorläufig eingestellt. Bis ein geeigneter Nachfolger des Vorsitzenden gefunden war, sollte die Tätigkeit des Gremiums ruhen. Die Krise, die der Ausschuss in dieser Zeit durchlebte, wurde mit dem Generationswechsel auf den wirtschaftswissenschaftlichen Lehrstühlen in Verbindung gebracht. Die Wirtschaftsgeschichte war nicht mehr als eigenständige Fachrichtung innerhalb der Berufsorganisation der deutschsprachigen Wirtschaftswissenschaften vertreten.<sup>128</sup>

---

<sup>126</sup> Vgl.: Mitglieder des Erweiterten Vorstandes, S. 61 (RW 189 – 325).

<sup>127</sup> Vgl.: Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 17.07.1965 in Kiel, S. 24 (RW 189 – 20).

<sup>128</sup> Vgl.: Buchheim (o. J.), Über den Wirtschaftshistorischen Ausschuss [online].

Aus der Mitte des Wirtschaftspolitischen Ausschusses entstand im Jahre 1966 die Arbeitsgruppe Wettbewerb. Der Schwerpunkt dieser Arbeitsgruppe liegt in der empirisch fundierten Analyse ausgewählter Branchen und Märkte. Die Veröffentlichung der in der Arbeitsgruppe erarbeiteten Ergebnisse erfolgt in Tagungsbänden.<sup>129</sup>

Des Weiteren widmete sich der Erweiterte Vorstand in seiner Sitzung im Jahre 1966 der Wahl des Themas der Tagung für das Jahr 1968. Vorschläge für die zu behandelnden Themenstellungen wurden von Prof. Arndt ('Preis- und Lohnbildung in der modernen Industriegesellschaft'), von Prof. Timm ('Die Inflation und die Inflationsbekämpfung'), von Prof. Bombach ('Lohntheorie und Lohnpolitik') sowie von Prof. Koch ('Anpassungsprobleme in der modernen Industriegesellschaft') vorgebracht. In der Sitzung des Erweiterten Vorstandes wurde einstimmig der Beschluss gefasst, dem Themenvorschlag von Prof. Bombach nachzugehen und Prof. Müller als wissenschaftlichen Leiter dieser Tagung zu bestimmen.<sup>130</sup>

In der Sitzung des Erweiterten Vorstandes im Jänner 1966 wurde die Vorbereitung und Durchführung einer Arbeitstagung durch den Wirtschaftspolitischen Ausschuss über das Thema 'Grundsatzprobleme wirtschaftspolitischer Beratung' beschlossen. Ziel dieser Tagung, die für das Jahr 1967 festgelegt wurde, sollte die Darstellung und kritische Betrachtung der Methoden und Philosophie der Beratung in verschiedenen Ländern sein. Nach Vorschlag des Programms durch den Leiter der Vorbereitung dieser Tagung und Billigung des Ablaufes der Veranstaltung durch den Vorstand, sollten die folgenden vier Fragenkreise in der Tagung von 1967 behandelt werden:

- Institutionalisierung und Lokalisierung der Beratung in der Stabilisierungspolitik
- Gewinnung der Ziele für die Beratung in der Stabilisierungspolitik
- Informationsgewinnung und Veröffentlichung der Berichte
- Erzielung der Ergebnisse der Beratung und Kontrolle der Ergebnisse.<sup>131</sup>

---

<sup>129</sup> Vgl.: Institut für Genossenschaftswesen (o. J.), Verein für Socialpolitik: Wirtschaftspolitischer Ausschuss, [online].

<sup>130</sup> Vgl.: Erweiterter Vorstand (29.09.1966), S. 6 (RW 189 – 221).

<sup>131</sup> Vgl.: Protokoll der Mitgliederversammlung am 26.09.1966 in Hannover, S. 17 (RW 189 – 251).

### *Vereinsarbeit 1967*

Auf der im April 1967 abgehaltenen Sitzung des Erweiterten Vorstands des Vereins für Socialpolitik in Baden-Baden wurde – nach einer schriftlichen Anregung von Prof. Borchardt – der Beschluss gefasst, den Wirtschaftshistorischen Ausschuss, da er seit Jahren nicht mehr zusammengetreten war, als nicht mehr existent anzusehen. Im gleichen Jahr wurde Prof. Fischer mit der Befragung beauftragt, ob ein neuer Ausschuss konstituiert werden könne. Bei den an der Umfrage teilnehmenden national-ökonomisch orientierten Wirtschaftshistorikern der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs und der Schweiz war ein großes Interesse an der Wiederbelebung eines Wirtschaftshistorischen Ausschusses zu erkennen. Somit erschien der Versuch einer Neugründung aussichtsreich und die konstituierende Sitzung des neuen Ausschusses fand im September des folgenden Jahres in Berlin statt. Als Vorsitzender des neuen Ausschusses wurde Prof. Fischer auserwählt.<sup>132</sup>

Im Jahre 1967 wurden vom Geschäftsordnungsausschuss einige Entwurfsvorschläge zu einer Geschäftsordnung ausgearbeitet. Im Geschäftsordnungsentwurf vom 19. Dezember 1967 finden die im Folgenden angeführten Punkte Berücksichtigung:

- I. Mitgliedschaft
- II. Richtlinien für Finanzfragen
- III. Reisekosten
- IV. Vorstand
- V. Ausschüsse
- VI. Tagungen
- VII. Vorveröffentlichungen
- VIII. Information der Öffentlichkeit.<sup>133</sup>

Was die Regelungen der Mitgliedschaft betrifft, so wird dem Antrag auf Mitgliedschaft in zweifelsfreien Fällen grundsätzlich durch den Vorsitzenden stattgegeben. In allen anderen Fällen hat der Engere Vorstand zu entscheiden. Gesuche von Studierenden, als Mitglieder in die Gesellschaft aufgenommen zu werden, müssen von zwei ordentlichen Professoren gestellt und begründet werden und der Engere Vorstand kann diesen Antrag nur dann bewilligen, wenn auch der Erweiterte Vorstand diesem zustimmt. Bei Ansuchen auf Mitgliedschaft von Körperschaften ist zuerst eine Unter-

---

<sup>132</sup> Vgl.: Buchheim (o. J.), Über den Wirtschaftshistorischen Ausschuss [online].

<sup>133</sup> Vgl.: Geschäftsordnungsentwurf (Stand 19.12.1967), S. 22-29 (RW 189 – 429).

scheidung in wissenschaftlich und nicht wissenschaftlich vorzunehmen. Bei nicht wissenschaftlichen Institutionen hat der Engere Vorstand die Meinung des Erweiterten Vorstandes einzuholen.<sup>134</sup>

Die Regelungen, welche die Arbeit des Vorstandes anbelangen, schreiben die Amtszeit des Engeren Vorstandes vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember des der Wahl folgenden Kalenderjahres vor. Zu den Aufgaben des Vorsitzenden zählt unter anderem die Berichterstattung über sämtliche Angelegenheiten der Gesellschaft, die mindestens einmal jährlich an die Mitglieder durch ein Rundschreiben zu erfolgen hat.<sup>135</sup>

Die Bestimmungen zu den Ausschüssen des Vereins regeln zum einen die Wahl des Ausschussvorsitzenden, der aus der Mitte der Ausschussmitglieder erkoren wird, und zum anderen die Veröffentlichung der in den Ausschusssitzungen vorgetragenen Referate. Diese werden im Allgemeinen in der Schriftenreihe der Gesellschaft herausgegeben. Die Reglementierungen, welche die Geschäftsordnung für die Tagungen vorsieht, berücksichtigen unter anderem die Bestimmungen eines Leiters der wissenschaftlichen Vorbereitung der Tagung sowie die Teilnahme an der Veranstaltung und die zu entrichtenden Tagungsbeiträge.<sup>136</sup>

### *Vereinsarbeit 1968*

Am 16. und 17. Februar 1968 kam es in Berlin zu der Neukonstituierung des Ausschusses für Sozialpolitik. Zum Zeitpunkt der Gründung gehörten dem Sozialpolitischen Ausschuss 19 Mitglieder an, die aus ihrer Mitte Prof. Sanmann den ersten Vorsitzenden bestellten.<sup>137</sup>

Bezugnehmend auf den Entwurf einer Geschäftsordnung des Vereins, der im Dezember 1967 von dem Geschäftsordnungsausschuss aufgesetzt wurde, wandte sich Prof. Albrecht hinsichtlich der Aufnahme von Studierenden in einem Schreiben an Prof. Arndt. Albrecht hob nochmals seine Bedenken hervor, dass für Studierende kein Platz in der Gesellschaft vorzusehen sei, denn ein Mitglied einer wissenschaftlichen Gesellschaft müsse zumindest den Abschluss einer wissenschaftlichen oder in

---

<sup>134</sup> Vgl.: Geschäftsordnungsentwurf (Stand 19.12.1967), S. 22 und 26 (RW 189 – 429).

<sup>135</sup> Vgl.: Geschäftsordnungsentwurf (Stand 19.12.1967), S. 22 und 26 (RW 189 – 429).

<sup>136</sup> Vgl.: Geschäftsordnungsentwurf (Stand 19.12.1967), S. 27-29 (RW 189 – 429).

<sup>137</sup> Vgl.: Lampert/Schmähl (2001), S. 2-5 [online].

der Praxis verwertbaren Ausbildung vorweisen können. Albrecht äußerte ebenso die Sorge, welche Auswirkungen die Zulassung von Studierenden als Mitglieder auf die Besetzung der Organe der Gesellschaft haben könnte.<sup>138</sup>

In der Zeit von 1966 bis 1968 widmete sich der Verein für Socialpolitik der Pflege des Kontaktes zu anderen wissenschaftlichen Gesellschaften und Institutionen. Durch Teilnahmen an der Jahrestagung der Schweizer Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft, der Tagung der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft für Oberösterreich oder dem dritten Weltkongress der International Economic Association wurde das Verhältnis zu weiteren wissenschaftlichen Organisationen intensiviert.<sup>139</sup>

### *Vereinsarbeit 1970*

In einem Protokoll des Vorstandes aus dem Jahre 1970 geht hervor, dass der Verein die Konstitution eines 'soziologischen Ausschusses' erwog, um entsprechend des Namens der Gesellschaft die sozialwissenschaftliche Zusammenarbeit stärker zu fördern. Gleichzeitig sah der Erweiterte Vorstand jedoch von dem Vorschlag der Deutschen Forschungsgemeinschaft ab, an der Schaffung eines 'sozialwissenschaftlichen Ausschusses für internationale Zusammenarbeit' teilzunehmen.<sup>140</sup> Des Weiteren wurde vom Vorsitzenden aufgrund des qualitativ und quantitativ beachtlich gestiegenen Arbeitsumfanges die Anstellung eines hauptberuflich bezahlten Geschäftsführers der Gesellschaft in Erwägung gezogen. Die Tagungsbeiträge für die Innsbrucker Tagung wurden für Mitglieder mit DM 30, für Assistenten und Privatdozenten (sofern persönliche Mitglieder) mit DM 20 und für Nichtmitglieder mit DM 60 festgesetzt.<sup>141</sup>

Nach Auskunft des Gründungsmitgliedes Prof. Schlesinger erfolgt in den 1960-er Jahren ebenso die Konstituierung des Ausschusses für Geldpolitik und -theorie. Durch das zunehmende Interesse an den Fragen der Geldtheorie und insbesondere an der Verbreitung von monetaristischen Theorien im Gegensatz zu keynesianischen Ansätzen, entschloss sich der Verein dazu einen Ausschuss zur Geldpolitik ins Leben zu rufen. Auch die Notenbanken nahmen an dieser Entwicklung teil, indem sie

---

<sup>138</sup> Vgl.: Brief von Prof. Albrecht an Prof. Arndt vom 03.01.1968, S. 4-5 (RW 189 – 428).

<sup>139</sup> Vgl.: Geschäftsbericht des Vorsitzenden, S. 5-7 (RW 189 – 296).

<sup>140</sup> Vgl.: Punkt 7: Deutsche Forschungsgemeinschaft, S. 38 (RW 189 – 296).

<sup>141</sup> Vgl.: S. 2 (RW 189 – 294).

ihre geldpolitischen Konzepte veränderten. Die Arbeit des Ausschusses war und ist bis heute von theoretischen und praktisch-politischen Referaten und Diskussionen geprägt. Die Notenbanken der deutschsprachigen Länder unterstützen die Ausschussarbeit, indem sie etwa ihre Sitzungsräume zur Verfügung stellen und ein Mitglied ihrer Reihen häufig die Rolle des Schatzmeisters übernimmt.<sup>142</sup>

Nach Darlegung der Tätigkeiten des Vereins für Socialpolitik in den 1960-er Jahren, widmet sich das nachstehende Kapitel den Tagungen der Gesellschaft von 1961 bis 1970.

## **2. Tagungen des Vereins von 1961 bis 1970**

In dem vorliegenden Unterabschnitt wird ein Überblick über die Tagungen des Vereins für Socialpolitik in diesem Zeitraum gegeben. Die Veranstaltungen der 1960-er Jahre fanden wiederum in einem Zeitabstand von zwei Jahren statt, wobei in den Jahren 1961 bis 1963 sowie 1967 zusätzliche Arbeitstagungen durch den Verein veranstaltet wurden.

### *Arbeitstagung 1961*

Die Arbeitstagung im Jahre 1961 über das Thema 'Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliches Methodenproblem' stellte eine Art Mittelding zwischen den alle zwei Jahre stattfindenden großen Tagungen und den sich unregelmäßig ereignenden Diskussionen in den Fachausschüssen dar. Die Verhandlungen nahmen den Charakter eines Round-Table-Gespräches ein, bei welchem hauptsächlich die Autoren der zuvor schriftlich verfassten Referate die Tagung gestalteten und sämtliche Mitglieder des Vereins zur Diskussion berechtigt waren. Zuvor bestimmte Persönlichkeiten wurden gebeten, zu einer bestimmten Problemstellung schriftliche Beiträge zu verfassen. Diese wurden geraume Zeit vor der Veranstaltung an die Teilnehmer ausgesandt, um eine Vorbereitung zur Diskussion zu ermöglichen und ersetzten dadurch die Vorträge. Diese neue Tagungsmethode ermöglichte den Anwesenden der Tagung eine vertiefte wissenschaftliche Aussprache in einer zugleich formal lockeren Form, die frei von, an Manuskripte gebundenen, Reden und Gegenreden lebendige

---

<sup>142</sup> Vgl.: E-Mail-Korrespondenz mit Prof. Schlesinger vom 28.06.2010.

Debatten erlaubte. Der Anstoß zu dieser Abwandlung nach Form und Gegenstand kam von Prof. Giersch.<sup>143</sup>

Der Vorbereitungsausschuss, der für diese Tagung verantwortlich war, empfand das Tagungsthema als sehr geeignet für Veranstaltungen dieses neuen Stils, da die Problemstellung besonders der Überprüfung von methodologischen Problemen und Positionen dieser Wissenschaft nützlich schien. Beiträge zu dem Tagungsthema kamen unter anderem von Prof. Krelle über die 'Möglichkeiten und Grenzen der Konjunkturdiagnose', von Dr. Steffe über 'Einige Thesen zur derzeitigen Praxis der laufenden Konjunkturdiagnose', von Prof. König über die 'Probleme der langfristigen Strukturprognose und der Branchenprognosen' sowie von Prof. Tinbergen über 'Die Prognose als Basis der Wirtschaftspolitik'.<sup>144</sup>

### *Tagung 1962*

Im September 1962 tagte der Verein für Socialpolitik in Luzern zum Thema 'Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft'. Der Gegenstand der Tagung bot sich gegenwärtig deshalb an, da sich die Weltkonjunktur gerade auf dem Weg befand unter verstärktem Einfluss von strukturellen Gegebenheiten zu treten, was sich in dem raschen Zusammenwachsen der westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft und in der damit einhergehenden Umordnung der Handelsnationen zeigte. Aufgrund der stark ansteigenden Mitgliederzahl setzte Prof. Bombach, der für die wissenschaftliche Vorbereitung in Luzern verantwortlich war, eine neue Methode des Tagens ein. Die Eingangsreferate sollten in Kenntnis der Folgebeiträge konzipiert werden, um in weiterer Folge nebeneinander tagende Arbeitsgruppen zu bilden, die sich mit diesen Themen befassten. Innerhalb der Arbeitsgruppen war es dem Veranstalter ein besonderes Anliegen, vor allem jüngere Wissenschaftler stärker zu Wort kommen zu lassen. In den resümierenden Schlussreferaten fanden sich sämtliche Teilnehmer der Veranstaltung wieder zusammen. Das Ziel dieser neuen Tagungsmethode war es, zu einem bestimmten Gegenstand möglichst gegensätzliche Anschauungen hervor zu bringen. Beiträge auf dieser Tagung kamen unter anderem von Prof. Niehans über 'Strukturwandlungen als Wachstumsproblem', von Prof. Seidenfus über die

---

<sup>143</sup> Vgl.: Neumark (1962), S. V-VI.

<sup>144</sup> Vgl.: Neumark (1962), S. VI und Giersch/Borchardt (1962), S. XIV-XV.

‘Strukturwandlungen in der Energiewirtschaft’ sowie von Prof. Meinhold über die ‘Strukturwandlungen als Problem der Wirtschaftspolitik’.<sup>145</sup>

### *Arbeitstagung 1962*

Im Jahre 1962 fand sich der Verein zu einer weiteren Arbeitstagung in Bad Homburg zur Erörterung der Aufgaben und Methoden der Wirtschaftswissenschaften unserer Zeit zusammen. Die Tagung beschäftigte sich mit dem Thema ‘Probleme der normativen Ökonomik und der wirtschaftspolitischen Beratung’, das in zwei Themenkreise untergliedert wurde: Stand und Entwicklungsmöglichkeiten der normativen Ökonomik sowie der Sozialökonom in der praktischen Wirtschaftspolitik. Der erste Teil der Tagung wurde unter anderem durch Beiträge von Dr. Albert über die ‘Wertfreiheit als methodisches Prinzip’ sowie von Prof. Jürgensen über die ‘Privaten und Sozialen Kosten’ begleitet. Am zweiten Tag der Veranstaltung wurde unter anderem über Beiträge von Dr. Rau über das Thema ‘Der Wirtschaftswissenschaftler als ständiger Mitarbeiter in Ministerien’, von Prof. Meinhold über die ‘Beratung durch einzelne Wirtschaftswissenschaftler oder Institute als gelegentliche Gutachter’ sowie von Prof. Salin über das Thema ‘Der Nationalökonom als Schlichter – Erfahrungen und Erkenntnisse’ diskutiert.<sup>146</sup>

### *Arbeitstagung 1963*

Die letzte Arbeitstagung zur ‘Erörterung der Aufgaben und Methoden der Wirtschaftswissenschaften unserer Zeit’ fand im Jahre 1963 in Würzburg unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Sauermann statt.<sup>147</sup> Thema dieser Veranstaltung war ‘Das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zur Rechtswissenschaft, Soziologie und Statistik’. Die Problemstellungen der Arbeitstagungen in Garmisch-Partenkirchen im Jahre 1961 sowie in Bad Homburg 1962 standen in engem Zusammenhang zueinander, was die Tagung in Würzburg hingegen nicht tat. Der Vorbereitungsausschuss, der im Jahre 1959 gegründet und mit der Ausgestaltung der drei Arbeitstagungen betraut wurde, fand es zweckmäßig, die Grundsatzfrage der Stellung der Wirtschaftswissenschaft im System der Sozialwissenschaften zum Schluss der Arbeitstagungen zu stellen und im Vorfeld die ökonomische Diagnose und Prognose sowie die norma-

---

<sup>145</sup> Vgl.: Hofmann (1962), S. 581-585.

<sup>146</sup> Vgl.: Giersch/Von Beckerath (1963), S. VII-XI.

<sup>147</sup> Vgl.: Bericht des ersten Vorsitzenden über Entwicklung und Tätigkeit der Gesellschaft in den abgelaufenen zwei Jahren, S. 64-65 (RW 189 – 294).

tive Ökonomik zu behandeln. Dadurch konnten die Ökonomen zuerst Klarheit über die eigenen Aufgaben erlangen bevor sie über die Zusammenarbeit mit der Rechtswissenschaft, Soziologie und Statistik berieten. Die Einschränkung des Themas auf diese drei Disziplinen ergab sich aufgrund der Aktualität und Dringlichkeit der Studien- und Prüfungsreformen, die auf eine Neuordnung des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums abzielten.<sup>148</sup>

Die Tagung in Würzburg wurde in drei Abschnitte untergliedert: das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zur Rechtswissenschaft, das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zur Soziologie und das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zur Statistik. Für den ersten Teil wurden unter anderem Beiträge von Prof. Coing über 'Wirtschaftswissenschaften und Rechtswissenschaften', von Dr. Biedenkopf über 'Das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zur Rechtswissenschaft im Arbeitsrecht' sowie von Prof. Albach über 'Betriebswirtschaftslehre und Bilanzrecht' besprochen. Für den zweiten Abschnitt lagen unter anderem Beiträge von Prof. Von Kempfski über 'Wirtschaftswissenschaft und Soziologie' sowie von Prof. Saueremann über die Fragestellung 'Was erwartet die Wirtschaftswissenschaft von der Soziologie?' vor. Der letzte Teil der Tagung wurde unter anderem mit Arbeiten von Prof. Blind über 'Das derzeitige Verhältnis zwischen Statistik und Nationalökonomie' und von Dr. Schumann über 'Das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zur Statistik' mitgestaltet.<sup>149</sup>

#### *Tagung 1964*

Die Travemünder Tagung von 1964, deren wissenschaftliche Vorbereitung Prof. Jürgensen oblag, hatte die 'Weltwirtschaftlichen Probleme der Gegenwart' zum Thema. Das Generalthema wurde in drei Kernbereiche untergliedert: Währungs-, Integrations- und Entwicklungsprobleme. Am ersten Tag wandten sich die Teilnehmer den internationalen Währungsproblemen zu, die unter anderem durch Vorträge von Prof. Timm über 'Das Wechselkursrisiko', von Dr. Emminger über die 'Grundprobleme der internationalen Währungsordnung' sowie von Prof. Wallich über die 'Internationale Zusammenarbeit der Notenbanken' abgehandelt wurden. Der zweite Veranstaltungstag galt der Erörterung der Integrationsprobleme. Es referierten unter anderem Dr. Gleske über die 'Währungs- und budgetpolitischen Aspekte der Integration', Prof. Willgerodt über den 'Wirtschaftsraum und Währungsraum' oder auch Prof.

---

<sup>148</sup> Vgl.: Saueremann (1964), S. V-VIII.

<sup>149</sup> Vgl.: Saueremann/Schneider (1964), S. IX-XII.

Müller-Armack über 'Die Wirtschaftsordnung des Gemeinsamen Marktes'. Der Fokus des letzten Kernbereichs lag auf den Entwicklungsproblemen. Zu der Abhandlung dieses Gegenstandes trugen unter anderem Prof. Tinbergen mit seinem Vortrag über die 'Lenkungsmöglichkeiten der Entwicklungshilfe', Dr. Guth mit seinem Referat über 'Finanzielle Probleme der Entwicklungshilfe' sowie Prof. Behrendt mit seiner Darbietung über 'Gesellschaftliche Aspekte der Entwicklungsförderung' bei.<sup>150</sup>

### *Tagung 1966*

Die 41. Tagung des Vereins zum Thema 'Rationale Weltwirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute', die unter der wissenschaftlichen Vorbereitung von Prof. Thalheim stand, wurde in Hannover abgehalten. Auch die Problemstellung dieser Veranstaltung kann auf die aktuelle Lage der Wirtschaftspolitik in Deutschland in der damaligen Zeit zurückgeführt werden.<sup>151</sup>

Am ersten Tag der Veranstaltung referierten unter anderem Prof. Arndt über 'Die Planung als Problem der Marktwirtschaft' sowie Prof. Giersch über die 'Rationale Wirtschaftspolitik in der pluralistischen Gesellschaft'. Der nachfolgende Tag wurde unter anderem durch Beiträge von Prof. Neumark über die 'Planung in der öffentlichen Finanzwirtschaft' und Prof. Kosiol über das Thema 'Zur Problematik der Planung in der Unternehmung' mitgestaltet. Das Programm des letzten Tages sah unter anderem Referate von Prof. Boettcher über 'Die Zentrale Planung sowjetischen Typs im Wandel' sowie Dr. Mihailović über 'Die Planung in Jugoslawien' vor.<sup>152</sup>

### *Arbeitstagung 1967*

Nach Beschluss des erweiterten Vorstandes und unter der wissenschaftlichen Vorbereitung durch Prof. Schneider, fand die vierte Arbeitstagung zum Thema 'Grundsatzprobleme wirtschaftspolitischer Beratung' in Baden-Baden statt. Wie bereits bei den vorhergehenden drei Arbeitstagungen wurde auch diesmal auf Vorträge verzichtet und die Berichte wurden den Teilnehmern geraume Zeit vor der Tagung zugesandt.<sup>153</sup> Die Tagung von 1967 knüpfte einerseits an das Thema der Tagung in Bad Homburg ('Probleme der normativen Ökonomik und der wirtschaftspolitischen Bera-

---

<sup>150</sup> Vgl.: Lorenz (1964), S. 705-713.

<sup>151</sup> Vgl.: Schneider (1967a), S. 1-6.

<sup>152</sup> Vgl.: Schneider (1967b), S. V-VI.

<sup>153</sup> Vgl.: Schneider (1968a), Vorwort.

tung) und andererseits an die Themenstellung der Tagung in Garmisch-Partenkirchen ('Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliches Methodenproblem') an, mit der Zielsetzung, die Voraussetzungen für eine wirkungsvollere Beratung auf dem Gebiet der Stabilisierungspolitik in einem internationalen Vergleich klarzulegen.<sup>154</sup>

Zu dem Gegenstand der Tagung in Baden-Baden nahmen unter anderem Dr. Sievert mit seinem Bericht über 'Die wirtschaftspolitische Beratung in der Bundesrepublik Deutschland', Prof. De Wolff mit seinem Beitrag über 'Die Beratung der Stabilisierungspolitik in den Niederlanden' sowie Dr. Strunden mit seinem Aufsatz über 'Die Beratung der Stabilisierungspolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft' Stellung. Diskussionen wurden unter anderem zu den Themenstellungen 'Die Gewinnung der Ziele für die Beratung' oder 'Ergebnis und Kontrolle der Beratung' veranstaltet.<sup>155</sup>

### *Tagung 1968*

Mit dem Thema der Tagung in Berlin im Jahre 1968 'Lohnpolitik und Einkommensverteilung' setzte der Verein mit der alten Tradition fort. Der Anlass für die Gründung der Gesellschaft lag damals in der ungleichen Verteilung von Einkommen. An den ersten beiden Tagen des Zusammentreffens wurden unter anderem Vorträge von Prof. Meinhold über 'Die Einkommensverteilung als wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Problem', von Prof. Klaus über das Thema 'Lohnpolitik und gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen' sowie von Prof. Streissler über die 'Wandlungen der Einkommensstruktur im Wirtschaftswachstum' gehalten. Am dritten Tag der Veranstaltung tagten zwei Arbeitsgruppen, die sich unter anderem den Beiträgen von Prof. Oberhauser über die Themenstellung 'Der Intensivlohn als Mittel der Verteilungspolitik' sowie Prof. Gerfin über das Thema 'Ausmaß und Wirkung der Lohndrift' widmeten. Der vierte und letzte Tag der Zusammenkunft wurde unter anderem durch ein Referat von Prof. Markmann über die Thematik 'Wirtschaftliche Bestimmungsgründe der Lohnbildung aus der Sicht der Gewerkschaften' mitgestaltet.<sup>156</sup>

---

<sup>154</sup> Vgl.: Schneider (1968b), S. 6-7.

<sup>155</sup> Vgl.: Schneider (1968c), S. VII-VIII.

<sup>156</sup> Vgl.: Arndt (1969), S. 3-5.

### *Tagung 1970*

Der Vorstand der Gesellschaft hatte bereits zwei Jahre zuvor das Thema 'Grundfragen der Infrastrukturplanung für wachsende Wirtschaften' beschlossen. Im Jahre 1970 wurde die Tagung zu dieser Themenstellung in Innsbruck unter der Leitung der wissenschaftlichen Vorbereitung durch Prof. Jochimsen abgehalten.<sup>157</sup> Die einführenden Beiträge kamen unter anderem von Prof. Borchardt über 'Die Bedeutung der Infrastruktur für die sozialökonomische Entwicklung' sowie von Prof. Musgrave über das Thema 'Infrastruktur und die Theorie der öffentlichen Güter'. Für die eingehende Behandlung der spezielleren Themenstellungen wurden wiederum nebeneinander tagende Arbeitskreise gebildet. Beiträge in den einzelnen Arbeitsgruppen kamen unter anderem von Dr. Buhr über 'Die Abhängigkeit der räumlichen Entwicklung von der Infrastrukturausstattung', von Prof. Krupp über das Thema 'Probleme der Messung des Integrationseffektes von Infrastrukturinvestitionen', von Dr. Hankel über 'Probleme der Finanzierung von langfristigen staatlichen Infrastrukturinvestitionsprogrammen' sowie von Prof. Nussbaumer über das Thema 'Wirtschaftssystem und Infrastrukturausstattung'. Das Schlusskolloquium unter der Leitung von Prof. Neumark behandelte die Themenstellung 'Herausforderungen und Hemmnisse der Infrastrukturpolitik in der parlamentarischen Demokratie'.<sup>158</sup>

Nach der vollständigen Dokumentation der Tagungsarbeit des Vereins für Socialpolitik in den Jahren von 1961 bis 1970, liegt der Schwerpunkt des anschließenden Abschnittes in der Abbildung der Mitgliederbestände, der Amtsinhaber des Engeren Vorstandes sowie in den in der Mitgliederversammlung beschlossenen Satzungsänderungen der Gesellschaft in den 1960-er Jahren.

---

<sup>157</sup> Vgl.: Arndt (1971), S. 3-9.

<sup>158</sup> Vgl.: Arndt/Swatek (1971), S. VII-IX.

### 3. Mitgliederzahlen, Vorstandsmitglieder und Satzungsänderungen von 1961 bis 1970

Der dritte Unterabschnitt zur Vereinstätigkeit von 1961 bis 1970 fasst die Mitgliederbestände des Vereins sowie die personelle Formation des Engeren Vorstandes der 1960-er Jahre zusammen. Ebenso werden in diesem Kapitel auch Satzungsänderungen, welche in dem betrachteten Zeitraum beschlossen wurden, angeführt.

Als Einstieg zu den personellen Strukturen innerhalb des Vereins für Socialpolitik bietet die nachfolgende Darstellung einen Überblick über die Anzahl an Mitwirkenden des Vereins in den Jahren 1961 bis 1970. Der Tabelle ist zu entnehmen, dass die Mitgliederzahlen von Jahr zu Jahr wohl einen Anstieg verzeichneten, dieser jedoch deutlich geringer ausfiel als in den ersten Jahren nach Wiedergründung der Gesellschaft. Im Jahre 1962 registrierte der Verein 575 Genossen. Bis zur Mitte des betrachteten Jahrzehnts stieg die Anzahl an Mitwirkenden der Gesellschaft auf knapp 700 Personen an und bis zum Jahre 1970 wohnten dem Verein bereits 961 Mitglieder bei. Aufgrund der genauen Aufzeichnungen, die im Zuge der Recherche zu dieser Masterarbeit gefunden wurden, konnte für die Jahre 1965 bis 1969 eine präzise Aufschlüsselung in persönliche und korporative Mitglieder erfolgen. Diese zeigt, dass die korporativen Mitgliedschaften einen ausgesprochen mäßigen Anteil repräsentieren, der in den 1960-er Jahren unter einem Zehntel lag.

Mitglieder-Stand zum:	persönliche Mitglieder	korporative Mitglieder	Summe
1961			
September 1962			<b>575</b>
1963			<b>620</b>
1964			<b>660</b>
31. Dezember 1965	648	43	<b>691</b>
31. Dezember 1966	690	45	<b>735</b>
31. Dezember 1967	714	46	<b>760</b>
31. Dezember 1968	835	46	<b>881</b>
31. Dezember 1969	855	48	<b>903</b>
1970			<b>961</b>

Darstellung 8: Mitgliederstatistik von 1961 bis 1970<sup>159</sup>

<sup>159</sup> Vgl.: RW 189 – 20, S. 129 und RW 189 – 298, S. 41 und RW 189 – 294, o. S. und RW 189 – 296, S. 65 und RW 189 – 222, S. 39 und RW 515 – 17, S. 4.

### *Engerer Vorstand 1961*

Im Jahre 1961 wurden die Ämter des Engeren Vorstandes von den folgenden Personen innegehalten:

- Prof. Neumark (Vorsitzender)
- Prof. Banse (stellvertretender Vorsitzender)
- Stadtkämmerer Hielscher (Schatzmeister)
- Prof. Richter (Schriftführer).<sup>160</sup>

### *Satzungsänderungen 1961*

Der Erweiterte Vorstand der Gesellschaft beschloss im Jahre 1961, die Amtszeit der Ausschussvorsitzenden auf zwei Jahre zu beschränken und lediglich eine einmalige Wiederwahl zu akzeptieren.<sup>161</sup>

### *Engerer Vorstand 1962*

Der Engere Vorstand des Vereins für Socialpolitik bestand im Jahre 1962 – gemäß der Sitzung des Erweiterten Vorstandes vom 1. April 1962, aus den folgenden Persönlichkeiten:

- Prof. Neumark (Vorsitzender)
- Prof. Banse (stellvertretender Vorsitzender)
- Stadtkämmerer Hielscher (Schatzmeister)
- Prof. Richter (Schriftführer).<sup>162</sup>

### *Satzungsänderungen 1962*

Auf der Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 1. April 1962 wurde der folgende Vorschlag für eine Satzungsänderung vorgebracht:

§ 8, Abs. 2 sollte lauten: Wiederwahl ist zulässig, jedoch mit der Maßgabe, dass kein gewähltes Mitglied des Erweiterten Vorstandes ununterbrochen länger als sechs Jahre im Erweiterten Vorstand sein kann.<sup>163</sup>

---

<sup>160</sup> Verein für Socialpolitik (1991), S. 286.

<sup>161</sup> Vgl.: Bericht des ersten Vorsitzenden über Entwicklung und Tätigkeit der Gesellschaft in den abgelaufenen zwei Jahren, S. 64-65 (RW 189 – 294).

<sup>162</sup> Vgl.: Protokoll der Mitgliederversammlung am 17.09.1962 in Luzern, S. 3 (RW 515 – 13).

<sup>163</sup> Vgl.: Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 01.04.1962 in Bad Homburg, S. 63 (RW 189 – 325).

### *Engerer Vorstand 1963*

In den Engeren Vorstand für das Geschäftsjahr 1963 wurden auf der Mitgliederversammlung vom 17. September 1962 die folgenden Herren bestellt:

- Prof. Schneider (Vorsitzender)
- Prof. Koch (stellvertretender Vorsitzender)
- Stadtkämmerer Hielscher (Schatzmeister)
- Dr. Dr. Zottmann (Schriftführer).<sup>164</sup>

### *Engerer Vorstand 1964*

Dem Protokoll der Mitgliederversammlung vom September 1964 in Travemünde ist zu entnehmen, dass die Ämter des Engeren Vorstandes von folgenden Persönlichkeiten besetzt wurden:

- Prof. Schneider (Vorsitzender)
- Prof. Koch (stellvertretender Vorsitzender)
- Senator Hielscher (Schatzmeister)
- Dr. Dr. Zottmann (Schriftführer).<sup>165</sup>

### *Satzungsänderungen 1964*

Die im Jahre 1964 übereingekommenen bedeutenden Satzungsänderungen beziehen sich auf die Beschlussfassung der Mitgliederversammlung, den Erweiterten Vorstand sowie die Konstituierung von Ausschüssen.

§ 7 der Satzung sieht für Beschlüsse der Mitgliederversammlung eine einfache, bei Satzungsänderungen und der Auflösung der Gesellschaft eine Zweidrittelmehrheit vor.

Die in § 8 geregelte Zusammensetzung des Erweiterten Vorstandes regelt, dass dieser sich aus dem Engeren Vorstand und dem unmittelbaren Amtsvorgänger des amtierenden Vorsitzenden sowie seines Stellvertreters und aus zehn Mitgliedern, die von der Mitgliederversammlung entsandt werden, formiert.

In § 11 wird dem Erweiterten Vorstand die Möglichkeit eingeräumt, für die Durchführung besonderer Arbeiten oder die dauernde Pflege besonderer wissenschaftlicher Gebiete Ausschüsse zu bilden. Mit den Fach- und Studienfragen beschäftigt

---

<sup>164</sup> Vgl.: Protokoll der Mitgliederversammlung am 17.09.1962 in Luzern, S. 4 (RW 515 – 13).

<sup>165</sup> Vgl.: Protokoll der Mitgliederversammlung am 21.09.1964 in Travemünde, S. 1 (RW 515 – 14).

sich ein ständiger Ausschuss, dem wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Hochschullehrer angehören.<sup>166</sup>

#### *Engerer Vorstand 1965*

In den Engeren Vorstand wurden im Jahre 1965 die folgenden Herren bestellt:

- Prof. Schneider (Vorsitzender)
- Prof. Koch (stellvertretender Vorsitzender)
- Senator Hielscher (Schatzmeister)
- Dr. Dr. Zottmann (Schriftführer).<sup>167</sup>

#### *Engerer Vorstand 1966*

Die Mitglieder, die dem Engeren Vorstand im Jahre 1966 beiwohnten, waren gemäß dem Protokoll der Sitzung des Engeren Vorstandes vom Juni 1966 die folgenden:

- Prof. Schneider (Vorsitzender)
- Prof. Koch (stellvertretender Vorsitzender)
- Senator Hielscher (Schatzmeister)
- Dr. Dr. Zottmann (Schriftführer).<sup>168</sup>

#### *Mitgliedsbeiträge 1966*

In der im Juni des Jahres 1966 abgehaltenen Sitzung des Engeren Vorstandes wurde die Festlegung der Beitragssätze für korporative Vereinsmitglieder nochmals überdacht. Es wurde in diesem Anliegen beschlossen, bei Firmen, Verbänden und größeren Institutionen einen Beitrag von mindestens DM 100 jährlich einzuheben und bei wissenschaftlichen und ähnlichen Einrichtungen eine Mitgliedsgebühr von wenigstens DM 50 einzufordern.<sup>169</sup>

---

<sup>166</sup> Vgl.: Zu Punkt (2) der Tagesordnung ‚Änderung der Satzung‘, S. 133-134 (RW 189 – 20).

<sup>167</sup> Vgl.: Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 17.07.1965 in Kiel, S. 6 (RW 189 – 20).

<sup>168</sup> Vgl.: Protokoll der Sitzung des Engeren Vorstandes am 13.06.1966 in Hamburg, S. 106 (RW 189 – 19).

<sup>169</sup> Vgl.: Protokoll der Sitzung des Engeren Vorstandes am 13.06.1966 in Hamburg, S. 106 (RW 189 – 19).

### *Engerer Vorstand 1967*

Die Mitglieder des Engeren Vorstandes, die ab dem 1. Jänner 1967 für den Verein tätig wurden, waren:

- Prof. Arndt (Vorsitzender)
- Prof. Pohmer (stellvertretender Vorsitzender)
- Prof. Pfeiderer (Schatzmeister)
- Dr. Ollenburg (Schriftführer).<sup>170</sup>

### *Engerer Vorstand 1968*

Die Ämter des Engeren Vorstandes im Jahre 1968 wurden von folgenden Persönlichkeiten innegehabt:

- Prof. Arndt (Vorsitzender)
- Prof. Pohmer (stellvertretender Vorsitzender)
- Prof. Pfeiderer (Schatzmeister)
- Dr. Ollenburg (Schriftführer).<sup>171</sup>

### *Satzungsänderungen 1968*

Die im Jahre 1968 beschlossenen bedeutenden Änderungen bestimmter Satzungsreglementierungen bezogen sich auf den Sitz der Gesellschaft, die Mitgliedschaft sowie die Beitragszahlungen der korporativen Mitglieder.

§ 2 der Satzung des Vereins sieht den Sitz der Gesellschaft am Tätigkeitsort des Vorsitzenden vor.

§ 4, Abs. 3 hält fest, dass die Mitgliedschaft nicht übertragbar ist.

Der neu formulierte § 8, Abs. 2 regelt, dass bei der Festsetzung des Beitrages für Mitglieder, unbeschadet des Rechts des Engeren Vorstandes, für korporative Mitglieder höhere Beiträge vereinbart werden können.<sup>172</sup>

---

<sup>170</sup> Vgl.: Die Mitglieder des Engeren und Erweiterten Vorstandes ab Januar 1967, S. 1 (RW 189 – 170).

<sup>171</sup> Verein für Socialpolitik (1991), S. 286.

<sup>172</sup> Vgl.: Protokoll der Mitgliederversammlung am 30.09.1968 in Berlin, S. 4-5 (RW 515 – 16).

### *Engerer Vorstand 1969*

In den Engeren Vorstand wurden im Jahre 1969 die folgenden Persönlichkeiten bestellt:

- Prof. Arndt (Vorsitzender)
- Prof. Pohmer (stellvertretender Vorsitzender)
- Dr. Suchan (Schatzmeister)
- Dipl. Volkswirt Swantek (Schriftführer).<sup>173</sup>

### *Engerer Vorstand 1970*

Dem Protokoll der Mitgliederversammlung vom September 1970 ist zu entnehmen, dass die Ämter des Engeren Vorstandes von folgenden Personen besetzt wurden:

- Prof. Arndt (Vorsitzender)
- Prof. Pohmer (stellvertretender Vorsitzender)
- Dr. Suchan (Schatzmeister)
- Dipl. Volkswirt Swantek (Schriftführer).<sup>174</sup>

### *Satzungsänderungen 1970*

In der Mitgliederversammlung am 28. September 1970 sind die Teilnehmer übereingekommen, den Zusatz 'gegründet 1872' aus der Bezeichnung der Gesellschaft zu streichen. Zur Abstimmung gelangte ebenso der Vorschlag, den Namen des Vereins in 'Verein für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften' abzuändern. Diesem Gesuch stimmte jedoch keine Zweidrittel-Mehrheit zu. Ein weiterer Antrag, der die Bezeichnung der Gesellschaft betraf, wurde für die Umwandlung des 'c' (Socialpolitik) in ein 'z' (Sozialpolitik) gestellt. Auch dieser Vorschlag fand keine Bestätigung. Somit lautete der Name der Gesellschaft nach der Mitgliederversammlung vom September 1970: 'Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik'.<sup>175</sup>

Nach Darlegung der organisatorischen und operativen Gegebenheiten des Vereins für Socialpolitik in den 1960-er Jahren, widmet sich der anschließende Abschnitt der Ausführung der Vereinsarbeit und -organisation in den 1970-er Jahren.

---

<sup>173</sup> Verein für Socialpolitik (1991), S. 286.

<sup>174</sup> Vgl.: Protokoll der Mitgliederversammlung am 28.09.1970 in Innsbruck, S. 4 und 6-7 (RW 515 – 17).

<sup>175</sup> Vgl.: Protokoll der Mitgliederversammlung am 28.09.1970 in Innsbruck, S. 6 (RW 515 – 17).

### **III. Die Vereinstätigkeit von 1971 bis 1980**

Das vorliegende Kapitel gibt einen Überblick über die Arbeit und Tagungstätigkeit des Vereins für Socialpolitik in dem betrachteten Zeitraum. Auch für die 1970-er Jahre werden neben personellen Angaben, wie Mitgliederstatistiken und personelle Zusammensetzung des Vorstandes des Vereins, auch wichtige Satzungsänderungen angeführt.

#### **1. Berichte aus der Arbeit des Vereins von 1971 bis 1980**

Der vorliegende Unterabschnitt befasst sich mit der Arbeit des Vereins für Socialpolitik in dem Zeitraum von 1971 bis 1980, die einerseits die Vorbereitung der Tagungen und andererseits die Tätigkeit der einzelnen Ausschüsse sowie die Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen umfasst.

##### *Vereinsarbeit 1971*

Anfang der 1970-er Jahre kam es im Verein für Socialpolitik zur Gründung des Sozialwissenschaftlichen Ausschusses. Im Jänner 1971 wurde dieser unter dem Gründungsvorsitz von Prof. Sauermann in Frankfurt konstituiert. Bereits als der Ausschuss seine Tätigkeit aufnahm, war er durch große Interdisziplinarität charakterisiert, denn ihm gehörten damals schon Juristen, Ökonomen, Psychologen, Soziologen und Wirtschaftshistoriker an. Ihnen einig war eine sozialwissenschaftliche Grundlage in ihrer Erforschung des menschlichen Verhaltens.<sup>176</sup>

Ein weiterer Ausschuss, der im Jahre 1971 seine Gründung erfuhr, war der Ausschuss für Unternehmenstheorie und -politik.<sup>177</sup>

##### *Vereinsarbeit 1974*

Im Jahre 1974 übernahm der Verein für Socialpolitik die Verantwortung für die Publikation der Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und erlangte dadurch erstmals ein eigenes Organ für periodische Veröffentlichungen. Die Verhandlungen der Tagungen und die Ergebnisse der Arbeiten in den Ausschüssen wurden bisher in dem Band ‚Neue Schriften des Vereins für Socialpolitik‘ veröffentlicht. Diese Reihe

---

<sup>176</sup> Vgl.: Lauer (2010), Verein für Socialpolitik. Sozialwissenschaftlicher Ausschuss [online].

<sup>177</sup> Vgl.: Lehrstuhl für Finanzwirtschaft (2009), Ausschuss für Unternehmenstheorie und -politik im Verein für Socialpolitik [online].

wurde weiterhin fortgeführt und erschien ab dem Jahre 1974 als Beiheft zur Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Bei den in der Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft erschienenen Beiträgen handelt es sich hauptsächlich um Arbeiten, die nicht in Form einer geschlossenen Sammelpublikation der Ausschüsse herausgegeben wurden, sowie auch um Beiträge von Nichtmitgliedern der Gesellschaft.<sup>178</sup>

#### *Vereinsarbeit 1975*

Im September 1975 kam es in Aachen zu der Gründung des Bildungsökonomischen Ausschusses im Verein für Socialpolitik. Als erster Vorsitzender des Ausschusses wurde Prof. Edding tätig, der bis 1977 dieses Amt inne hielt.<sup>179</sup>

#### *Vereinsarbeit 1976*

Im Jahre 1976 kam es nach dem Beschluss des Erweiterten Vorstandes in seiner Sitzung im Jahre 1975 zu der Konstituierung der folgenden fünf Ausschüsse:

- Ausschuss für Regionaltheorie und –politik
- Ausschuss für Unternehmensrechnung
- Ausschuss für Bildungsökonomie
- Ausschuss für Geldtheorie und –politik
- Ausschuss für Außenwirtschaftstheorie und –politik.<sup>180</sup>

Der Ausschuss für Regionaltheorie und –politik wurde in Münster unter dem ersten Vorsitzenden Prof. Thoss gegründet. Seine Aufgabe sieht der Ausschuss darin, auf seinen jährlich stattfindenden Tagungen die Theorie der räumlichen Wirtschaft, die empirische Regionalforschung sowie die Probleme der Regionalpolitik in Deutschland und Europa zu untersuchen und zu diskutieren. Die Förderung der regionalökonomischen Forschung im deutschsprachigen Raum sowie die Umsetzung der Ergebnisse der Forschung in Politikempfehlungen zählen ebenso zu den Bestrebungen dieses Gremiums.<sup>181</sup>

---

<sup>178</sup> Vgl.: Schneider (1975), S. 1-2.

<sup>179</sup> Vgl.: Universität Tübingen (2009), Übersicht über die Arbeit der letzten 25 Jahre des Bildungsökonomischen Ausschusses [online].

<sup>180</sup> Vgl.: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 13.09.1976 in Augsburg, S. 2 (RW 515 – 20).

<sup>181</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2009), Ausschuss für Regionaltheorie und -politik [online].

Die Hauptaufgabe des Ausschusses für Außenwirtschaftstheorie und -politik wurde mit der Forschung und Diskussion von Forschungsergebnissen auf dem Gebiet der Außenwirtschaftstheorie und -politik festgelegt. Der Ausschuss veranstaltet alljährlich zweitägige wissenschaftliche Tagungen, dessen Programm vom Vorsitzenden beschlossen wird und deren Treffen jeweils an unterschiedlichen Orten stattfinden.<sup>182</sup>

Auf ihrer Sitzung im Jahre 1976 einigten sich die Mitglieder des Erweiterten Vorstandes darauf, einen Ausschuss für Ökonometrie zu bilden. Mit der Vorbereitung der Gründung wurde Prof. Schönfeld beauftragt.<sup>183</sup>

Im Jahre 1976 wurden vom Verein für Socialpolitik ebenso erstmals Fragestellungen zur Umweltökonomie aufgegriffen. Der wirtschaftspolitische Ausschuss war das erste Gremium, das sich näher mit diesem Anliegen beschäftigte. 1976 erschien hierzu eine Aufsatzsammlung (‘Ökonomische Probleme der Umweltschutzpolitik’), in welcher einflussreiche Berater der Wirtschaftspolitik das Thema Kernenergie der Öffentlichkeit und Politik näher brachten. Mit den in diesem Jahre herbeigeführten Auseinandersetzungen mit der Umweltökonomie wurden die Hauptakzente der nachfolgenden umweltökonomischen Diskussionen gesetzt. Sechzehn Jahre später folgte dann die Konstituierung eines Umweltausschusses im Verein für Socialpolitik.<sup>184</sup>

### *Vereinsarbeit 1978*

Neben den Vorbereitungen zur Tagung und der Arbeit in den Ausschüssen lag die Arbeit der Gesellschaft im Jahre 1978 auch in der Beratung über die Gründung eines Ausschusses für Dogmengeschichte. Nachdem Prof. Neumark im Februar 1978 den Vorschlag an den Erweiterten Vorstand vorbrachte, einen Ausschuss für Fragen der Dogmengeschichte der eigenen Disziplin zu konstituieren, kam es in der Sitzung des Erweiterten Vorstandes im September 1978 zu dem Entschluss, einen Dogmenhistorischen Ausschuss zu gründen. Prof. Neumark argumentierte die Erfordernis eines solchen Ausschusses damit, dass das ökonomische Denken in der Vergangenheit zu wenig Aufmerksamkeit fand und das Interesse für dogmengeschichtliche Fragen immer mehr aufzukommen schien. Prof. Neumark empfiehlt, Studien über die historische Entwicklung der Lohn-, Preis-, Geld- und Kredittheorie sowie der Außenhan-

---

<sup>182</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2009), Ausschuss für Außenwirtschaftstheorie und -politik [online].

<sup>183</sup> Vgl.: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 13.09.1976 in Augsburg, S. 2 (RW 515 – 20).

<sup>184</sup> Vgl.: Schefold (2006), S. 531.

delslehren und der Theorie der öffentlichen Verschuldung durchzuführen, um somit auch dogmengeschichtliche Entwicklungen innerhalb der Betriebswirtschaftslehre zu untersuchen.<sup>185</sup> Im Jahre 1978 waren im Verein für Socialpolitik 15 Ausschüsse sowie die Arbeitsgruppe Wettbewerb tätig, was auf die damalige erhebliche wissenschaftliche Aktivität der Gesellschaft schließen lässt.<sup>186</sup>

Im Jahre 1978 wurden in der Mitgliederversammlung die ersten Erfahrungen im Versuch der Wahrnehmung der Geschäftsführung durch den Schriftführer der Gesellschaft mitgeteilt. Aufgrund der erfolgreichen Ausführung des Amtes des Geschäftsführers durch den Schriftführer wurde beschlossen, in der nächsten Vorstandssitzung über die Beibehaltung der Koppelung dieser beiden Positionen zu entscheiden.<sup>187</sup>

### *Vereinsarbeit 1980*

Auf der Mitgliederversammlung im September 1980 wurde die Mannheimer Tagung von 1979, die das Thema 'Erschöpfbare Ressourcen' behandelte, als großer Erfolg der Gesellschaft anerkannt. Sowohl in den Medien als auch in der Forschung fand die Tagung ein sehr positives Echo. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft richtete als Konsequenz dieser Tagung einen Forschungsschwerpunkt über erschöpfbare Ressourcen ein. Ein weiterer Punkt, der an der Tagesordnung der Mitgliederversammlung von 1980 stand, war die Pflege der Kontakte zur Fachwissenschaft im Ausland. Diese empfand der Vorsitzende als unzureichend durchgeführt. Es konnten zwar für die Tagung von 1979 und 1980 ein Reihe von ausländischen Wissenschaftlern als Referenten herangezogen werden, im Allgemeinen wurden die offiziellen Kontakte des Vereins – und hier speziell das Verhältnis zur International Economic Association – jedoch nicht genügend gefördert.<sup>188</sup>

Nachdem im September des Jahres 1978 in der Sitzung des Erweiterten Vorstandes der Entschluss zur Gründung eines Dogmenhistorischen Ausschusses gefallen ist, wurde dieser im Jahre 1980 konstituiert. Mit der Konstitution des Ausschusses wurde Prof. Neumark beauftragt.<sup>189</sup>

---

<sup>185</sup> Vgl.: Ausschuss für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften (2010), Startseite [online].

<sup>186</sup> Protokoll der Mitgliederversammlung vom 26.09.1978 in Hamburg, S. 9 (RW 515 – 21).

<sup>187</sup> Protokoll der Mitgliederversammlung vom 26.09.1978 in Hamburg, S. 11 (RW 515 – 21).

<sup>188</sup> Protokoll der Mitgliederversammlung vom 15.09.1980 in Nürnberg, S. 7 (RW 515 – 22).

<sup>189</sup> Vgl.: Ausschuss für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften (2010), Startseite [online].

Nach Erläuterung der Vereinstätigkeit der 1970-er Jahre gewährt der nachstehende Abschnitt einen Überblick über die Tagungstätigkeit des Vereins der 1970-er Jahre.

## **2. Tagungen des Vereins von 1971 bis 1980**

Die Tagungen, die der Verein für Socialpolitik in den Jahren von 1971 bis 1980 veranstaltete, bilden den Schwerpunkt dieses Unterabschnittes. Auch in den 1970-er Jahren wurden die Tagungen der Gesellschaft in einem Intervall von zwei Jahren abgehalten. In den Jahren 1973, 1975, 1977 sowie 1979 wurden wiederum zusätzliche Arbeitstagungen organisiert.

### *Tagung 1972*

Rückblickend auf die Gründungstagung in Eisenach im Jahre 1872, fand die Jubiläumstagung über das Generalthema 'Macht und ökonomisches Gesetz' 100 Jahre später in Bonn statt. Die wissenschaftliche Vorbereitung oblag der Leitung von Prof. Watrin.<sup>190</sup> Unter den einleitenden Referaten befanden sich unter anderem Beiträge von Prof. Krelle über das Thema 'Macht und ökonomisches Gesetz in der Verteilung' sowie Prof. Albert über die Themenstellung 'Der Gesetzesbegriff im ökonomischen Denken'. Die sechs nebeneinander tagenden Arbeitskreise hatten jeweils die folgende Schwerpunktsetzung:

- Arbeitskreis 1: Der Gesetzes- und Machtbegriff in den Wirtschaftswissenschaften
- Arbeitskreis 2: Formen und Wirkungen der Marktmacht
- Arbeitskreis 3: Wirtschaftliche Macht und politische Ordnung
- Arbeitskreis 4: Gesellschaftliche Realität und ökonomische Theorien
- Arbeitskreis 5: Wirtschaftsverfassung, Produktionsmitteleigentum und wirtschaftliche Macht
- Arbeitskreis 6: Allokationsmechanismen und Machtkontrolle.

Beiträge in den einzelnen Arbeitsgruppen kamen unter anderem von Prof. Hoselitz über 'Entwicklungsgesetze der Wirtschaft versus Theorien der wirtschaftlichen Entwicklung', von Prof. Kaufer über 'Marktmacht und Innovationen' sowie Prof. Kunze über das Thema 'Wirtschaftsdemokratie als Programm zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht'.<sup>191</sup>

---

<sup>190</sup> Vgl.: Schneider (1973), S. 3-7.

<sup>191</sup> Vgl.: Schneider/Watrin (1973), S. VII-XI.

### *Arbeitstagung 1973*

Die erste internationale Arbeitstagung wurde vom Verein für Socialpolitik in Zusammenarbeit mit dem Kieler Institut für Weltwirtschaft über das Thema 'Probleme der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung' in Kiel veranstaltet. Für die Abhandlung dieses breiten Themenbereiches wurden acht Hypothesen aufgestellt, die während der Tagung eingehend diskutiert wurden. Diese Thesen waren die Folgenden:

- Hypothesen zur Erklärung der Handelsströme zwischen Industrieländern
- Hypothesen zur Erklärung der Handelsströme zwischen Industrie- und Entwicklungsländern
- Die Exportnotwendigkeiten der Entwicklungsländer und der Anpassungsbedarf in den Industrieländern
- Erfolgsbedingungen für Importsubstitution und Exportdiversifizierung als Entwicklungsstrategie in Lateinamerika, Südostasien und Afrika
- Exportorientierte Industrialisierung als Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsprobleme in Entwicklungsländern
- Entwicklung arbeitsintensiver Technologien für Entwicklungsländer
- Probleme der Regionalisierung des internationalen Handels
- Die Zukunft des internationalen Handels.<sup>192</sup>

Die angeführten Fragestellungen wurden unter anderem durch Beiträge von Prof. Hirsch über das Thema 'Hypothesen über den Handel zwischen Entwicklungs- und Industrieländern', von Prof. Knall über die 'Erfolgsbedingungen für Importsubstitution und Exportdiversifizierung als Entwicklungsstrategie in Süd- und Ostasien' sowie von Dr. Sautter über die 'Regionalisierungstendenzen im Welthandel zwischen 1938 und 1970' bearbeitet.<sup>193</sup>

### *Tagung 1974*

Die Züricher Tagung im Jahre 1974, welche sich mit der Themenstellung 'Stabilisierung in der Marktwirtschaft' beschäftigte, erfuhr durch den Leiter der wissenschaftlichen Vorbereitung, Prof. Würzler, einige Neuerungen. Es wurden lediglich für die sechs Plenumsvorträge dieser Tagung Referenten berufen, wogegen die Vorträge in den Arbeitskreisen durch Ausschreibungen vergeben wurden.<sup>194</sup> Um während der Veranstaltung eine ergebnisreiche Diskussion zu ermöglichen, wurden die Referate

---

<sup>192</sup> Vgl.: Giersch (1974), S. V-VI.

<sup>193</sup> Vgl.: Giersch/Haas (1974), S. XIII-XVI.

<sup>194</sup> Vgl.: Dubois/Haas/Schneider/Wittmann/Würzler (1975), S. V-VI.

ausreichende Zeit zuvor an die Teilnehmer der Arbeitskreise ausgesandt und die Verfasser dieser Beiträge trugen in den Arbeitsgruppen nur die Hauptthesen ihrer Arbeiten vor. Das Thema der 45. Tagung des Vereins für Socialpolitik spiegelte die Aktualität des Problems der Stabilisierungspolitik wider, welche durch die konjunkturelle Situation der westlichen Industrieländer deutlich unterstrichen wurde.<sup>195</sup>

Die Abhandlung der Tagung wurde einerseits durch Plenumsvorträge und andererseits durch die Beiträge in den Arbeitskreisen gestaltet. In den Plenumsreferaten kamen unter anderem Prof. Jöhr mit dem Thema 'Das Stabilitätsziel im Widerstreit der Meinungen' sowie Prof. Niehans mit seinem Beitrag über die 'Stabilisierung in einer offenen Volkswirtschaft' zu Wort. Für die vertiefende Bearbeitung spezieller Themengebiete wurden zehn Arbeitsgruppen gebildet:

- Arbeitskreis A: Stabilitätsziel und Zielsysteme
- Arbeitskreis B: Motivationen für Geldwertstabilität
- Arbeitskreis C: Empirische Untersuchungen zu Zielkonflikten
- Arbeitskreis D: Messung der Stabilität und stabilisierungspolitische Programmgestaltung
- Arbeitskreis E: Politische Prozesse zur stabilisierungspolitischen Zielfindung
- Arbeitskreis F: Außenwirtschaftliche Aspekte der Stabilisierungspolitik
- Arbeitskreis G: Geld- und Finanzpolitik zur Stabilisierung
- Arbeitskreis H: Wettbewerb und Stabilisierungspolitik
- Arbeitskreis J: Einkommenspolitik zur Stabilisierung
- Arbeitskreis K: Stabilisierungspolitik und sektorale sowie regionale Strukturpolitik.<sup>196</sup>

### *Arbeitstagung 1975*

Im Jahre 1975 veranstaltete der Verein für Socialpolitik eine weitere Arbeitstagung in Aachen, die sich dem Thema 'Die Bedeutung gesellschaftlicher Veränderungen für die Willensbildung im Unternehmen' widmete. Mit der wissenschaftlichen Vorbereitung dieser Veranstaltung war Prof. Albach betraut.<sup>197</sup> Ihm war es ein besonderes Anliegen, Betriebswirte, Volkswirte, Soziologen, Politologen, Psychologen sowie Juristen zusammenzubringen, um gemeinsam das Tagungsthema zu erarbeiten. Es

---

<sup>195</sup> Vgl.: Wittmann (1975), S. 3-5.

<sup>196</sup> Vgl.: Schneider/Würgler (1975), S. VII–XIII.

<sup>197</sup> Vgl.: Krelle (1976), S. 1-4.

sollten vor allem diejenigen, die eine ausreichende Erfahrung im Zustandekommen mit unternehmerischen Entscheidungen aufweisen, mit jenen ins Gespräch gebracht werden, welche die Einbindung des Unternehmens in die Gesellschaft und die gesellschaftlichen Kräftefelder analytisch zu durchleuchten versuchten.<sup>198</sup>

Die Tagung selbst wurde in fünf Teile untergliedert:

- Teil 1: Der Einfluss gesellschaftlicher Veränderungen auf die Unternehmensziele
- Teil 2: Gesellschaftliche Veränderungen bei den Kapitalgebern und Willensbildung im Unternehmen
- Teil 3: Gesellschaftliche Veränderungen bei den Mitarbeitern und Willensbildung im Unternehmen
- Teil 4: Gesellschaftliche Veränderungen im Verhältnis von Kapitaleignern und Belegschaft und Willensbildung im Unternehmen
- Teil 5: Die Bedeutung nationaler Ziele für die Unternehmensziele multinationaler Unternehmen.

Beiträge zu den einzelnen Teilbereichen kamen unter anderem von Prof. Tietmeyer über das Thema 'Der Einfluss wirtschaftspolitischer Instanzen auf die Willensbildung im Unternehmen', von Dr. Hoffmann über 'Die Bedeutung der Gewerkschaften als Kapitalgeber für die Willensbildung im Unternehmen' sowie von Prof. Brinkmann über 'Der Einfluss des Bildungsniveaus der Manager auf den Entscheidungsprozess im Unternehmen'.<sup>199</sup>

### *Tagung 1976*

Nachdem sich die vorhergehenden Versammlungen des Vereins überwiegend mit wirtschaftspolitischen Fragestellungen befassten, wurde auf der Augsburger Tagung wieder ein sozialpolitisches Thema in den Vordergrund gerückt, nämlich: 'Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft'.<sup>200</sup> Die Tagung von 1976 war gewissermaßen die Fortsetzung der in der Tagung des Vorjahres ('Die Bedeutung gesellschaftlicher Veränderungen für die Willensbildung im Unternehmen') untersuchten

---

<sup>198</sup> Vgl.: Albach/Sadowski (1976a), S. V-VI.

<sup>199</sup> Vgl.: Albach/Sadowski (1976b), S. VII-XII.

<sup>200</sup> Vgl.: Külp/Haas (1977a), S. V-VII.

Problematik und behandelte soziale Problembereiche wie die Verstädterung, den Geburtenrückgang, die Kriminalität, die Verwahrlosung sowie die Aggressivität.<sup>201</sup>

Im Eröffnungsplenum sprach unter anderem Prof. Tinbergen über die 'Gerechtigkeit als gesellschaftspolitisches Ziel: Der Beitrag der Theorie der Wirtschaftspolitik zur Entwicklung gesellschaftspolitischer Zielsysteme'. Für den Mittelteil der Verhandlungen wurden wieder Arbeitskreise gebildet, die sich mit folgenden Themenschwerpunkten befassten:

- Arbeitskreis 1: Strukturelle Arbeitslosigkeit
- Arbeitskreis 2: Umweltschutz
- Arbeitskreis 3: Verstädterungstendenz
- Arbeitskreis 4: Geburtenrückgang und Bevölkerungsprozess
- Arbeitskreis 5: Die Systeme der sozialen Sicherheit
- Arbeitskreis 6: Die Systeme der Tarifpartner
- Arbeitskreis 7: Die Bildungseinrichtungen
- Arbeitskreis 8: Der Staat als Träger der Verteilungspolitik.

In der Schlussveranstaltung wurden unter anderem Beiträge von Prof. Watrin über das Thema 'Ordnungspolitische Aspekte des Sozialstaates' sowie Prof. Albers über 'Grenzen des Wohlfahrtsstaates' vorgetragen.<sup>202</sup>

### *Arbeitstagung 1977*

Die Arbeitstagung des Vereins im Jahre 1977, die in Münster über die Bühne ging, hatte das Thema 'Neuere Entwicklungen in den Wirtschaftswissenschaften' zum Gegenstand. Die wissenschaftliche Vorbereitung der Veranstaltung lag in den Händen einer Kommission, welcher die Herren Prof. Hax, Prof. Helmstädter, Prof. Hildenbrand und Prof. Krause-Junk angehörten. Zu den Aufgaben der Kommission zählten auch die Ausschreibung der Referate sowie deren endgültige Auswahl.<sup>203</sup>

Auch für den Ablauf dieses Zusammentreffens wurden neun nebeneinander tagende Arbeitskreise geformt, die sich mit den folgenden Themenbereichen beschäftigten:

- Arbeitskreis 1: Theorie der öffentlichen Güter
- Arbeitskreis 2: Theorie der Gruppenentscheidungen

---

<sup>201</sup> Vgl.: Krelle (1977), S. 3-7.

<sup>202</sup> Vgl.: Külp/Haas (1977b), S. IX-XIII.

<sup>203</sup> Vgl.: Helmstädter (1978a), S. V-VI.

- Arbeitskreis 3: Theorien des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts
- Arbeitskreis 4: Zunehmende Skalenerträge – Preisbildung öffentlicher Güter
- Arbeitskreis 5: Empirische Entscheidungsforschung
- Arbeitskreis 6: Ökonomische Theorie der Politik
- Arbeitskreis 7: Bewertung der Messung
- Arbeitskreis 8: Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung
- Arbeitskreis 9: Gesamtwirtschaftliche dynamische Modelle.

In den Eröffnungs- und Abschlussplena kamen unter anderem Prof. Meyer mit einem Beitrag über 'Die Methodologie der positiven Ökonomie und ihre Folgen' sowie Prof. Kloten über das Thema 'Wissenschaftliche Erkenntnis – Politische Entscheidung' zu Wort. Die Vorträge in den Arbeitskreisen kamen unter anderem von Prof. Neuefeind über 'Zunehmende Skalenerträge und Dezentralisation', von Dr. Pommerehne über das Thema 'Politisch-ökonomisches Modell der direkten und repräsentativen Demokratie' sowie von Prof. Strümpel über 'Sozialindikatoren und ihr Beitrag zur Wirtschaftstheorie'.<sup>204</sup>

### *Arbeitstagung 1978*

Die Arbeitstagung zum Thema 'Staat und Wirtschaft' fand im Jahre 1978 in Hamburg statt und wurde durch die wissenschaftliche Vorbereitungscommission, bestehend aus Prof. Eichhorn, Prof. Gäfgen, Prof. Seidl, Dr. Vogelsang, Dr. Langer, Frau Brauers sowie Prof. Von Weizsäcker, organisiert.<sup>205</sup> Die neun Arbeitskreise, die an dieser Veranstaltung parallel tagten, hatten die folgenden Schwerpunktsetzungen:

- Arbeitskreis 1: Ökonomische Theorie der Politik, der Verbände und Interessenorganisationen
- Arbeitskreis 2: Umverteilung durch den Staat
- Arbeitskreis 3: Private Darbietung öffentlicher Aufgaben und privatwirtschaftliche Modelle für den öffentlichen Sektor
- Arbeitskreis 4: Die Rolle des westlichen Staates in den wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen
- Arbeitskreis 5: Arbeitsmarkt und Staat
- Arbeitskreis 6: Prozesspolitik bei endogenem Staat
- Arbeitskreis 7: Der Staatsanteil am Sozialprodukt

<sup>204</sup> Vgl.: Helmstädter (1978b), S. VII-XII.

<sup>205</sup> Vgl.: Weizsäcker von (1979a), S. V.

- Arbeitskreis 8: Staatliche Regulierungseingriffe in die private Dispositions- und Vertragsfreiheit
- Arbeitskreis 9: Strukturpolitik im internationalen Vergleich.

Die Plenumsvorträge wurden unter anderem von Prof. Engels über 'Die Rolle des Staates in der Wirtschaftsordnung' sowie Prof. Sievert über das Thema 'Die Steuerbarkeit der Konjunktur durch den Staat' gehalten. Die Beiträge in den Arbeitsgruppen kamen unter anderem von Prof. Pauly über die 'Planung und Analyse steuerlicher Umverteilungspolitik', von Dr. Seifert über 'Problemgruppen des Beschäftigungssystems und öffentliche Arbeitsmarktpolitik' sowie von Dr. Berié über die Fragestellung 'Stößt die staatliche Umverteilung an die Grenzen der Belastbarkeit mit Steuern und Beiträgen?'.<sup>206</sup>

### *Arbeitstagung 1979*

Die Arbeitstagung im Jahre 1979, die in Mannheim veranstaltet wurde, bearbeitete das Thema 'Erschöpfbare Ressourcen'. Die wissenschaftliche Vorbereitung oblag wiederum einer Kommission, die sich aus den Herren Prof. Albach, Prof. Bonus, Prof. Hesse, Prof. Ramser, Prof. Schneider sowie Prof. Vosgerau zusammensetzte. Die Veranstaltung blickte hauptsächlich auf die drei nachstehenden Hauptfragen, die eine Antwort erfahren sollten:

- Werden natürlich Ressourcen wie Erdöl, Energie oder Fische knapper?
- Wie sollten die unterschiedlichen Generationen diese natürlichen Rohstoffe nutzen?
- Welche Auswirkungen ergeben sich aus der Theorie der natürlichen Ressourcen für das wirtschaftspolitische Agieren?<sup>207</sup>

Um diese drei Hauptfragestellungen zu behandeln, wurden dreizehn Arbeitskreise gebildet:

- Arbeitskreis 1: Allokationstheorie natürlicher Ressourcen
- Arbeitskreis 2: Verhalten von Ressourcenanbietern und -nachfragern
- Arbeitskreis 3: Nutzung der Ressourcenbasis
- Arbeitskreis 4: Technischer Fortschritt
- Arbeitskreis 5: Optimale Ressourcenextraktion
- Arbeitskreis 6: Wirtschaftswachstum und Energie

<sup>206</sup> Vgl.: Weizsäcker von (1979b), S. VII-XII.

<sup>207</sup> Vgl.: Siebert (1980a), S. V-VI.

- Arbeitskreis 7: Allokation durch Märkte
- Arbeitskreis 8: Spezifische Ressourcenmärkte
- Arbeitskreis 9: Besteuerung und staatliche Eingriffe in die Preisbildung
- Arbeitskreis 10: Besteuerung und Windfall Profits
- Arbeitskreis 11: Internationaler Handel und natürliche Ressourcen
- Arbeitskreis 12: Natürliche Ressourcen und rohstoffabhängige Industrienationen
- Arbeitskreis 13: Internationale institutionelle Regelungen der Ressourcennutzung.

Die in den Arbeitsgruppen vorgetragenen Referate kamen unter anderem von Prof. Streißler über 'Die Knappheitsthese – begründete Vermutungen oder vermutete Fakten?', von Prof. Von Böventer über die 'Optimale Nutzung von Ressourcen: unterschiedliche Entscheidungsprozesse, externe Effekte und Renten', von Dr. Burchard über die 'Funktionsweise der internationalen Ölmärkte' sowie von Dr. Engelmann über 'Die Rohstoffabhängigkeit der Bundesrepublik'.<sup>208</sup>

### *Tagung 1980*

Die Tagung des Vereins für Socialpolitik im Jahre 1980 über das Thema 'Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft' wurde in Nürnberg veranstaltet. Mit der Vorbereitung dieser Tagung war eine Kommission betraut, die aus den Herren Prof. Ehrlicher, Prof. Fels, Prof. Issing, Prof. Krupp, Prof. Rothschild, Prof. Schneider sowie Prof. Wittmann zusammengesetzt war.<sup>209</sup> Die Behandlung der Themenstellung dieser Tagung verfolgte zwei Zielsetzungen. Zum einen sollte die Erkenntnis über die Notwendigkeit verstärkt werden, ordnungspolitische Probleme vermehrt in Forschung und Lehre zu integrieren und zum anderen sollte darauf hingewiesen werden, welche Aufgaben die Gesellschaft zu bewerkstelligen hat, um das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft an veränderte Gegebenheiten anzupassen und somit die Probleme bewältigen zu können, die in den 1980-er Jahren auf die Gesellschaft zukamen.<sup>210</sup>

Neben der Eröffnungs- und Schlussveranstaltung dieser Tagung wurden die speziellen Fragestellungen in Arbeitsgruppen erarbeitet und diskutiert. Für die Tagung von 1980 wurden die folgenden neun Arbeitskreise gebildet:

---

<sup>208</sup> Vgl.: Siebert (1980b), S. VII-XI.

<sup>209</sup> Vgl.: Issing (1981a), S. V.

<sup>210</sup> Vgl.: Hesse (1981), S. 3-4.

- Arbeitskreis 1: Die soziale Komponente in der Sozialen Marktwirtschaft
- Arbeitskreis 2: Die Sicherung des Wettbewerbs in der Sozialen Marktwirtschaft
- Arbeitskreis 3: Mitbestimmung und Soziale Marktwirtschaft
- Arbeitskreis 4: Staat und Verbände in der Sozialen Marktwirtschaft
- Arbeitskreis 5: Spezielle Märkte in der Sozialen Marktwirtschaft
- Arbeitskreis 6: Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft
- Arbeitskreis 7: Außenwirtschaftliche Aspekte der Sozialen Marktwirtschaft
- Arbeitskreis 8: Theoretische Aspekte der Sozialen Marktwirtschaft
- Arbeitskreis 9: Der Arbeitsmarkt in der Sozialen Marktwirtschaft.

Ein Beitrag der Eröffnungsveranstaltung kam unter anderem von Dr. Schlecht über 'Die Genesis des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft'. In den Arbeitskreisen wurden unter anderem Vorträge von Dr. Dinkel über das Thema 'Alterssicherung bei stagnierender oder schrumpfender Bevölkerung als Zukunftsaufgabe der Sozialen Marktwirtschaft', von Prof. Schmidtchen über die 'Leitungspartizipation, Wettbewerb und Funktionsfähigkeit des Marktsystems', von Prof. Knappe über die Themenstellung 'Ausgabenexplosion im Gesundheitssektor: Folge einer ordnungspolitischen Fehlsteuerung' sowie von Prof. Pohmer über die 'Aspekte der Bedeutung der staatlichen Aktivitäten für die Unternehmensentscheidungen' vorgebracht.<sup>211</sup>

Nachdem dieser Abschnitt eine lückenlose Darstellung der Tagungsarbeit des Vereins für Socialpolitik in den Jahren 1971 bis 1980 gewährte, bietet der letzte Abschnitt der Vereinsarbeit einen Einblick in die Mitgliederbewegungen der Gesellschaft, die Amtsinhaber des Engeren Vorstandes sowie die in der Mitgliederversammlung beschlossenen Satzungsänderungen in den 1970-er Jahren

---

<sup>211</sup> Vgl.: Issing (1981b), S. VII-XII.

### 3. Mitgliederzahlen, Vorstandsmitglieder und Satzungsänderungen von 1971 bis 1980

Das letzte Unterkapitel zur Vereinstätigkeit von 1971 bis 1980 zeigt neben der Entwicklung der Mitgliederbestände der Gesellschaft ebenso die Mitglieder des Engeren Vorstandes sowie etwaige Satzungsänderungen, die in dem betrachteten Zeitraum beschlossen wurden.

Zu Beginn des Kapitels über die personellen Strukturen innerhalb des Vereins für Socialpolitik veranschaulicht die nachfolgende Tabelle die Mitgliederstatistik der Gesellschaft in den Jahren 1971 bis 1980. Die im Zuge der Recherche zu dieser Arbeit gesammelten Aufzeichnungen über die Mitgliedschaften der 1970-er Jahre ermöglichen zumindest einen Überblick über die Anzahl der Mitwirkenden in einem Zeitabstand von zwei Jahren. Aus der unten angeführten Darstellung ist ersichtlich, dass im Jahre 1972 der Verein über 1.000 Genossen zählte. Dieser Mitgliederstand wuchs bis zum Jahre 1980 auf 1.516 Mitglieder an. Ein Blick auf die Entwicklung der korporativen Mitglieder des Vereins lässt erkennen, dass hierbei ein merklich prompter Anstieg zu verzeichnen war verglichen zum Jahrzehnt zuvor. Ende der 1960-er Jahre gehörten dem Verein knapp 60 korporative Mitglieder an, Ende der 1970-er Jahre belief sich die Anzahl der korporativen Mitwirkenden auf nahezu 70 Einrichtungen.

<b>Mitglieder-Stand zum:</b>	<b>persönliche Mitglieder</b>	<b>korporative Mitglieder</b>	<b>Summe</b>
1. Jänner 1971			<b>961</b>
4. September 1972			<b>1038</b>
1973			
September 1974	1102	56	<b>1158</b>
1975			
1. September 1976	1268	52	<b>1320</b>
1977			
31. August 1978	1413	67	<b>1480</b>
1979			
1980	1448	68	<b>1516</b>

Darstellung 9: Mitgliederstatistik von 1971 bis 1980<sup>212</sup>

<sup>212</sup> Vgl.: RW 515 – 19, S. 21 und RW 515 – 20, S. 1 und RW 515 – 21, S. 9 und RW 515 – 22, S. 8.

### *Engerer Vorstand 1971*

Die Personen, die im Jahre 1971 die Ämter des Engeren Vorstandes inne hatten, waren:

- Prof. Schneider (Vorsitzender)
- Prof. Wittmann (stellvertretender Vorsitzender)
- Dr. Gleske (Schatzmeister)
- Dr. Dr. Rödding (Schriftführerin).<sup>213</sup>

### *Engerer Vorstand 1972*

Im Jahre 1972 gehörten die nachstehenden Persönlichkeiten dem Engeren Vorstand des Vereins an:

- Prof. Schneider (Vorsitzender)
- Prof. Wittmann (stellvertretender Vorsitzender)
- Dr. Gleske (Schatzmeister)
- Dr. Dr. Rödding (Schriftführerin).<sup>214</sup>

### *Satzungsänderungen 1972*

Die in der Mitgliederversammlung im September 1972 beschlossene Satzungsänderung bezieht sich auf die Organe der Gesellschaft sowie die Einstellung eines Geschäftsführers

§ 7 der Satzung des Vereins zählt die Mitgliederversammlung, den Engeren Vorstand, den Erweiterten Vorstand, die Ausschüsse sowie den Geschäftsführer zu den Organen der Gesellschaft.

Der neu verfasste § 10 a reglementiert, dass der Engere Vorstand zur Unterstützung seiner Tätigkeit eine Geschäftsstelle errichten und mit Zustimmung des Erweiterten Vorstandes einen Geschäftsführer einstellen kann. Diesem obliegt die Führung der laufenden Geschäfte nach Weisung des Vorsitzenden.<sup>215</sup>

---

<sup>213</sup> Verein für Socialpolitik (1991), S. 286.

<sup>214</sup> Verein für Socialpolitik (1991), S. 286.

<sup>215</sup> Vgl.: Protokoll der Mitgliederversammlung am 04.09.1972 in Bonn, S. 5 (RW 515 – 18).

### *Engerer Vorstand 1973*

Die Mitglieder des Engeren Vorstandes, die auf der Mitgliederversammlung im September 1972 gewählt wurden, waren:

- Prof. Schneider (Vorsitzender)
- Prof. Wittmann (stellvertretender Vorsitzender)
- Dr. Gleske (Schatzmeister)
- Dr. Dr. Rödding (Schriftführerin).<sup>216</sup>

### *Engerer Vorstand 1974*

Die Personen, die im Jahre 1974 die Ämter des Engeren Vorstandes innehatten, waren:

- Prof. Schneider (Vorsitzender)
- Prof. Wittmann (stellvertretender Vorsitzender)
- Dr. Gleske (Schatzmeister)
- Dr. Dr. Rödding (Schriftführerin).<sup>217</sup>

### *Satzungsänderungen 1974*

Die am 2. September 1974 beschlossene Satzungsänderung ergänzte den Verantwortungsbereich, welcher dem Erweiterten Vorstand statutengemäß zugesprochen wird. § 10, Abs. 2 reglementiert, dass die Veranstaltung von Untersuchungen und ihre Veröffentlichung sowie die Herausgabe von Zeitschriften zu den Aufgaben des Erweiterten Vorstandes hinzugefügt wurden.<sup>218</sup>

### *Engerer Vorstand 1975 bis 1978*

Dem Engeren Vorstand, der in den Jahren 1975 bis 1978 für den Verein für Socialpolitik sein Amt ausführte, gehörten die folgenden Persönlichkeiten an:

- Prof. Krelle (Vorsitzender)
- Prof. Albach (stellvertretender Vorsitzender)
- Dr. Gleske (Schatzmeister)
- Dr. Langer (Schriftführer).<sup>219</sup>

---

<sup>216</sup> Vgl.: Ergebnisse der Mitgliederversammlung am 04.09.1972 in Bonn, o. S. (RW 589 – 19/NF, Band 74/II).

<sup>217</sup> Verein für Socialpolitik (1991), S. 286.

<sup>218</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Satzung § 10, Abs. 2 [online].

<sup>219</sup> Vgl.: Einladung zur Jahrestagung 1975, S. 120 (RW 515 – 164, Teil 2/2) und Einladung zur Jahrestagung 1976, S. 16 (RW 515 – 166, Teil 1/2) und Verein für Socialpolitik (1991), S. 286.

### *Engerer Vorstand 1980*

Die für das Jahr 1980 bestellten Mitglieder des Engeren Vorstandes waren:

- Prof. Hesse (Vorsitzender)
- Prof. Lücke (stellvertretender Vorsitzender)
- Prof. Gleske (Schatzmeister)
- Dr. Schinke (Schriftführer).<sup>220</sup>

### *Satzungsänderungen 1980*

Die im September des Jahres 1980 vereinbarten Satzungsänderungen bezogen sich auf die Verwendung der Vereinsmittel sowie die Bestimmungen des Mitgliederbeitrags.

§ 1, Abs. 3 regelt, dass die Mittel des Vereins nur satzungsmäßigen Zwecken zugeführt werden dürfen und keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden darf. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins und die Vorstandsmitglieder sind ohne Aufwandsentschädigung ehrenamtlich tätig. Für die Tätigkeit als Geschäftsführer kann eine angemessene Vergütung entrichtet werden.

§ 15, Abs. 2 sieht vor, dass in besonders begründeten Fällen der Engere Vorstand die Zahlung des Mitgliedsbeitrags von Einzelpersonen aussetzen kann. Er hat hierüber jedoch dem Erweiterten Vorstand zu berichten.<sup>221</sup>

Die bisher abgefassten Hauptabschnitte beschrieben die einzelnen Phasen, welche der Verein für Socialpolitik seit seiner Gründung im Jahre 1978 durchlebte. Vor allem die letzten Kapitel, die sich der Vereinstätigkeit von der Neugründung bis in das Jahr 1980 widmeten, bildeten die Schwerpunkte der vorliegenden Arbeit.

Der nachfolgende Teil dieser Arbeit bietet abschließend eine Gegenüberstellung der vorwiegend satzungsmäßigen Bestimmungen des Vereins für Socialpolitik und des Verbands der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft.

---

<sup>220</sup> Verein für Socialpolitik (1991), S. 286.

<sup>221</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Satzung § 1, Abs. 3 und § 15, Abs. 2 [online].

## **F. Ein synoptischer Vergleich des Vereins für Socialpolitik und des Verbands der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft**

Der mit dieser Masterarbeit verfolgten Hauptzielsetzung der Aufarbeitung der geschichtlichen Entwicklung des Vereins für Socialpolitik wurde in den zuvor verfassten Abschnitten Folge geleistet. Das vorliegende letzte Kapitel widmet sich schließlich einer weiteren Zielstellung dieser Arbeit, die einen Vergleich des Vereins für Socialpolitik mit dem Verband der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft anstrebt. In den Phasen der Gründung, der Auflösung sowie der Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg lässt sich eine Parallele in der Geschichte dieser Vereinigungen erkennen. Auch die rechtliche, organisatorische sowie operative Ordnung des Vereins bzw. Verbandes zeigt Gemeinsamkeiten auf.

Nachdem der Verein für Socialpolitik eine wirtschafts- und sozialwissenschaftliche und der Verband der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft eine betriebswirtschaftliche Vereinigung darstellt, lässt sich eine Gegenüberstellung der fachwissenschaftlichen Entwicklung dieser beiden Gesellschaften nur sehr schwer vollziehen. Aus diesem Grund gewährt die nachfolgende tabellarische Darstellung eine Nebeneinanderstellung des Vereins für Socialpolitik und des Verbandes der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft, die jeweils auf aktuelle Satzungsbestimmungen wie unter anderem den Zweck der Gesellschaft, die Organe und Mitgliedschaften sowie Tagungen und Ausschüsse bzw. Kommissionen mit einbezieht.<sup>222</sup>

---

<sup>222</sup> Vgl.: Verein für Socialpolitik (2008), Satzung [online] und Verband der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft (2009), Satzung [online].

	<b>Verband der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft e.V.</b>	<b>Verein für Socialpolitik Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften</b>
<b>Sitz</b>	Der Sitz der Gesellschaft liegt in Köln.	Der Sitz des Vereins liegt in der Bundesrepublik Deutschland und ist entweder an den Tätigkeitsort des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters oder an den Ort der Geschäftsstelle gebunden.
<b>Zweck</b>	Der VHB verfolgt den Zweck, der Betriebswirtschaftslehre als Universitätsdisziplin zu dienen. Dies geschieht unter anderem durch Förderung der betriebswirtschaftlichen Forschung und Lehre, durch Unterstützung von wissenschaftlichen Kontakten zwischen den Mitgliedern des Verbandes und zu ähnlichen in- und ausländischen Institutionen. Darüber hinaus hat sich der Verband zum Ziel gesetzt, die wissenschaftlichen Kontakte zur Wirtschafts- und Verwaltungspraxis zu pflegen und sich für eine angemessene Fachvertretung an wissenschaftlichen Hochschulen einzusetzen.	Zweck des Vereins ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, die durch die wissenschaftliche Erörterung wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher sowie wirtschafts- und sozialpolitischer Probleme wie auch die Pflege internationaler Beziehungen innerhalb der Fachwissenschaft erzielt wird. Die Pflege der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz zählt zu den besonderen Anliegen des Vereins. Die Klärung von Fach- und Studienfragen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen und Forschungsvorhaben sowie die Vergabe von Preisen und Auszeichnungen gehören zu den weiteren Aufgaben der Gesellschaft.

<b>Geschäftsjahr</b>	Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.	Das Geschäftsjahr erstreckt sich vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember.
<b>Mögliche Mitglieder</b>	<p>Mitglieder des Verbandes können nur natürliche Personen werden, die sich auf dem Gebiet der Betriebswirtschaftslehre wissenschaftlich betätigen. Der Verband sieht ordentliche, kooptierte und Ehrenmitgliedschaften vor.</p> <p>Zu den ordentlichen Mitgliedern zählen habilitierte Hochschullehrer und Honorarprofessoren wie auch Nachwuchswissenschaftler, die sich nach der Promotion weiterhin wissenschaftlich betätigen, eine Juniorprofessur inne haben oder anstreben zu habilitieren. Zu den kooptierten Mitgliedern zählen Personen, die ohne an einer Hochschule tätig zu sein, in ihrer Funktion und Position bedeutende eigene Beiträge zu Lehre und Forschung im Fach Betriebswirtschaftslehre erbringen. Die Ehrenmitgliedschaft erlangen ordentliche Mitglieder, die sich in der betriebswirtschaftlichen Forschung besonders hervorgehoben und verdient gemacht haben.</p>	Zu den Mitgliedern des Vereins zählen Einzelpersonen (persönliche Mitglieder) und Körperschaften (korporative Mitglieder), die zur Mitarbeit an den wissenschaftlichen Aufgaben der Gesellschaft bereit sind. In den Ausschüssen besteht die Möglichkeit, im Einvernehmen mit dem Engeren Vorstand auch Persönlichkeiten zur Mitarbeit zu kooptieren, die nicht Mitglieder des Vereins sind. Darüber hinaus beschließt der Erweiterte Vorstand über die Ernennung von Ehrenmitgliedern.
<b>Mitgliedschaft</b>	Die Anträge auf ordentliche Mitgliedschaft werden durch den Gesamtvorstand geprüft und anschließend beschlossen. Die Aufnahme von kooptierten und Ehrenmitgliedern erfolgt nach Antragstellung durch mindestens zehn ordentliche Mitglieder und	Entscheidungen über Anträge auf Erwerb der Mitgliedschaft werden durch den Engeren Vorstand beschlossen, der diese Befugnis auch dem Vorsitzenden übertragen kann. Die Beendigung der Mitgliedschaft erfolgt entweder durch Tod, Kündi-

	nach Stellungnahme des Vorstandsbeirates wiederum durch den Gesamtvorstand. Die Mitgliedschaft erlischt im Falle einer persönlichen Austrittserklärung, fehlender Mitgliedschaftsvoraussetzungen, Ausschlüssen durch die Hauptversammlung oder die Mitgliedschaftskommission.	gung oder Ausschluss des Mitglieds.
<b>Verbandsbeitrag</b>	Der jährliche Verbandsbeitrag wird alljährlich durch die Hauptversammlung festgelegt.	Der von der Mitgliederversammlung festgelegte Beitrag ist jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres zu entrichten. Dem Engeren Vorstand obliegt das Recht, für korporative Mitglieder höhere Beiträge festzusetzen.
<b>Organe des Verbandes</b>	Zu den Organen des Verbandes zählen: <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ die Hauptversammlung</li> <li>▪ der Gesamtvorstand</li> <li>▪ der Vorstand</li> <li>▪ der Vorstandsbeirat</li> <li>▪ die Mitgliedschaftskommission</li> <li>▪ der Schatzmeister</li> </ul>	Zu den Organen der Gesellschaft zählen: <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ die Mitgliederversammlung</li> <li>▪ der Engere Vorstand</li> <li>▪ der Erweiterte Vorstand</li> <li>▪ die Ausschüsse</li> <li>▪ der Geschäftsführer</li> </ul>
<b>Haupt-/Mitgliederversammlung</b>	Die Hauptversammlung setzt sich aus allen Mitgliedern des Verbandes zusammen und wird in der Regel jährlich durch den Vorstand einberufen. Jedes Mitglied besitzt eine Stimme in der Versammlung. Die Entlastung des Gesamtvorstandes, die Ernennung von Ehrenmitgliedern, Satzungsänder-	Die Mitgliederversammlung setzt sich aus sämtlichen Mitgliedern des Vereins zusammen und wird in der Regel alle zwei Jahre durch den Vorsitzenden einberufen. Jedes Mitglied (einschließlich der korporativen) ist mit einer Stimme in der Versammlung vertreten. Die Festsetzung des Mitglied-

	<p>ungen sowie die Beschlussfassung über die Auflösung der Gesellschaft zählen unter anderem zu den Verantwortungsbereichen der Hauptversammlung.</p>	<p>beitrags, die Genehmigung des Geschäftsberichts, die Entlastung des Vorstandes sowie die Auflösung der Gesellschaft zählen zu den Verantwortungsbereichen der Mitgliederversammlung.</p>
<p><b>Vorstand</b></p>	<p>Der Gesamtvorstand setzt sich aus dem Vorstandsvorsitzenden, dessen Stellvertreter, dem Schatzmeister sowie vier weiteren Vorstandsmitgliedern zusammen. Die Leitung des Verbandes liegt im Verantwortungsbereich des Gesamtvorstandes. Zu seinen weiteren Aufgaben zählen beispielsweise die Beratung des Vorstandes, die Förderung des Ansehens des VHB und seiner Mitglieder im In- und Ausland sowie die Unterstützung von wissenschaftspolitischen Aktivitäten im Interesse der BWL als Universitätsdisziplin.</p> <p>Der Vorstand des Verbandes, dem die Geschäftsführung obliegt, besteht aus dem Vorstandsvorsitzenden und dessen Stellvertreter.</p> <p>Zu seiner Beratung bestellt der Gesamtvorstand einen Vorstandsbeirat, der aus bis zu 30 ordentlichen Mitgliedern bestehen kann.</p>	<p>Der Engere Vorstand des Vereins setzt sich aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, dem designierten Vorsitzenden, dem Schriftführer und dem Schatzmeister zusammen. Die Leitung der Gesellschaft nach den Beschlüssen der Mitgliederversammlung obliegt dem Engeren Vorstand. Zur Unterstützung seiner Arbeit kann der Engere Vorstand einen Geschäftsführer ernennen, der die Führung der laufenden Geschäfte nach Weisung des Vorsitzenden übernimmt.</p> <p>Der Erweiterte Vorstand wird vom Vorsitzenden der Gesellschaft geleitet und besteht aus</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ dem Engeren Vorstand und den unmittelbaren Amtsvorgängern des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden,</li> <li>▪ den Ausschussvorsitzenden,</li> <li>▪ zehn Mitgliedern, die von der Mitgliederversammlung entsandt werden,</li> <li>▪ den mit der wissenschaftlichen Tagungsvorbereitung beauftragten Mitgliedern,</li> <li>▪ bis zu sechs Vereinsmitgliedern, die vom Er-</li> </ul>

		<p>weiteren Vorstand kooptiert werden können und</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ den Herausgebern der Vereinszeitschriften.</li> </ul> <p>Zu den Aufgabenbereichen des Erweiterten Vorstandes zählt unter anderem die Beschlussfassung über Ort und Zeit der Mitgliederversammlung, die wissenschaftliche Vorbereitung der Tagungen, die Durchführung von Untersuchungen und deren Veröffentlichungen und die Geschäftsordnung.</p>
<b>Ausschüsse/ Kommissionen</b>	Die wissenschaftliche Verbandsarbeit ereignet sich vor allem in den wissenschaftlichen Kommissionen, die nach fachlichen Gesichtspunkten differenziert sind. Derzeit bestehen 16 dieser wissenschaftlichen Kommissionen. Darüber hinaus setzt der VHB für aktuelle Aufgabenstellungen Arbeitsgruppen ein.	Der Erweiterte Vorstand kann für die Durchführung spezieller Arbeiten oder der dauernden Pflege besonderer wirtschaftlicher Gebiete Ausschüsse bilden, die ihren Vorsitzenden selbst bestimmen. Ein ständiger Ausschuss, der sich aus volks- und betriebswirtschaftlichen Hochschullehrern zusammensetzt, befasst sich mit Fach- und Studienfragen. Derzeit sind im Verein 23 Ausschüsse tätig.
<b>Wissenschaftliche Tagungen</b>	Der Verband veranstaltet wissenschaftliche Tagungen, die alljährlich in der Woche nach Pfingsten stattfinden. Der wissenschaftliche Teil der Tagung findet jeweils unter einem Generalthema statt. Im offenen Teil findet der wissenschaftliche Austausch zu allen Themen der Betriebswirtschaft statt.	Die vom Verein für Socialpolitik organisierte Jahrestagung besteht aus einer Kerntagung und einer offenen Tagung. Eingeladene Referenten halten auf der Kerntagung zu einer vorgegebenen Themenstellung Vorträge. Im Gegensatz dazu, wird auf der offenen Tagung eine Vielzahl ausgewählter Arbeiten aus allen wirtschaftswissenschaftlichen

		Bereichen präsentiert.
<b>Veröffentlichung der Gesellschaften</b>	Neben der Publikation der Tagungsbeiträge, veröffentlicht der Verband die englischsprachige BuR-Business Research sowie das VHB-Jourqual, das ein Ranking von betriebswirtschaftlich relevanten Zeitschriften auf Grundlage von Einschätzungen der VHB-Mitglieder ist.	Neben der Herausgabe der Schriften des Vereins für Socialpolitik publiziert die Gesellschaft zwei Zeitschriften, die vierteljährlich erscheinen. Dies ist einerseits die englischsprachige ‚German Economic Review‘ und andererseits die deutschsprachige ‚Perspektiven der Wirtschaftspolitik‘.

# Quellenverzeichnis

## BÜCHER

**Albach, H./Sadowski, D.:** Vorwort, in: Albach, H./Sadowski, D. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 88, Verhandlungen auf der Arbeitstagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – in Aachen vom 25. bis 27. September 1975, Berlin, 1976a, S. V – S. VI.

**Albach, H./Sadowski, D.:** Inhaltsverzeichnis, in: Albach, H./Sadowski, D. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 88, Verhandlungen auf der Arbeitstagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – in Aachen vom 25. bis 27. September 1975, Berlin, 1976b, S. VII – S. XII.

**Albrecht, G.:** Der Verein für Socialpolitik – Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, in: Jahn, G. (Hrsg.): Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 69. Jahrgang, 1. Halbband, Berlin/München, 1949, S. 117 – S. 124.

**Albrecht, G.:** Verein für Socialpolitik, in: Von Beckerath, E./Bente, H./Brinkmann, C./Gutenberg, E./Haberler, G./Jecht, H./Jöhr, W.A./ Lütge, F./Predöhl, A./Schaeder, R./Schmidt-Rimpler, W./Weber, W./Von Wiese, L. (Hrsg.): Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Zugleich Neuauflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften. Verbundwirtschaft – Wert, Band 11, Göttingen, 1961, S. 10 – S. 16.

**Arndt, H.:** Verein für Socialpolitik: Sonderveranstaltung in Berlin am 18. und 19. April 1952, in: Jahn, G. (Hrsg.): Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 72. Jahrgang, 2. Halbband, Berlin, 1952, S. 483 – S. 490.

**Arndt, H.:** Verein für Socialpolitik: Salzburger Tagung vom 1. bis 4. Oktober 1952, in: Jahn, G. (Hrsg.): Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 73. Jahrgang, 1. Halbband, Berlin, 1953, S. 83 – S. 96.

**Arndt, H.:** Inhaltsverzeichnis, in: Arndt, H. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 51, Verhandlungen auf der Tagung in Berlin. 1. bis 4. Oktober 1968, Berlin, 1969, S. 3 – S. 5.

**Arndt, H.:** Einleitung, in: Arndt, H./Swatek, D. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 58, Verhandlungen auf der Tagung in Innsbruck. 29. September bis 2. Oktober 1970, Berlin, 1971, S. 3 – S. 9.

**Arndt, H./Swatek, D.:** Inhaltsverzeichnis, in: Arndt, H./Swatek, D. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 58, Verhandlungen auf der Tagung in Innsbruck. 29. September bis 2. Oktober 1970, Berlin, 1971, S. VII – S. IX.

**Atkinson, A.B./Breyer, F./Pohl, R./Schefold, B./Sinn, H.W./Snower, D.J./Streissler, E.W./Wagner, G.:** Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland im Spiegel der Jahrestagungen des Vereins für Socialpolitik 1948 – 1989, in: Hauser, R. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; Neue Folge, Band 271, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Rostock vom 22. bis 25. September 1998, Berlin, 2000, S. 201-228.

**Boese, F.:** Geschichte des Vereins für Socialpolitik 1872 – 1932, Berlin, 1939.

**Buchholz, E. H.:** Interessen, Gruppen, Interessengruppen. Elemente einer wirtschaftssoziologischen Organisationslehre – unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Verbandforschung, Tübingen, 1970.

**Conrad, E.:** Der Verein für Socialpolitik und seine Wirksamkeit auf dem Gebiet der gewerblichen Arbeiterfrage, Halle an der Saale, 1906.

**Dubois, M./Haas, H.D./Schneider, H.K./Wittmann, W./Würgler, H.:** Vorwort, in: Schneider, H.K./Würgler, H. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesell-

schaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 85/II, Verhandlungen auf der Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – in Zürich vom 2. bis 5. September 1974, Berlin, 1975, S. V – S. VI.

**Giersch, H.:** Zur Einführung, in: Giersch, H./Borchardt, K. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 25, Arbeitstagungen zur Erörterung der Aufgaben und Methoden der Wirtschaftswissenschaft in unserer Zeit. Verhandlungen auf der ersten Tagung in Garmisch-Partenkirchen. 25. bis 28. September 1961, Berlin, 1962, S. IX – S. XIII.

**Giersch, H.:** Vorwort, in: Giersch, H./Haas, H.D. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 78, Verhandlungen auf der Arbeitstagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – und des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel vom 12. bis 15. Juli 1973, Berlin, 1974, S. V – S. XI.

**Giersch, H./Borchardt, K.:** Inhaltsverzeichnis, in: Giersch, H./Borchardt, K. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 25, Arbeitstagungen zur Erörterung der Aufgaben und Methoden der Wirtschaftswissenschaft in unserer Zeit. Verhandlungen auf der ersten Tagung in Garmisch-Partenkirchen. 25. bis 28. September 1961, Berlin, 1962, S. XIV – S. XV.

**Giersch, H./Haas, H.D.:** Inhaltsverzeichnis, in: Giersch, H./Haas, H.D. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 78, Verhandlungen auf der Arbeitstagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – und des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel vom 12. bis 15. Juli 1973, Berlin, 1974, S. XIII – S. XVI.

**Giersch, H./Von Beckerath, E.:** Zur Einführung, in: Giersch, H./Lampert, H. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 29, Arbeitstagungen zur Erörterung der Aufgaben

und Methoden der Wirtschaftswissenschaft in unserer Zeit. Verhandlungen auf der zweiten Tagung in Bad Homburg. 2. bis 5. April 1962, Berlin, 1963, S. VII – S. XI.

**Grunau, J.:** Die Tagung des Vereins für Socialpolitik – Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Bad Pymont (13. bis 15. Oktober 1950), in: Jahn, G. (Hrsg.): Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 70. Jahrgang, 2. Halbband, Berlin, 1950, S. 725 – S. 736.

**Helmstädter, E.:** Vorwort, in: Helmstädter, E. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 98, Verhandlungen auf der Arbeitstagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – in Münster vom 19. bis 21. September 1977, Berlin, 1978a, S. V – S. VI.

**Helmstädter, E.:** Inhaltsverzeichnis, in: Helmstädter, E. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 98, Verhandlungen auf der Arbeitstagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – in Münster vom 19. bis 21. September 1977, Berlin, 1978b, S. VII – S. XII.

**Hesse, H.:** Begrüßungsansprache, in: Issing, O. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 116, Verhandlungen auf der Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – in Nürnberg vom 15. bis 17. September 1980, Berlin, 1981, S. 3 – S. 7.

**Hofmann, W.:** Bericht über die Luzerner Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (17. bis 20. September 1962), in: Kruse, A. (Hrsg.): Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 82. Jahrgang, 2. Halbband, Berlin, 1962, S. 581 – S. 585.

**Hoffmann, W.:** Eröffnung und Begrüßung, in: Hoffmann, W. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften,

Neue Folge, Band 13, Verhandlungen auf der Tagung in Köln. 26. bis 28. September 1956, Berlin, 1957, S. 9 – S. 25.

**Hoffmann, W.:** Eröffnung und Begrüßung, in: Hoffmann, W. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 14, Tagung aus Anlass der 175. Wiederkehr des Geburtstages von Johann Heinrich von Thünen. Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik – Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – in Göttingen 1958, Berlin, 1959a, S. 11 – S. 14.

**Hoffmann, W.:** Inhaltsverzeichnis, in: Hoffmann, W. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 14, Tagung aus Anlass der 175. Wiederkehr des Geburtstages von Johann Heinrich von Thünen. Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik – Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – in Göttingen 1958, Berlin, 1959b, S. 7.

**Hoffmann, W.:** Eröffnung und Begrüßung, in: Hoffmann, W. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 15, Verhandlungen auf der Tagung in Baden-Baden. 7. bis 10. Oktober 1958, Berlin, 1959c, S. 9 – S. 18.

**Issing, O.:** Vorwort, in: Issing, O. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 116, Verhandlungen auf der Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – in Nürnberg vom 15. bis 17. September 1980, Berlin, 1981a, S. V.

**Issing, O.:** Inhaltsverzeichnis, in: Issing, O. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 116, Verhandlungen auf der Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – in Nürnberg vom 15. bis 17. September 1980, Berlin, 1981b, S. VII – S. XII.

**Jahn, G.:** Die Nauheimer Tagung des Vereins für Socialpolitik im September 1954, in: Jahn, G. (Hrsg.): Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 75. Jahrgang, 1. Halbband, Berlin, 1955, S. 221 – S. 225.

**Jahn, G.:** Die Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – auf ihrer Tagung in Baden-Baden. Oktober 1958, in: Jahn, G. (Hrsg.): Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 79. Jahrgang, 1. Halbband, Berlin, 1959, S. 215 – S. 223.

**Krelle, W.:** Begrüßungsansprache, in: Albach, H./Sadowski, D. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 88, Verhandlungen auf der Arbeitstagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – in Aachen vom 25. bis 27. September 1975, Berlin, 1976, S. 1 – S. 4.

**Krelle, W.:** Begrüßungsansprache, in: Külp, B./Haas, H. D. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 92/I, Verhandlungen auf der Arbeitstagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – in Augsburg vom 13. bis 15. September 1976, Berlin, 1977, S. 3 – S. 7.

**Külp, B./Haas, H. D.:** Vorwort, in: Külp, B./Haas, H. D. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 92/I, Verhandlungen auf der Arbeitstagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – in Augsburg vom 13. bis 15. September 1976, Berlin, 1977a, S. V – S. VII.

**Külp, B./Haas, H. D.:** Inhaltsverzeichnis, in: Külp, B./Haas, H. D. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 92/I, Verhandlungen auf der Arbeitstagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – in Augsburg vom 13. bis 15. September 1976, Berlin, 1977b, S. IX – S. XIII.

**Lorenz, D.:** Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart. Bericht über die Trave-münder Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (21. bis 24. September 1964), in: Kruse, A. (Hrsg.): Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 84. Jahrgang, 2. Halbband, Berlin, 1964, S. 705 – S. 713.

**Neumark, F.:** Eröffnung und Begrüßung, in: Neumark, F. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 22, Verhandlungen auf der Tagung in Bad Kissingen. 18. bis 21. September 1960, Berlin, 1961a, S. 9 – S. 16.

**Neumark, F.:** Inhaltsverzeichnis, in: Neumark, F. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 22, Verhandlungen auf der Tagung in Bad Kissingen. 18. bis 21. September 1960, Berlin, 1961b, S. V – S. VI.

**Neumark, F.:** Vorwort, in: Giersch, H./Borchardt, K. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 25, Arbeitstagungen zur Erörterung der Aufgaben und Methoden der Wirtschaftswissenschaft in unserer Zeit. Verhandlungen auf der ersten Tagung in Garmisch-Partenkirchen. 25. bis 28. September 1961, Berlin, 1962, S. V – S. VII.

**Randenborgh van, L.:** Rechtsformwahl, in: Schauhoff, S. (Hrsg.): Handbuch der Gemeinnützigkeit, München, 2000, S. 25 – S. 91.

**Raschke, P.:** Vereine und Verbände. Zur Organisation von Interessen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ellwein, T./Zoll, R. (Hrsg.): Politisches Verhalten. Untersuchungen und Materialien zu den Bedingungen und Formen politischer Teilnahme, Band 5, München, 1978.

**Sauermann, H.:** Zur Einführung, in: Sauermann, H./Schneider, E. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 33, Arbeitstagungen zur Erörterung der Aufgaben und Methoden

der Wirtschaftswissenschaft in unserer Zeit. Verhandlungen auf der dritten Tagung in Würzburg. 14. bis 15. Oktober 1963, Berlin, 1964, S. V – S. VIII.

**Sauermann, H./Schneider, E.:** Inhaltsverzeichnis, in: Sauermann, H./Schneider, E. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 33, Arbeitstagungen zur Erörterung der Aufgaben und Methoden der Wirtschaftswissenschaft in unserer Zeit. Verhandlungen auf der dritten Tagung in Würzburg. 14. bis 15. Oktober 1963, Berlin, 1964, S. IX – S. XII.

**Sauter, E./Schweyer, G.:** Der eingetragene Verein. Eine gemeinverständliche Erläuterung des Vereinsrechts unter besonderer Berücksichtigung der neuesten Rechtsprechung, München, 1977.

**Schefold, B.:** Umweltökonomie. Die Entstehung einer Fachdisziplin vor dem Hintergrund von Weltuntergangsängsten, Kapitalismuskritik und Methodenkontroversen zur neoklassischen Theorie, in: Acham, K./Nörr, K. W./Schefold, B. (Hrsg.): Der Gestaltungsanspruch der Wissenschaft. Aufbruch und Ernüchterung in den Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften auf dem Weg von den 1960-er zu den 1980-er Jahren, Stuttgart, 2006, S. 511 – S. 538.

**Schneider, E.:** Eröffnung und Begrüßung, in: Schneider, E. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 45, Verhandlungen auf der Tagung in Hannover. 26. bis 29. September 1966, Berlin, 1967a, S. 1 – S. 6.

**Schneider, E.:** Inhaltsverzeichnis, in: Schneider, E. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 45, Verhandlungen auf der Tagung in Hannover. 26. bis 29. September 1966, Berlin, 1967b, S. V – S. VI.

**Schneider, H. K.:** Vorwort, in: Schneider, H. K. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 49, Verhandlungen auf der Arbeitstagung in Baden-Baden. 11. bis 13. April 1967, Berlin, 1968a, Vorwort.

**Schneider, H. K.:** Zur Einführung in die Arbeitstagung, in: Schneider, H. K. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 49, Verhandlungen auf der Arbeitstagung in Baden-Baden. 11. bis 13. April 1967, Berlin, 1968b, S. 6 – S. 10.

**Schneider, H.K.:** Inhaltsverzeichnis, in: Schneider, H. K. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 49, Verhandlungen auf der Arbeitstagung in Baden-Baden. 11. bis 13. April 1967, Berlin, 1968c, S. VII – S. VIII.

**Schneider, H. K.:** Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, in: Schneider, H. K./Watrin, C. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 74/I, Verhandlungen auf der Jubiläumstagung in Bonn. 4. bis 7. September 1972, Berlin, 1973, S. 3 – S. 7.

**Schneider, H. K.:** Vorwort des Vorstandes, in: Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik (Hrsg.): Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Jahrgang 1974, Heft 1/4, Berlin, 1975, S. 1 – S. 2.

**Schneider, H.K./Watrin, C.:** Inhaltsverzeichnis, in: Schneider, H. K./Watrin, C. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 74/I, Verhandlungen auf der Jubiläumstagung in Bonn. 4. bis 7. September 1972, Berlin, 1973, S. VII – S. XI.

**Schneider, H. K./Würgler, H.:** Inhaltsverzeichnis, in: Schneider, H. K./Würgler, H. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 85/II, Verhandlungen auf der Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – in Zürich vom 2. bis 5. September 1974, Berlin, 1975, S. VII – S. XIII.

**Scott, R. W.:** Grundlagen der Organisationstheorie, Frankfurt, 1986.

**Siebert, H.:** Vorwort, in: Siebert, H. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 108, Ver-

handlungen auf der Arbeitstagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – in Mannheim vom 24. bis 26. September 1979, Berlin, 1980a, S. V – S. VI.

**Siebert, H.:** Inhaltsverzeichnis, in: Siebert, H. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 108, Verhandlungen auf der Arbeitstagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – in Mannheim vom 24. bis 26. September 1979, Berlin, 1980b, S. VII – S. XI.

**Stöber, K.:** Handbuch zum Vereinsrecht, 8. neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Köln, 2000.

**Verein für Socialpolitik:** Verzeichnis der Mitglieder der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Verein für Socialpolitik gegründet 1872. Stand: 31. Dezember 1990, 2. Auflage, Berlin, 1991.

**Weizsäcker von, C. C.:** Vorwort, in: Von Weizsäcker, C. C. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 102, Verhandlungen auf der Arbeitstagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – in Hamburg vom 25. bis 27. September 1978, Berlin, 1979a, S. V.

**Weizsäcker von, C. C.:** Inhaltsverzeichnis, in: Von Weizsäcker, C. C. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 102, Verhandlungen auf der Arbeitstagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – in Hamburg vom 25. bis 27. September 1978, Berlin, 1979b, S. VII – S. XII.

**Wittkämper, G. H.:** Grundgesetz und Interessensverbände. Die verfassungsrechtliche Stellung der Interessenverbände nach dem Grundgesetz, Köln/Opladen, 1973.

**Wittmann, W.:** Begrüßungsansprache des stellvertretenden Vorsitzenden, in: Schneider, H.K./Würgler, H. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesell-

schaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Band 85/II, Verhandlungen auf der Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – in Zürich vom 2. bis 5. September 1974, Berlin, 1975, S. 3 – S. 5.

**Zimmer, A.:** Vereine – Zivilgesellschaft konkret, in: Von Alemann, U./Benz, A./Lütz, S./Simonis, G. (Hrsg.): Grundwissen Politik, Band 16, 2. Auflage, Wiesbaden, 2007.

**Zwiedineck-Südenhorst von, O.:** Aussprache, in: Albrecht, G./Arndt, H. (Hrsg.): Verhandlungen auf der Tagung der Volks- und Betriebswirte in Marburg/Lahn vom 15. bis 16. September 1948, Berlin, 1949, S. 110 – S. 118.

## **GESETZESTEXTE**

**BGB (2009):** Deutsches Bürgerliches Gesetzbuch, Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch das Gesetz vom 28. September 2009 (BGBl. I S. 3161) geändert worden ist, <http://www.gesetze-im-internet.de/bgb/BJNR001950896.html>, Zugriff am 05.05.2010.

**VereinsG (1964):** Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz), Vereinsgesetz vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3198) geändert worden ist, <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/vereinsg/gesamt.pdf>, Zugriff am 05.05.2010.

## ONLINEQUELLEN

**Ausschuss für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften:** Startseite, <https://gdw.uni-hohenheim.de/>, 2010, Zugriff am 17.06.2010.

**Buchheim, C.:** Über den Wirtschaftshistorischen Ausschuss, <https://wisoge.uni-hohenheim.de/VfS/>, o. J., Zugriff am 25.06.2010.

**Institut für Genossenschaftswesen:** Verein für Socialpolitik: Wirtschaftspolitischer Ausschuss, <http://www.wiwi.uni-muenster.de/06//vfs/>, o. J., Zugriff am 25.06.2010.

**Ladendorf, O.:** Historisches Schlagwörterbuch 1906, Kathedersozialisten, <http://www.textlog.de/schlagworte-kathedersozialisten.html>, 2008, Zugriff am 12.05.2010,.

**Lampert, H./Schmähl, W.:** Daten zur Geschichte des „Ausschuss für Sozialpolitik“ im „Verein für Socialpolitik“, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ für die Jahre seit der Neugründung 1968, [http://www.wiwiss.fu-berlin.de/institute/wirtschaftspolitik-geschichte/steiner/VfS/Geschichte\\_Ausschuss\\_Sozialpolitik.pdf](http://www.wiwiss.fu-berlin.de/institute/wirtschaftspolitik-geschichte/steiner/VfS/Geschichte_Ausschuss_Sozialpolitik.pdf), 2001, Zugriff am 24.06.2010.

**Lauer, T.:** Verein für Socialpolitik. Sozialwissenschaftlicher Ausschuss, <http://www.uni-erfurt.de/mikrooekonomie/sozialwissenschaftlicher-ausschuss/>, 2010, Zugriff am 25.06.2010.

**Lehrstuhl für Finanzwirtschaft:** Ausschuss für Unternehmenstheorie und -politik im Verein für Socialpolitik, <http://www.finance.uni-mainz.de/unternehmenstheorie.php>, 2009, Zugriff am 25.06.2010.

**Uni-Protokolle.de:** Gleichschaltung, <http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Gleichschaltung.html>, o. J., Zugriff am 12.05.2010.

**Universität Tübingen:** Übersicht über die Arbeit der letzten 25 Jahre des Bildungsökonomischen Ausschusses, <http://www.wiwi.uni-tuebingen.de/cms/fileadmin/Up>

loads/Lehrstuehle/Personal/BOEA/BOeA\_Veroeffentlichungen.pdf, 2009, Zugriff am 17.06.2010.

**Verband der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft:** Satzung, <http://vhbonline.org/verein/satzung/>, 2009, Zugriff am 28.06.2010.

**Verein für Socialpolitik:** Ausschuss für Außenwirtschaftstheorie und –politik, <http://whu.edu/socialpolitik/homepage/index.htm>, 2009, Zugriff am 17.06.2010.

**Verein für Socialpolitik:** Ausschuss für Entwicklungsländer, [http://www2.wvl.wiso.uni-goettingen.de/ael/index\\_de.html](http://www2.wvl.wiso.uni-goettingen.de/ael/index_de.html), 2009, Zugriff am 22.06.2010.

**Verein für Socialpolitik:** Ausschuss für Regionaltheorie und –politik, [http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/VfSA\\_Home](http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/VfSA_Home), 2009, Zugriff am 22.06.2010.

**Verein für Socialpolitik:** Ausschüsse, <http://www.socialpolitik.de/vfs.php?mode=ausschusse&lang=1>, 2008, Zugriff am 17.05.2010.

**Verein für Socialpolitik:** Der Verein, <http://www.socialpolitik.de/vfs.php?mode=informationen&lang=1>, 2008, Zugriff am 14.05.2010.

**Verein für Socialpolitik:** Gossen-Preis, <http://www.socialpolitik.de/vfs.php?mode=gossen&lang=1>, 2008, Zugriff am 17.05.2010.

**Verein für Socialpolitik:** Gustav-Stolper-Preis, <http://www.socialpolitik.de/vfs.php?mode=stolper&lang=1>, 2008, Zugriff am 17.05.2010.

**Verein für Socialpolitik:** Mitgliedschaft, <http://www.socialpolitik.de/vfs.php?mode=aufnahme&lang=1>, 2008, Zugriff am 17.05.2010.

**Verein für Socialpolitik:** Reinhard-Selten-Preis, <http://www.socialpolitik.de/vfs.php?mode=selten&lang=1>, 2008, Zugriff am 17.05.2010.

**Verein für Socialpolitik:** Satzung, <http://www.socialpolitik.de/docs/satzung.pdf>, 2008, Zugriff am 11.05.2010.

**Verein für Socialpolitik:** Startseite, <http://www.socialpolitik.de/vfs.php?mode=start>, 2008, Zugriff am 11.05.2010.

**Verein für Socialpolitik:** Über den Finanzwissenschaftlichen Ausschuss, <http://www.iff.unisg.ch/org/iff/iffweb.nsf/wwwPubInhalteGer/%C3%9Cber+den+Ausschuss?opendocument>, 2009, Zugriff am 22.06.2010.

**Verein für Socialpolitik:** Zeitschriften, <http://www.socialpolitik.de/vfs.php?mode=zeitschriften&lang=1>, 2008, Zugriff am 17.05.2010.

## QUELLENMATERIAL AUS DEM LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFAHLEN – ABTEILUNG RHEINLAND, STANDORT DÜSSELDORF

### *RW 189 – 19*

- Protokoll der Sitzung des Engeren Vorstandes am 13.06.1966 in Hamburg, S. 106.

### *RW 189 – 20*

- Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 17.07.1965 in Kiel, S. 6 – S. 24.
- Zu Punkt (2) der Tagesordnung ‚Änderung der Satzung‘, S. 133 – S. 134.
- S. 129.

### *RW 189 – 22*

- Einladung zur Tagung nach Bad Kissingen.

### *RW 189 – 170*

- Die Mitglieder des Engeren und Erweiterten Vorstandes ab Januar 1967, S. 1.

### *RW 189 – 190*

- Mitglieder, S. 23.

### *RW 189 – 192*

- Bericht über die Mitgliederversammlung, S. 8 – S. 12.
- Protokoll der Sitzung des Ausschusses zur Beratung der Vereinsstatuten am 08.04.1948 in Schönberg i. Ts., S. 18-21.

### *RW 189 – 197*

- Rundschreiben, S. 4 – S. 5.

### *RW 189 – 221*

- Erweiterter Vorstand (29.09.1966), S. 6.

*RW 189 – 222*

- Erläuterungen (Anlage 7), S. 39.

*RW 189 – 251*

- Protokoll der Mitgliederversammlung am 26.09.1966 in Hannover, S. 17.

*RW 189 – 293*

- Protokoll der Sitzung des Engeren Vorstandes am 16.11.1952 in Marburg, unterzeichnet durch Arndt, S. 119.
- Stand der Mitglieder, Beitragszahlung am 10.09.1959 und Beitragssoll 1959, S. 45.

*RW 189 – 294*

- Bericht des ersten Vorsitzenden über Entwicklung und Tätigkeit der Gesellschaft in den abgelaufenen zwei Jahren, S. 64 – S. 65.
- S. 2.
- Erläuterungen zur Jahresabrechnung 1965, o. S.

*RW 189 – 296*

- Geschäftsbericht des Vorsitzenden, S. 5 – S. 7.
- Punkt 7: Deutsche Forschungsgemeinschaft, S. 38.
- Stand der Mitglieder, Beitragszahlung am 10. September 1959 und Beitragssoll 1959, S. 45.
- Erläuterungen Einnahmen, S. 65.

*RW 189 – 298*

- Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Verein für Socialpolitik gegründet 1872, S. 39 – S. 41.

*RW 189 – 325*

- Mitglieder des Erweiterten Vorstandes, S. 61.
- Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 18. und 19.09.1960 in Bad Kissingen, S. 104 und S. 107 – S. 111.

- Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 01.04.1962 in Bad Homburg, S. 63.

*RW 189 – 428*

- Brief von Prof. Albrecht an Prof. Arndt vom 03.01.1968, S. 4-5.

*RW 189 – 429*

- Geschäftsordnungsentwurf (Stand 19.12.1967), S. 22-29.

*RW 189 – 462*

- Niederschrift über die Mitgliederversammlung am 15.09.1954 in Bad Nauheim, S. 6 und S. 8.

*RW 189 – 464*

- Protokoll der Mitgliederversammlung vom 19.12.1936 in Berlin, S. 27 – S. 28.
- Satzungen des Vereins für Socialpolitik.
- Mitgliedskarte, S. 13.

*RW 189 – 467*

- Um das Fortbestehen des Vereins für Socialpolitik, S. 2.

*RW 189 – 470*

- Magistrat der Universitätsstadt Marburg/Lahn: Bestätigung über die Gründung des Vereins, S. 49

*RW 515 – 8*

- Protokoll der Mitgliederversammlung am 13.10.1950 in Bad Pyrmont, S. 2 – S. 3.

*RW 515 – 10*

- Protokoll der Mitgliederversammlung am 26.09.1956 in Köln, S. 1 – S. 2.

*RW 515 – 11*

- Protokollentwurf der Mitgliederversammlung am 07.10.1958 in Baden-Baden, S. 1 – S. 2.
- S. 18.

*RW 515 – 13*

- Protokoll der Mitgliederversammlung am 17.09.1962 in Luzern, S. 3 und S. 7.

*RW 515 – 14*

- Protokoll der Mitgliederversammlung am 21.09.1964 in Travemünde, S. 1.

*RW 515 – 16*

- Einladung zur Mitgliederversammlung am 30.09.1968, S. 1.
- Protokoll der Mitgliederversammlung am 30.09.1968 in Berlin, S. 4 – S. 5.

*RW 515 – 17*

- Protokoll der Mitgliederversammlung am 28.09.1970 in Innsbruck, S. 4 – S. 7.

*RW 515 – 18*

- Protokoll der Mitgliederversammlung am 04.09.1972 in Bonn, S. 2 – S. 5.

*RW 515 – 19*

- Protokoll der Mitgliederversammlung am 02.09.1974 in Zürich, S. 20 – S. 21.

*RW 515 – 20*

- Protokoll der Mitgliederversammlung vom 13.09.1976 in Augsburg, S. 1 – S. 2.

*RW 515 – 21*

- Protokoll der Mitgliederversammlung vom 26.09.1978 in Hamburg, S. 9 – S. 14.

*RW 515 – 22*

- Protokoll der Mitgliederversammlung vom 15.09.1980 in Nürnberg, S. 4 – S. 9.

*RW 515 – 164, Teil 2/2*

- Einladung zur Jahrestagung 1975, S. 120.

*RW 515 – 166, Teil 1/2*

- Einladung zur Jahrestagung 1976, S. 16.

*RW 587 – 119*

- Vorschläge zu einer Dokumentation der Geschichte der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, S. 1 – S. 8.

*RW 587 – 121*

- Aufruf zur Gründung eines Vereins für Socialpolitik.

*RW 589 – 19/NF, Band 74/II*

- Ergebnisse der Mitgliederversammlung am 04.09.1972 in Bonn, o. S.

# Anhang

1. Satzung des Vereins für Socialpolitik

**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**

**Verein für Socialpolitik**

## SATZUNG

Fassung vom 30. September 1968,

mit Änderungen vom 4. September 1972 (\*),

2. September 1974 (\*\*), 15. September 1980(\*\*\*),

13. September 1982 (\*\*\*\*), 30. September 1992 (\*\*\*\*\*),

24. September 1998 (+), 21. September 2000 (++),

1. Oktober 2003 (+++) und 28. September 2006 (++++),

25. September 2008 (°)

### § 1

(1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck des Vereins ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die wissenschaftliche Erörterung wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher sowie wirtschafts- und sozialpolitischer Probleme in Wort und Schrift wie auch die Pflege internationaler Beziehungen innerhalb der Fachwissenschaft. Die Pflege der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz gehört zu den besonderen Anliegen des Vereins. Zu seinen Aufgaben gehört auch die Klärung von Fach- und Studienfragen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen und Forschungsvorhaben sowie die Vergabe von Preisen und Auszeichnungen. (\*\*\*\*), (+++)

(2) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. (+++)

(3) Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder

durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Die Mitglieder des Vorstands einschließlich des Schriftführers sind ohne Aufwandsentschädigung ehrenamtlich tätig. Für die Tätigkeit als Geschäftsführer kann eine angemessene Vergütung gezahlt werden. (\*\*\*) (+++)

## § 2

Der Sitz der Gesellschaft liegt in der Bundesrepublik Deutschland am Tätigkeitsort des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters oder am Ort der Geschäftsstelle. (\*\*\*\*), (\*\*\*\*\*)

## § 3

Das Geschäftsjahr läuft vom 1. Januar jedes Jahres bis zum 31. Dezember.

## § 4

- (1) Mitglieder können Einzelpersonen und Körperschaften werden, die zur Mitarbeit an den wissenschaftlichen Aufgaben der Gesellschaft bereit sind.
- (2) Über Anträge auf Erwerb der Mitgliedschaft entscheidet der Engere Vorstand, der die Entscheidungsbefugnis dem Vorsitzenden übertragen kann.
- (3) Die Mitgliedschaft ist nicht übertragbar.

## § 5

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Kündigung oder Ausschluss des Mitgliedes.
- (2) Die Mitgliedschaft kann zum Jahresende durch schriftlich dem Vorsitzenden eingereichte Austrittserklärung, die zwei Monate vor Jahresende zugegangen sein muss, gekündigt werden.
- (3) Der Erweiterte Vorstand kann ein Mitglied außer im Falle § 15 der Satzung ausschließen, wenn das Mitglied die anerkannten Regeln des wissenschaftlichen Arbeitens grob verletzt hat oder den Verein grob geschädigt hat oder wenn dem Mitglied die bürgerlichen Ehrenrechte oder akademische Grade entzogen worden sind. (++)

## § 6

Die Haftung der Mitglieder für Schulden der Gesellschaft beschränkt sich auf das Gesellschaftsvermögen. Der Vorstand muss bei Eingehen von Verpflichtungen für die

Gesellschaft die Haftung der Mitglieder auf das Vermögen der Gesellschaft beschränken.

## § 7

Die Organe der Gesellschaft sind:

1. Die Mitgliederversammlung
2. der Engere Vorstand
3. der Erweiterte Vorstand,
4. die Ausschüsse,
5. der Geschäftsführer. (\*)

## § 8

(1) Die Mitgliederversammlung besteht aus den Mitgliedern. Jedes Mitglied (einschließlich der korporativen) hat in ihr eine Stimme. Sie tritt in der Regel alle zwei Jahre zusammen und ist von dem Vorsitzenden unter Übersendung einer Tagesordnung möglichst mit einer Frist von vier Wochen einzuberufen.

(2) Der Beschlussfassung der Mitgliederversammlung unterliegen die Festsetzung des Beitrages für Mitglieder, unbeschadet des Rechts des Engeren Vorstandes, für korporative Mitglieder höhere Beiträge zu vereinbaren, die Genehmigung des Geschäftsberichtes, die Entlastung des Vorstandes und die Auflösung der Gesellschaft. Für Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist die einfache Mehrheit der anwesenden Mitglieder notwendig, bei Auflösung der Gesellschaft und falls über Satzungsänderungen in der Mitgliederversammlung entschieden wird, ist eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich. (°)

(3) Die Wahl des Engeren Vorstandes und des Erweiterten Vorstandes erfolgt durch geheime Briefwahl (über das Internet oder postalisch) mit einfacher Mehrheit. Die Entscheidung über Satzungsänderungen erfolgt durch geheime Briefwahl (über das Internet oder postalisch) mit einer Zweidrittelmehrheit, bei der ein Beteiligungsquorum von zehn Prozent der Vereinsmitglieder notwendig ist. Wird dieses Beteiligungsquorum nicht erreicht, dann ist über Satzungsänderungen bei der Mitgliederversammlung mit einer Zweidrittelmehrheit zu entscheiden. (°)

(4) Darüber hinaus kann der Vorstand auch in anderen geeigneten Fällen Beschlüsse in Form einer Briefwahl (über das Internet oder postalisch) herbeiführen. (°)

## § 9

(1) Der Engere Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter, dem designierten Vorsitzenden, dem Schriftführer und dem Schatzmeister. Der designierte Vorsitzende übernimmt nach Ablauf der Amtszeit des Vorsitzenden den Vorsitz des Vereins und ist somit vier Jahre Mitglied des engeren Vorstands. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter sowie der designierte Vorsitzende müssen Hochschul-lehrer sein. Der designierte Vorsitzende, der Schriftführer, der Stellvertreter des Vor-sitzenden und der Schatzmeister sind alle zwei Jahre zu wählen. Für den Schatz-meister ist eine Wiederwahl zulässig. Für alle anderen Mitglieder des Engeren Vor-standes ist keine Wiederwahl möglich. (°)

(2) Scheiden Mitglieder des Engeren Vorstandes während ihrer Amtszeit aus, so kann der Engere Vorstand - bei dessen Verhinderung der Erweiterte Vorstand - bis zur nächsten Mitgliederversammlung ihre Ämter kommissarisch neu besetzen.

(3) Der von dem Vorsitzenden der Gesellschaft geleitete Erweiterte Vorstand besteht aus:

1. dem Engeren Vorstand und den unmittelbaren Amtsvorgängern des amtierenden Vorsitzenden sowie seines Stellvertreters,
2. den Vorsitzenden der Ausschüsse (§ 12), die sich bei ihrer Verhinderung von einem Ausschussmitglied vertreten lassen können,
3. zehn Mitgliedern, die von der Mitgliederversammlung gewählt werden; ihre Amts-dauer beträgt vier Jahre unter Ausschluss anschließender Wiederwahl,
4. den mit der wissenschaftlichen Vorbereitung der Tagungen beauftragten Mitglied-ern; ihre Amtsdauer ist auf die Zeit der Ausübung ihres Auftrages beschränkt,
5. bis zu sechs Mitgliedern, die vom Erweiterten Vorstand kooptiert werden können; ihre Amtsdauer beträgt in der Regel vier Jahre,
6. den federführenden Herausgebern der Vereinszeitschriften. (+)

## § 10

(1) Der Engere Vorstand leitet die Gesellschaft nach den Beschlüssen der Mit-gliederversammlung. Der Schatzmeister hat nach Schluss jedes Geschäftsjahres dem Erweiterten Vorstand einen Kassenabschluss vorzulegen. Die Kasse und der Rechnungsabschluss sind durch zwei gewählte Mitglieder zu prüfen. Die Wahl der Kassenprüfer erfolgt durch Briefwahl (über das Internet oder postalisch) auf zwei Jahre. (°)

(2) Der Erweiterte Vorstand beschließt über

- a) Ort und Zeit der Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen,
- b) die auf den Tagungen zur Erörterung kommenden Fragen,
- c) die Veranstaltung von Untersuchungen und ihre Veröffentlichung sowie die Herausgabe von Zeitschriften, (\*\*)
- d) die wissenschaftliche Vorbereitung von Tagungen,
- e) die Ernennung von Ehrenmitgliedern,
- f) die Geschäftsordnung,
- g) alle weiteren Angelegenheiten, die durch Beschluss des Engeren Vorstandes oder der Mitgliederversammlung an ihn verwiesen werden.

#### § 10 a

(1) Der Engere Vorstand kann zur Unterstützung seiner Arbeit eine Geschäftsstelle errichten und mit Zustimmung des Erweiterten Vorstandes einen Geschäftsführer einstellen. (\*)

(2) Dem Geschäftsführer obliegt die Führung der laufenden Geschäfte nach Weisung des Vorsitzenden. (\*)

#### § 11

Zur Vertretung der Gesellschaft bei Abgabe von Willenserklärungen und in Prozessen ist die Mitwirkung des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters und eines zweiten Mitgliedes des Engeren oder Erweiterten Vorstandes erforderlich und ausreichend.

#### § 12

Für die Durchführung besonderer Arbeiten oder die dauernde Pflege besonderer wissenschaftlicher Gebiete kann der Erweiterte Vorstand Ausschüsse bilden. Diese wählen ihren Vorsitzenden jeweils für zwei Jahre. Eine einmalige anschließende Wiederwahl ist zulässig. Fach- und Studienfragen behandelt ein ständiger Ausschuss, der aus den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Hochschullehrern der Gesellschaft besteht. Die Ausschüsse haben das Recht der Kooptation und können im Einvernehmen mit dem Engeren Vorstand auch Persönlichkeiten zur Mitarbeit als Gäste heranziehen, die nicht Mitglieder der Gesellschaft sind.

#### §12a(++++)

- (1) Ausschüsse können Preise und Auszeichnungen für wissenschaftliche Arbeiten aus ihrem jeweiligen Fachgebiet vergeben.
- (2) Die Vergabe von Preisen und Auszeichnungen durch Ausschüsse setzt die Genehmigung durch den Erweiterten Vorstand voraus.
- (3) Die Preisträger werden durch den jeweiligen Ausschuss bestimmt. Der Ausschuss kann die Auswahl von Preisträgern einer Auswahlkommission übertragen. Die Mitglieder der Auswahlkommission werden von den Mitgliedern des Ausschusses bestimmt.
- (4) Die für die Vergabe von Preisen und Auszeichnungen nötigen Mittel werden durch den Ausschuss bereitgestellt. Dazu können durch den Ausschuss Mittel angeworben werden. Die Höhe der Preise und Auszeichnungen darf die durch den Ausschuss angeworbenen Mittel nicht übersteigen.

#### § 13

Die Gesellschaft veranstaltet wissenschaftliche Tagungen und nach Bedarf Ausschusssitzungen.

#### § 13a(++)

- (1) Der Erweiterte Vorstand kann die Vergabe von Preisen und Auszeichnungen beschließen.
- (2) Der Erweiterte Vorstand kann die Vorauswahl von Preisträgern einer Auswahlkommission übertragen. Die Mitglieder werden vom Erweiterten Vorstand gewählt.
- (3) Die Preisträger werden durch den Erweiterten Vorstand bestimmt.
- (4) Der Verein für Socialpolitik zeichnet einmal jährlich einen Wirtschaftswissenschaftler aus dem deutschen Sprachraum aus, der mit seinen Arbeiten internationales Ansehen gewonnen hat. Die Höhe des Preises wird vom Erweiterten Vorstand festgelegt; der Preis ist nach Hermann Heinrich Gossen benannt. Das Ziel des Preises ist es, die Internationalisierung der deutschsprachigen Wirtschaftswissenschaft zu fördern. Bei der Preisvergabe werden Publikationen in angesehenen internationalen Organen berücksichtigt, und es wird insbesondere auf die Häufigkeit internationaler Zitierungen geachtet. Der Preisträger darf zum Zeitpunkt der Preisverleihung das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

(5) Der Verein für Socialpolitik zeichnet einmal jährlich einen oder mehrere Wissenschaftler aus dem deutschen Sprachraum aus, die mit Erkenntnissen wirtschaftswissenschaftlicher Forschung die öffentliche Diskussion über wirtschaftliche Zusammenhänge und Probleme beeinflusst und wichtige Beiträge zum Verständnis und zur Lösung ökonomischer Probleme geleistet haben. Der Preis ist nach Gustav Stolper benannt. Das Ziel des Preises ist es, Kommunikationsleistungen zu fördern, die Einfluss auf die politischen Entscheidungen bzw. auf die Diskussion in der Politik, in der Medienlandschaft oder in der breiten Öffentlichkeit haben. Die Wahl des Gustav Stolper Preisträgers erfolgt nach einer Vorselektion durch eine Kommission auf Basis einer breiten Abstimmung durch die Vereinsmitglieder. Der Preis wird unabhängig vom Alter verliehen. (°)

(6) Der Verein für Socialpolitik zeichnet einmal jährlich im Rahmen seiner Jahrestagung den Reinhard Selten-Preis (Young Author Best Paper Award) für Papiere, die sich insbesondere durch Originalität, Bedeutung der Fragestellung und saubere Methodik auszeichnen. Der Preis wird an Autorinnen oder Autoren des offenen Teils der Jahrestagung vergeben. Keiner der Autorinnen oder Autoren darf im Jahr der Konferenz das 32. Lebensjahr überschritten haben. Die Auswahl der Preisträger obliegt der Vorbereitungskommission für den offenen Teil der Jahrestagung unter Federführung des Kommissionsvorsitzenden. (°)

#### § 14

In allen Versammlungen der Gesellschaft und ihrer Organe wird nur über Angelegenheiten der Gesellschaft, in Ausschusssitzungen zur Bearbeitung von Fach- und Studienfragen nur über diese, in keinem Fall über Thesen wissenschaftlichen oder politischen Inhalts Beschluss gefasst.

#### § 15

(1) Der Mitgliedsbeitrag ist jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres, spätestens nach Zahlungsaufforderung, zu entrichten. Ist ein Mitglied mit mehr als einem Jahresbeitrag rückständig, so ist der Engere Vorstand nach erfolgloser Mahnung zu seinem Ausschluss aus der Gesellschaft berechtigt. Hierüber ist dem Erweiterten Vorstand zu berichten. (++)

(2) Der Engere Vorstand darf in besonders begründeten Fällen die Zahlung des Mitgliedsbeitrags von Einzelpersonen aussetzen. Hierüber ist dem Erweiterten Vorstand zu berichten. (\*\*\*)

(3) Der Erweiterte Vorstand ist berechtigt, durch Umlagen bis zur Höhe des Jahresbeitrages von den Mitgliedern die Mittel für die Gesellschaftskasse zu erheben, die über die regelmäßigen und sonstigen Einnahmen hinaus zur Deckung der in ordnungsmäßiger Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft entstandenen Verpflichtungen erforderlich sind. Ebenso kann von den Teilnehmern der Tagungen der Gesellschaft ein besonderer Beitrag zur Bestreitung der örtlichen Kosten erhoben werden.

## § 16

Änderungen der Satzung können, soweit sie nicht vom Erweiterten Vorstand vorgeschlagen werden, nur auf schriftlichen, dem Vorsitzenden oder Schriftführer spätestens zwei Monate vor dem Zusammentreten der Versammlung zugeleiteten Antrag, der von mindestens zwanzig Mitgliedern unterschrieben sein muss, beschlossen werden. Über Satzungsänderungen wird durch Zweidrittelmehrheit in Form einer geheimen Briefwahl (über das Internet oder postalisch) entschieden. Bei Satzungsänderungen ist im Rahmen der Briefwahl (über das Internet oder postalisch) ein Beteiligungsquorum von 10 Prozent der Vereinsmitglieder erforderlich. Wird dieses Quorum nicht erreicht, dann ist über Satzungsänderungen bei der Mitgliederversammlung mit Zweidrittelmehrheit zu entscheiden. (°)

## § 17

(1) Anträge auf Auflösung des Vereins können, soweit sie nicht vom Erweiterten Vorstand vorgeschlagen werden, nur auf schriftlichen, dem Vorsitzenden oder Schriftführer spätestens vier Wochen vor dem Zusammentreten der Versammlung zugeleiteten Antrag, der von mindestens zwanzig Mitgliedern unterschrieben sein muss, beschlossen werden. In jedem Fall sind Anträge auf Auflösung des Vereins allen Mitgliedern mindestens acht Tage vor der Versammlung bekannt zu geben. Die Abstimmung erfolgt auf der Mitgliederversammlung. Für die Auflösung des Vereins ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft

zwecks Verwendung für die Förderung der Wissenschaft im Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. (\*\*\*) (+++), (°)

(2) Eine Ausschüttung des Vermögens des Vereins an Mitglieder ist in jedem Falle unzulässig. (+++)